



www.MinisterieVanPropaganda.org

OTTO GROTEWOHL

AUF DEM WEGE
ZU EINEM
FRIEDLICHEN
DEMOKRATISCHEN
UND
SOZIALISTISCHEN
DEUTSCHLAND

OTTO GROTEWOHL

AUF DEM WEGE
ZU EINEM
FRIEDLICHEN
DEMOKRATISCHEN
UND
SOZIALISTISCHEN
DEUTSCHLAND

1959

VEB DEUTSCHER ZENTRALVERLAG BERLIN

*Zum zehnten Jahrestag
der Deutschen Demokratischen Republik*

INHALTSVERZEICHNIS

—

IMPERIALISMUS UND MILITARISMUS
TODFEINDE DER DEUTSCHEN NATION

9

DIE REVOLUTIONÄR-DEMOKRATISCHE UMWÄLZUNG
IM OSTEN DEUTSCHLANDS

19

DIE GRÜNDUNG
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

37

DER AUFBAU DER GRUNDLAGEN DES SOZIALISMUS

54

DIE WEITERE FESTIGUNG
DER VOLKSDEMOKRATISCHEN ORDNUNG

71

DEM SIEG DES SOZIALISMUS ENTGEGEN

89

DIE POLITIK DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
ZUR FRIEDLICHEN LÖSUNG DER DEUTSCHLANDFRAGE

117

IMPERIALISMUS UND MILITARISMUS
TODFEINDE DER DEUTSCHEN NATION

Das deutsche Volk nimmt in der Entwicklung der Menschheitsgeschichte einen wichtigen Platz ein. Es hat bedeutenden Anteil am technisch-wissenschaftlichen Fortschritt in der Welt und bereicherte die Völker durch eine Vielzahl hervorragender Werke und Kulturgüter von unvergänglichem Wert. Es gab der Welt Goethe und Schiller, Beethoven und Mozart, Dürer und Menzel, Robert Koch und Virchow und viele andere weltberühmte Wissenschaftler, Dichter, Künstler und Humanisten.

Die beiden größten Söhne unseres Volkes, Karl Marx und Friedrich Engels, wiesen der Menschheit mit der Begründung des wissenschaftlichen Sozialismus den Weg aus Not und Elend, aus Unterdrückung und Ausbeutung, zu Frieden, Freiheit und Wohlstand, den Weg zur Vollendung der Menschwerdung, den Weg in eine helle, glückliche Zukunft. Kein anderer Deutscher hat darum durch sein Wirken so großen Einfluß auf die Entwicklung der neuen menschlichen Gesellschaft ausgeübt wie Karl Marx und Friedrich Engels. Sie waren die größten Denker ihres Zeitalters. Auf die zu seiner Zeit höchsten Errungenschaften der fortgeschrittensten Nationen Europas – die klassische deutsche Philosophie, die klassische englische politische Ökonomie und die französischen Lehren vom Klassenkampf und Sozialismus – kritisch aufbauend, begründete Karl Marx mit Unterstützung seines Freundes Friedrich Engels den dialektischen Materialismus, die Wissenschaft von den allgemeinen Entwicklungsgesetzen der Natur, der Gesellschaft und des Denkens. In seinen ökonomischen Lehren legte er die Bewegungsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise dar. Mit seiner Lehre von der Diktatur des Proletariats gab er der Arbeiterklasse klare Orientierung, wie sie die

Herrschaft der letzten Ausbeuterklasse, der Bourgeoisie, stürzen und die klassenlose kommunistische Gesellschaftsordnung errichten kann.

Das deutsche Volk jedoch hat auch zugelassen, daß die zur Welt-herrschaft strebenden deutschen Imperialisten und Militaristen zwei furchtbare Weltkriege entfachten, die Völker Europas in Not, Trüm-mer, Blut und Tränen stürzten und ihre Länder mit Tod und Ver-nichtung überzogen. Die deutschen Imperialisten, die genau wie die Imperialisten anderer Länder eine zügellose Expansions- und Kriegs-politik betreiben, haben sich dabei als besonders aggressiv und raub-gierig erwiesen.

Worin lagen die Ursachen dafür? Deutschland erlangte seine staat-liche Einheit erst verhältnismäßig spät und nicht auf demokratischem Wege, sondern mit Hilfe der Bismarckschen Blut- und Eisenpolitik. Nach der Bildung des deutschen Nationalstaates im Jahre 1871 ent-wickelte sich der Kapitalismus in Deutschland durch Gewalt und Raub sehr rasch. Gestützt auf die Erfahrungen der wirtschaftlich bereits weiterentwickelten kapitalistischen Staaten und mit Hilfe der fünf Milliarden Goldfrancs, die Deutschland als Kriegskontri-bution aus Frankreich herauspreßte, holte der deutsche Kapitalismus rasch auf und überholte in kurzer Zeit andere moderne, hochentwik-kelte Länder auf einigen Gebieten der industriellen Produktion.

Auf dieser Stufe der Entwicklung angelangt, suchten die deutschen Monopole fieberhaft nach neuen Rohstoffquellen und Absatzmärk-ten. Die Welt war aber bereits unter den anderen kapitalistischen Mächten aufgeteilt, so daß die deutschen Imperialisten überall auf Konkurrenten stießen. Sie bereiteten sich darum mit allen Kräften auf eine gewaltsame Neuverteilung der Welt vor.

Der besonders aggressive Charakter des deutschen Imperialismus wurde verstärkt durch seine Verbindung mit dem stockreaktionären preußischen Junkertum, das infolge der nicht vollendeten bürger-lich-demokratischen Revolution seine ökonomischen Positionen so-

wie seine privilegierte Stellung in der Armee und dem gesamten Staatsapparat behauptet hatte. Diese enge Verflechtung des Mono-polkapitals mit dem Junkertum gab dem deutschen Imperialismus sein besonderes Gepräge als junkerlich-bourgeois Imperialismus mit besonders reaktionären und militaristischen Zügen. Auf sein Schuldkonto kommen viele Millionen Tote, unermessliches Leid und die grenzenlose Vernichtung von unersetzlichen Werten der Mensch-heitskultur.

Zynisch behaupteten die Propagandisten des deutschen Imperia-lismus, das deutsche Volk müsse sich einen «Platz an der Sonne» er-kämpfen. Später wurde daraus das faschistische Geschrei vom «feh-lenden Lebensraum». Für die einfachen werktätigen Menschen, für das «Kanonenfutter», bestand das Ergebnis dieser Kriegspropaganda nicht im «Lebensraum», sondern meist in einem grauenvollen Tod und einem knappen Platz im Massengrab. In Wahrheit ging es im-mer um die Interessen der Kanonenkönige. Für die Verteidigung der Profite von Krupp und Mannesmann hielt das deutsche Kaiserreich großmäulig Millionen Bajonette bereit. Für die Interessen der Mo-nopole mußten nicht nur die kolonial unterdrückten Völker bluten, sondern auch die Werktätigen im sogenannten Mutterland.

Als sich der deutsche Imperialismus im Jahre 1900 an der blutigen Niederschlagung der chinesischen Freiheitsbewegung, des sogenann-ten Boxeraufstandes, beteiligte, um dort seine Einflußsphäre zu stärken, hielt der säbelrasselnde Kriegshetzer Wilhelm II. vor den Interventionstruppen eine Rede, die für die wahnwitzige Politik und die Gefährlichkeit des deutschen Monopolkapitalismus charakteri-stisch ist. Er erklärte in der berühmten Hunnenrede im Mai 1900:

«Wer euch in die Hände fällt, sei euch verfallen! Wie vor tausend Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel sich einen Namen gemacht, der sie noch jetzt in Überlieferung und Märchen ge-

waltig erscheinen läßt, so möge der Name Deutscher in China auf tausend Jahre in einer Weise betätigt werden, daß niemals wieder ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen!»*

Diese menschenfeindliche, provokatorische Außenpolitik entsprach völlig der Innenpolitik des deutschen Imperialismus, die von rücksichtslosem Terror gegenüber der Arbeiterbewegung und allen anderen demokratischen Kräften gekennzeichnet war. Auch dafür ist ein Ausspruch Wilhelms II. während einer Rekrutenvereidigung am 23. November 1891 sehr aufschlußreich:

«...es gibt für euch nur einen Feind, und der ist Mein Feind. Bei den jetzigen sozialistischen Umtrieben kann es vorkommen, daß Ich euch befehle, eure eigenen Verwandten, Brüder, ja Eltern niederzuschießen – aber auch dann müßt ihr Meine Befehle ohne Murren befolgen.»**

Entgegen den Interessen des eigenen Volkes und ohne Rücksicht auf die Lebensrechte der Nachbarvölker sollten die Weltherrschaftsgelüste der unersättlichen deutschen Imperialisten und Militaristen befriedigt werden. Diese Politik führte von einer internationalen Krise zur anderen und über die Schüsse von Sarajewo zum Massensterben des ersten Weltkrieges.

Fast schien es, als sollte die militärische Niederlage des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg mit seiner Beseitigung durch das Volk enden. Die Errichtung des ersten sozialistischen Staates der Welt durch die russischen Arbeiter und Bauern bestärkte die fortschrittlichen Kräfte Europas in dieser Hoffnung. Aber die erste Revolution der deutschen Arbeiterklasse gegen den deutschen Imperia-

* Schultheß' Europäischer Geschichtskalender. Neue Folge. Sechzehnter Jahrgang 1900, München 1901, S. 107/108.

** Ebenda. Siebenter Jahrgang 1891, München 1892, S. 141.

lismus und Militarismus – die Novemberrevolution 1918 – löste ihre historischen Aufgaben nicht. Infolge der konterrevolutionären Rolle der Rechtssozialisten, der starken opportunistischen Beeinflussung der Massen, des kaum entwickelten Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und werktätiger Bauernschaft und des Fehlens einer revolutionären proletarischen Kampfpartei wurde selbst die bürgerlich-demokratische Revolution nicht zu Ende geführt. Ihrem Charakter nach blieb die Novemberrevolution 1918 eine bürgerlich-demokratische Revolution, die in gewissem Umfang mit proletarischen Mitteln und Methoden durchgeführt wurde. Die Erfahrungen der Novemberrevolution trugen entscheidend zur Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse bei. In der Novemberrevolution entstand die Kommunistische Partei Deutschlands, die sich zu einer marxistisch-leninistischen Partei entwickelte. Die alten Produktions- und Eigentumsverhältnisse blieben jedoch durch die Revolution unberührt. Aus dem junkerlich-bürgerlichen Imperialismus wurde nur ein bürgerlich-junkerlicher.

Kaum erholt von seiner Niederlage im ersten Weltkrieg, begann der deutsche Imperialismus mit der Vorbereitung neuer Abenteuer zur Erlangung seiner Vorherrschaft in der Welt. Dabei spielte die Antisowjethetze als wichtiger Bestandteil der Revanche- und Kriegspropaganda der Reaktion eine vorrangige Rolle. Die deutschen Imperialisten und Militaristen wurden mehr und mehr zur Vorhut im Kampf der internationalen Reaktion gegen die Sowjetunion und den Sozialismus.

Die aggressivsten und revanchelüsternten Kreise des deutschen Monopolkapitals benutzten Hitler und seine Nazipartei als Werkzeug, um das deutsche Volk in die Nacht des Faschismus zu zerren, und führten die deutsche Nation damit an den Abgrund der Vernichtung. Der größte Teil des deutschen Volkes hat sich der faschistischen Entwicklung blind gefügt. Mit der demagogischen Phrase

vom «nationalen Sozialismus» mißbrauchten die Hitlerfaschisten das deutsche Volk für die Profitinteressen der Imperialisten. Der deutsche Faschismus als terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen und revanchistischen Teile des Monopolkapitals wurde zum Hauptfeind der Sowjetunion und der anderen europäischen Völker.

Der von den gleichen Kräften in Deutschland ausgelöste zweite Weltkrieg forderte den Völkern weit größere Opfer ab als der erste. Allein in den faschistischen Konzentrationslagern wurden über elf Millionen Menschen grausam ermordet. Die Geschichte des imperialistischen Deutschlands wurde mit Blut und Tränen geschrieben. Der faschistische Propagandaminister Goebbels offenbarte im Oktober 1942 in Gdingen, zu einer Zeit, als der deutsche Faschismus große Teile Europas unterjocht hatte, zynisch und offen die Ziele des Imperialismus:

«Das ist für uns der Sinn des Krieges: Wir kämpfen nicht um Ideale; wir kämpfen um die ukrainischen Weizenfelder, um das kaukasische Erdöl, den Reichtum der Welt. Gesundstoßen wollen wir uns!»*

Dafür wurde das nationale Dasein unseres Volkes aufs Spiel gesetzt. Der «totale Krieg» Hitlers war der ungerechteste, wildeste und verbrecherischste Raubkrieg aller Zeiten.

Dieser Politik ist es zuzuschreiben, daß Millionen Europäer bei dem Namen Deutschland zunächst an SS-Banditen und Konzentrationslager dachten. Der Name Deutschland bedeckte sich mit Schmach und Schande, obwohl der revolutionäre Teil der deutschen Arbeiterklasse sowie fortschrittliche Teile des deutschen Bürgertums unermessliche Opfer im Widerstandskampf gegen die faschistische Barbarei

* Zitiert in: Otto Winzer, Zwölf Jahre Kampf gegen Faschismus und Krieg, Berlin 1955, S. 183.

brachten und dabei aus ihren Reihen unsterbliche Helden des antifaschistischen Kampfes hervorgingen.

Durch die gemeinsamen Anstrengungen der in der Anti-Hitler-Koalition zusammengeschlossenen Staaten und Völker, vor allem durch den heldenhaften Kampf der ruhmreichen Sowjetarmee wurde 1945 der deutsche Faschismus vernichtend geschlagen und der faschistische Generalstab zur bedingungslosen Kapitulation gezwungen. Wie 1918 endete auch 1945 der Raubzug des deutschen Imperialismus mit einer katastrophalen militärischen Niederlage. Wie nach dem ersten Weltkrieg bemühen sich auch heute die Militaristen und ihre Schreiberlinge krampfhaft, die erlittene Niederlage als zufällig und vermeidbar hinzustellen, sie aus dem «Versagen» einzelner zu erklären. Damit wollen sie den Menschen die Einsicht in die tiefen geschichtlichen Ursachen der zweimaligen Niederlage des deutschen Imperialismus versperren, um sie ein drittes Mal vor ihren Kriegskarren zu spannen.

Die reaktionären Kreise in Westdeutschland können jedoch noch soviel Papier mit derartigen «Erklärungen» füllen, sie vermögen damit die geschichtliche Wahrheit nicht aus der Welt zu schaffen, daß die Niederlage des deutschen Imperialismus und Militarismus in den beiden Weltkriegen nicht zufällig, sondern gesetzmäßig war. Der deutsche Imperialismus und Militarismus verfolgte in den beiden Weltkriegen die räuberischsten und menscheitsfeindlichsten Ziele. Er bedrohte ganze Völker mit Versklavung und Ausrottung und unternahm als Hauptstoßkraft des Weltimperialismus den wahnwitzigen Versuch, die sozialistische Sowjetmacht zu liquidieren und das Sowjetvolk wieder unter die Knute imperialistischer Herrschaft zu zwingen. Diese verbrecherischen Ziele standen im Gegensatz zum realen Kräfteverhältnis in der Welt. Zwischen den Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus und seinen politisch-moralischen, ökonomischen und militärischen Möglichkeiten bestand ein tiefer,

antagonistischer, für die Imperialisten unlösbarer Widerspruch, der sich von Krieg zu Krieg verschärfte. Ebendeshalb waren seine Niederlagen unausbleiblich. Sie waren der Ausdruck des objektiven gesellschaftlichen Entwicklungsgesetzes, nach dem das Neue über das Alte, der gesellschaftliche Fortschritt über die Kräfte der Reaktion unvermeidlich triumphiert.

Nach der Niederschlagung des Hitlerfaschismus durch die Sowjetarmee wurden in einem Teil Deutschlands die richtigen Lehren aus der Vergangenheit gezogen. «Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt» entstand in der Deutschen Demokratischen Republik die Grundlage für ein neues Deutschland. Die führenden Kräfte dieses Staates sind die überlebenden hervorragenden Kämpfer gegen Faschismus und Krieg, an seiner Spitze steht die Arbeiterklasse und ihre geeinte Partei.

Aus den Versen des verstorbenen deutschen Dichters Bertolt Brecht spricht das Verlangen unseres Volkes, mit allen anderen Völkern friedlich und gleichberechtigt zusammenleben:

«Daß die Völker nicht erleichen
Wie vor einer Räuberin
Sondern ihre Hände reichen
Uns wie andern Völkern hin.

Und nicht über und nicht unter
Andern Völkern woll'n wir sein
Von der See bis zu den Alpen
Von der Oder bis zum Rhein.»*

Die Verse warnen zugleich vor dem deutschen Chauvinismus, der den Namen Deutschland in aller Welt beschmutzt und geschändet hat. In dem Gedankenflug Bertolt Brechts reicht das neue, friedliebende

* Bertolt Brecht, Kinderhymne; Hundert Gedichte, Berlin 1951, S. 56.

Deutschland bereits von der Oder bis zum Rhein. Westwärts der Elbe aber hat die restaurierte reaktionäre Vergangenheit wieder frech ihr Haupt erhoben; und nicht die antifaschistischen Widerstandskämpfer, sondern Militaristen und ehemalige Nazigrößen üben den Haupteinfluß im Bonner Staat aus. Gegenwärtig existieren zwei deutsche Staaten. Wer heute von Deutschland spricht, muß sagen, welches Deutschland er meint: das Deutschland des Friedens und des Sozialismus – die Deutsche Demokratische Republik, oder das Deutschland des revanchelüsteren Imperialismus und Militarismus – die westdeutsche Bundesrepublik.

Die Staatsflaggen beider deutscher Staaten tragen die Farben schwarz-rot-gold, und dennoch verkörpern sie grundverschiedene gesellschaftliche Verhältnisse. In der Deutschen Demokratischen Republik sind diese Farben das Zeichen der Verwirklichung der besten humanistischen und demokratischen Traditionen unseres Volkes im Kampf gegen Reaktion und nationale Zersplitterung. Neben der schwarz-rot-goldenen Staatsflagge flattert stolz und frei die rote Fahne der Arbeiterklasse. Beide kündigen gemeinsam vom erfolgreichen Aufbau des Sozialismus. In Westdeutschland dagegen soll das traditionsreiche schwarz-rot-goldene Farbensymbol die brutale Fratze des wiedererstandenen Imperialismus und Militarismus verdecken helfen.

Der Bonner klerikal-militaristische Obrigkeitsstaat ist der Hort des deutschen Monopolkapitalismus, eine Brutstätte faschistischen Ungeistes und ein Naturschutzgebiet für alle reaktionären, volksfeindlichen Kräfte. Zum drittenmal schicken sich die Todfeinde unseres Volkes an, ihre aggressiven, revanchistischen Pläne zu verwirklichen. Zum drittenmal bereiten sie sich auf ein blutiges Massenmorden vor, um die Völker zu unterjochen und ins Unglück zu stürzen.

Heute hat sich die internationale Lage jedoch grundlegend verändert. Heute verfügen die Friedenskräfte in der Welt über wirk-

same Mittel, die Imperialisten an der Entfesselung eines neuen Völkermordens zu hindern und ihnen eine vernichtende Niederlage zu bereiten, wenn sie es wagen sollten, einen Krieg vom Zaun zu brechen. Auch in Deutschland selbst existiert eine reale Kraft, die den Imperialisten und Militaristen in Westdeutschland enge Schranken weist. Die Deutsche Demokratische Republik ist eine unerschütterliche Bastion des Friedens und ein fester Bestandteil des sozialistischen Lagers. Die großen Erfolge der Bevölkerung in der Deutschen Demokratischen Republik beim Aufbau eines freien, glücklichen Lebens strahlen weithin nach Westdeutschland aus. Sie beflügeln die Werktätigen im westlichen Teil Deutschlands in ihrem Kampf gegen die Kriegstreiber. Jede neue Tat für die Erfüllung der vom V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gestellten ökonomischen Hauptaufgabe, die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung über die kapitalistische Herrschaft nachzuweisen, erhöht für die westdeutsche Bevölkerung die Anziehungskraft unserer Republik, macht den Frieden in Europa fester und sicherer. Unser Weg war oft hart und beschwerlich, aber er ist erfolgreich; und niemand wird diese Entwicklung rückgängig machen.

DIE REVOLUTIONÄR-DEMOKRATISCHE UMWÄLZUNG IM OSTEN DEUTSCHLANDS

Am 8. Mai 1945 stand das deutsche Volk vor einem furchtbaren Erbe. Mit Chaos, Trümmern, Not und Elend im eigenen Lande und in vielen Teilen Europas hatte der zweite verbrecherische Versuch der deutschen Imperialisten geendet, die Weltherrschaft zu erobern. Zweimal hatte der deutsche Militarismus fremde Länder verwüstet und das eigene Volk an den Rand des Abgrundes geführt.

Mit der militärischen Zerschlagung des Hitlerfaschismus durch die Sowjetarmee wurden nicht nur die Kriegshandlungen in Europa beendet und die Völker Europas von der faschistischen Okkupation befreit, sondern wurde auch dem deutschen Volk im Potsdamer Abkommen Großbritanniens, der USA und der UdSSR vom August 1945 die Möglichkeit geboten, Leben und Freiheit zurückzugewinnen und in die Familie der friedliebenden Völker zurückzukehren. Trotz des äußeren Bildes der Verwüstung und des Elends stand das deutsche Volk vor einer entscheidenden Wende, deren historische Bedeutung damals nur von einem kleinen Teil der Bevölkerung völlig begriffen wurde. Die Befreiung vom Faschismus gab dem deutschen Volk die Möglichkeit, den Weg des Militarismus und des Krieges für immer zu verlassen und entschlossen den Weg des Friedens und der Demokratie zu beschreiten. Dazu mußte es sich zum gesellschaftlichen Fortschritt bekennen und seine Zukunft selber gestalten.

Die Entscheidung darüber, ob die alten kapitalistischen Kräfte oder das werktätige Volk unter Führung der Arbeiterklasse siegen würden, hing in erster Linie von der Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse ab. Die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung und die Lehren aus der Geschichte des deutschen Volkes selbst lassen erkennen, daß der Kampf des Volkes gegen alle reaktio-

nären Kräfte nur unter Führung einer geeinten Arbeiterklasse erfolgreich sein kann. Dieser historischen Verantwortung mußte darum auch die deutsche Arbeiterklasse gerecht werden.

Es war unumgänglich notwendig, die verhängnisvolle Spaltung der Arbeiterklasse zu überwinden, eine revolutionäre Kampfpartei des Proletariats und einen unter Führung der geeinten Arbeiterklasse stehenden antifaschistisch-demokratischen Block zu schaffen. Das Ausmaß der Vernichtung war so total und die Aufgabe der gesellschaftlichen Neugestaltung so umfassend, daß alle antifaschistischen Kräfte der Gesellschaft mobilisiert werden mußten. Die Arbeiterklasse mußte ein enges und festes Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft herstellen und alle antifaschistischen Kräfte für den gemeinsamen Neuaufbau Deutschlands gewinnen. Nur auf diesem Wege konnte die bürgerlich-demokratische Revolution zu Ende geführt und in die sozialistische Revolution übergeleitet werden.

Ein harter Kampf zur Überwindung des wirtschaftlichen Chaos, der Not und des Elends begann. Nicht weniger schwierig war jedoch der Kampf gegen die geistige Verwirrung, die die faschistische Ideologie in den Köpfen hinterlassen hatte. Ein Teil der Deutschen sah keinen Ausweg aus dem von den Nazis verursachten Elend. Die meisten hatten verlernt, politische Zusammenhänge richtig zu erkennen und zu verstehen. Besonders gefährlich war, daß der volksfeindliche Ungeist des deutschen Militarismus und Faschismus auch in die Reihen der Arbeiterklasse eingedrungen war. Die Unklarheiten über die wirklichen Ursachen der nationalen Katastrophe verstärkten die Unsicherheit, die Angst, die Hoffnungslosigkeit und das politische Desinteresse unter der Bevölkerung. Es war notwendig, die Gleichgültigkeit und Scheu der werktätigen Menschen zu überwinden, die noch weit verbreitete Antisowjethetze zu bekämpfen und das Verantwortungsgefühl für eine echte Wiedergutmachung gegenüber den geschädigten Völkern zu wecken.

Trotz der verbreiteten Ratlosigkeit empfanden doch viele Menschen, daß etwas Neues kommen müsse. Der größte und stärkste Teil der Arbeiter begriff, daß die alten Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden durften. Viele Antifaschisten waren aus Konzentrationslagern und Zuchthäusern befreit worden, und andere kehrten aus der Emigration nach Deutschland zurück. Sie alle waren bereit, ein neues demokratisches Deutschland aufzubauen. Sie erkannten auch, daß die Einheit der Antifaschisten eine entscheidende Voraussetzung für den erfolgreichen Aufbau eines neuen Deutschlands war. Unklar aber für viele von ihnen blieb zunächst, *wie* die Einheit der Volkskräfte geschaffen und *wie* der Neuaufbau begonnen werden sollte.

Antwort auf diese Fragen gaben zuerst die Kommunisten und Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone. Sie begannen auch sofort aktiv zu arbeiten und Ordnung zu schaffen. Kommunisten und Sozialdemokraten traten mit Aufrufen an die Öffentlichkeit, bildeten eine Arbeitsgemeinschaft, erklärten dem deutschen Volk die Hintergründe der Hitlerbarbarei und entlarvten die imperialistischen und militaristischen Hintermänner des faschistischen Systems. Die Verantwortung für die Verbrechen des Faschismus aber mußte das ganze deutsche Volk tragen, das die Hitlerbarbarei jahrelang geduldet und jetzt Gelegenheit hatte, das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte endlich abzuschließen. Die Arbeiterklasse und das gesamte werktätige Volk mußten die verhängnisvolle Spaltung der Vergangenheit überwinden, um stark gegenüber den Feinden der Nation zu werden und unnachsichtig mit ihnen abzurechnen. Das erforderte eine starke antifaschistisch-demokratische Volksfront unter Führung der geeinten Arbeiterklasse. Deshalb schlug die kommunistische Partei Deutschlands in ihrem historischen Aufruf an das deutsche Volk vom 11. Juni 1945 die Schaffung eines Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien und Organisationen vor.

Für den Aufbau des Sozialismus fehlten 1945 noch viele materielle und politische Voraussetzungen. Erst mußte die bürgerlich-demokratische Revolution zu Ende geführt und eine antifaschistisch-demokratische Ordnung errichtet werden. Erst dadurch wurden die notwendigen Voraussetzungen für den Übergang zur sozialistischen Revolution geschaffen. Das Programm der Kommunistischen Partei mit seiner Forderung zum Aufbau eines neuen antifaschistisch-demokratischen Deutschlands war darum real und entsprach den historischen Bedingungen.

Der Aufruf fand breiten Widerhall und wurde von allen aufbauwilligen Deutschen anerkannt. Das Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei Deutschlands fand vor allem die Zustimmung des am 17. Juni 1945 in Berlin gebildeten Zentralausschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und wurde so zur Grundlage für die Einigung der Arbeiterklasse, für das Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft und für die Zusammenarbeit mit den antifaschistisch-demokratischen Parteien und Organisationen.

Einen Monat nach der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus gab es in der Sowjetischen Besatzungszone ein klares Programm zum demokratischen Neuaufbau, das Schritt für Schritt verwirklicht wurde, während die imperialistischen Mächte die politische Betätigung demokratischer Organisationen in ihren Besatzungszonen erst Ende 1945 oder im Frühjahr 1946 zuließen, und zwar nur auf Kreisbasis. Kommunisten und Sozialdemokraten im Osten und Westen Deutschlands hatten sofort nach der Befreiung Verbindung zueinander aufgenommen und Besprechungen über die Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse durchgeführt. Die sowjetischen Besatzungsorgane billigten und unterstützten diese Einheitsbestrebungen der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes. Die westlichen Besatzungsmächte dagegen mißbrauchten ihre Machtpositionen unter Mitwirkung der aus westlicher Emigration zurückgekehrten

rechten Führungskräfte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, verhinderten die Durchführung einheitlicher Aktionen und stellten sich den Bestrebungen zur organisatorischen Vereinigung der Arbeiterklasse hemmend entgegen.

In der Sowjetischen Besatzungszone dagegen gingen die Arbeiter und alle antifaschistischen und demokratischen Kräfte – von den Besatzungsbehörden tatkräftig unterstützt – daran, die Produktion wieder in Gang zu bringen, neue demokratische Selbstverwaltungsorgane zu bilden und die Betriebe und Institutionen von faschistischen Elementen zu säubern. Sie erkannten dabei die Gemeinsamkeit ihrer Interessen, die Vorteile einer engen Zusammenarbeit und kamen so einander näher. Es entwickelte sich aus dem damaligen lebensnotwendigen Bedürfnis der gemeinsamen Lösung schwierigster Probleme eine Aktionseinheit, die immer mehr zum Kraftzentrum für die Sammlung aller patriotischen Kräfte wurde.

Die Bestrebungen der revolutionär-demokratischen Kräfte zur Neugestaltung Deutschlands wurden durch das Abkommen der drei Siegermächte im August 1945 in Potsdam entscheidend unterstützt. Sie beschlossen gemeinsam die vollständige Vernichtung des Faschismus und Militarismus, die Zerschlagung der Monopole, die Dezentralisierung von Wirtschaft und Verwaltung, die demokratische Umgestaltung des Erziehungs- und Gerichtswesens, gaben Anregungen zu weiteren Maßnahmen der demokratischen Erneuerung Deutschlands, besonders zu einer demokratischen Bodenreform und dem Aufbau einer Friedenswirtschaft. Von besonderer Bedeutung war dabei die gemeinsame Festlegung, das einheitliche wirtschaftliche Gefüge ganz Deutschlands nicht zu zerstören.

Die Potsdamer Beschlüsse entsprachen in vollem Maße den Interessen des deutschen Volkes im Kampf gegen seine imperialistisch-militaristischen Feinde. Leider wurden alle diese Verpflichtungen nur von der Sowjetunion erfüllt, während die Westmächte – ent-

gegen den Interessen ihrer Völker – schrittweise ihr Wort brachen und alles taten, um die Positionen des deutschen Imperialismus und Militarismus zu halten und später erneut zu festigen.

Auf der Grundlage der Aktionsgemeinschaft begann der Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone mit der Durchführung einer demokratischen Bodenreform. Die Mehrheit der Werktätigen unterstützte diesen Vorschlag. Die Länder- und Provinzialverwaltungen beschlossen darum im Herbst 1945 Verordnungen zur entschädigungslosen Enteignung des Großgrundbesitzes über 100 Hektar und zur Verteilung des Grund und Bodens an ehemalige Landarbeiter, landarme Bauern und Umsiedler. Noch in den Monaten September und Oktober 1945 wurden über 10 000 Kommissionen zur Verwirklichung der Bodenreform gebildet, denen mehr als 54 000 Arbeiter, werktätige Bauern und Umsiedler angehörten. Die entscheidenden Organisatoren waren dabei die Aktionsausschüsse der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Sie organisierten die Hilfe der Arbeiterklasse für die werktätige Bauernschaft. Die Arbeiter unterstützten die Bauern bei der Aufteilung des Bodens und bei der Verteilung des Viehs und der Geräte der Großgrundbesitzer, sie halfen Maschinen reparieren und stellten sich für die Ernte und die Aussaat zur Verfügung. Diese Hilfe überzeugte die Mehrheit der werktätigen Bauern davon, daß sie in der Arbeiterklasse ihren besten Verbündeten besitzen, der immer treu an ihrer Seite steht. Die Bodenreform gab dem Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft eine feste Grundlage; und der Kampf um ihre Durchführung festigte zugleich die Aktionseinheit der Arbeiterklasse.

Mit der Zerschlagung der Herrschaft des junkerlich-feudalen Großgrundbesitzes wurde ein gefährlicher Herd des deutschen Militarismus beseitigt, die demokratische Umgestaltung des Dorfes begonnen und eine Voraussetzung zur Verbesserung der Volksernäh-

rung geschaffen. Die Bodenreform führte zu einer grundlegenden Veränderung der Klassenverhältnisse auf dem Lande. Insgesamt wurden 31 Prozent des Bodens enteignet und neu verteilt; das waren bis zum 1. Januar 1950 fast 3,3 Millionen Hektar.

Diese revolutionär-demokratische Umwälzung auf dem Lande ging keineswegs ohne Widerstand der bürgerlich-junkerlichen Kräfte vonstatten. Die Anwesenheit der sowjetischen Besatzungsmacht und die geschlossene Front der Arbeiterklasse und der demokratischen Kräfte auf dem Lande verhinderten jedoch einen organisierten Widerstand oder gar bewaffnete konterrevolutionäre Aktionen.

Die Durchführung der Bodenreform war auch eine große Bewährungsprobe für die neuen Selbstverwaltungsorgane und die am 14. Juni 1947 gegründete Deutsche Wirtschaftskommission für die Sowjetische Besatzungszone. Sie haben diese Aufgabe und viele andere komplizierte Probleme von größter politischer Bedeutung, wie die Versorgung der Bevölkerung und der Betriebe, unter schwierigsten Bedingungen erfolgreich gelöst. Wir vergessen dabei keinen Augenblick, daß es vor allem die geduldige und selbstlose Hilfe der sowjetischen Besatzungsorgane war, denen wir die Entwicklung unserer jungen Selbstverwaltungseinrichtungen zu Keimzellen eines neuen deutschen Staates verdanken.

Schwierigkeiten ergaben sich auch in den Industriebetrieben. Sie wurden immer mehr zum Schauplatz harter Klassenkämpfe. Beauftragte der alten kapitalistischen Konzerne tauchten in den Betrieben auf und versuchten die Lenkung und Leitung der Produktion wieder in ihre Hände zu bringen. Die Arbeiterklasse war keineswegs bereit, sich erneut von den Konzernherren unterdrücken und ausbeuten zu lassen. Die Diener des Monopolkapitals versuchten den Arbeitern einzureden, daß allein die Kapitalisten in der Lage seien, den hochkonzentrierten Produktionsapparat der miteinander verflochtenen Konzernbetriebe zu leiten. Tatsächlich zweifelten manche Arbeiter

in Unkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge an der Notwendigkeit der Zerschlagung der kapitalistischen Kartelle und Konzerne. Es war darum unumgänglich notwendig, die Betriebe von offenen und versteckten Konzernherren, Kriegsverbrechern und Naziaktivisten zu säubern, die imperialistischen Organisationsformen zu zerschlagen, die Betriebe zu enteignen und in die Hände des Volkes zu überführen. Die sich immer stärker und klarer formierende Aktionseinheit schuf die entscheidende Voraussetzung zur Verwirklichung aller dieser Aufgaben.

Kommunisten und Sozialdemokraten bildeten Arbeitsgemeinschaften aus Vertretern beider Parteien, um so die wichtigsten und vordringlichsten Probleme gemeinsam zu lösen. Diese Methode und das damit verbundene immer stärkere Verlangen nach festeren Formen der Zusammenarbeit führten im Dezember 1945 zu einer gemeinsamen Konferenz des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands und des Zentralausschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands über die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse. Damit wurde die Phase der Annäherung und gemeinsamen Arbeit beider Parteien in die Phase der Vorbereitung der organisatorischen Vereinigung übergeleitet. Die Initiative von unten wurde infolge der praktischen Zusammenarbeit in den Betrieben immer stärker, und in zahlreichen Betrieben führte man bereits gemeinsame Sitzungen und Versammlungen durch. Die Bewegung zur Zusammenarbeit wuchs und befruchtete die Idee der Vereinigung immer mehr. In zahlreichen Konferenzen beider Arbeiterparteien wurden konkrete Vorschläge und Hinweise für die Vereinigung unterbreitet.

Der Erfolg dieser Entwicklung war der Zusammenschluß der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf dem Vereinigungsparteitag am 21. und 22. April 1946.

Damit war der Bruderkampf in einem Teil Deutschlands für alle Zeiten beendet. So schuf sich die Arbeiterklasse in eigener Initiative ihre geeinte Partei, das Führungszentrum zur Einigung aller werktätigen Schichten, für den erfolgreichen Kampf des Volkes um seine glückliche Zukunft. Der unerschütterliche Wille zur Einheit, geboren in der finsternen Nacht des Faschismus, in Zuchthäusern und Konzentrationslagern, hatte endlich seine Erfüllung gefunden. Ein neues Kapitel der Geschichte des deutschen Volkes wurde aufgeschlagen. Es wird geschrieben vom werktätigen Volk, von den jahrhundertlang unterdrückten Massen, unter Führung der geeinten Arbeiterklasse.

Die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands war demnach eine historische Wende nicht nur im Leben der deutschen Arbeiterklasse, sondern der ganzen deutschen Nation. Sie war kein Kompromiß, sondern die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien erfolgte auf dem Boden des revolutionären Sozialismus.

Natürlich war damit der Opportunismus noch nicht völlig überwunden. Mit der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurde jedoch den rechten sozialdemokratischen Führern und ihrer verderblichen Politik des Revisionismus und Nationalismus eine entscheidende Niederlage bereitet. Der Zusammenschluß der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands war ein großer historischer Sieg des Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Damit wurde der Grundstein für eine marxistisch-leninistische Kampfpartei der deutschen Arbeiterklasse gelegt, für eine Partei von neuem Typus.

Ihre erste große Bewährungsprobe als anerkannte Führerin der Massen bestand die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands beim Volksentscheid über die Enteignung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten und die Beseitigung der Macht der Konzerne am 30. Juni

1946 in Sachsen. Er wurde dank der überzeugenden Aufklärungsarbeit der Partei und dank dem Vertrauen, das der Partei die Mehrheit der Bevölkerung bereits damals entgegenbrachte, ein klares Bekenntnis gegen den verbrecherischen deutschen Imperialismus und Militarismus. Rund 78 Prozent der Wähler verlangten in geheimer und freier Abstimmung die Enteignung der deutschen Imperialisten.

Wenige Wochen später wurden entsprechend dem Willen der Bevölkerung diese Betriebe durch Verordnungen der Länder und Provinzen in der Sowjetischen Besatzungszone in die Hände des Volkes überführt. Damit entstand ein starker volkseigener Sektor in der Industrie; zugleich begannen sich neue Produktionsverhältnisse zu entwickeln, die in ihrem Keim bereits sozialistisch waren. Das war ein weiterer entscheidender Schritt auf dem Wege der revolutionär-demokratischen Umgestaltung in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone.

Es genügt jedoch nicht, neue Produktions- und Eigentumsverhältnisse zu schaffen, wenn nicht gleichzeitig auch neue Menschen herangebildet werden. Die junge Generation mußte im Geiste der Demokratie, der Völkerfreundschaft und des Friedens erzogen und durfte nicht mehr mit den militaristisch-faschistischen Lügen vergiftet werden. Bereits Mitte Dezember 1945 hatten darum die antifaschistisch-demokratischen Parteien in einer gemeinsamen Stellungnahme die Durchführung einer demokratischen Schulreform gefordert. Die besten und fähigsten Kräfte unseres Volkes sollten sich als Lehrer der Volkserziehung widmen und unsere Jugend zu Erbauern eines neuen, friedliebenden, demokratischen deutschen Staates erziehen. Im Herbst 1946 wurde dann das Gesetz zur Demokratisierung der Schulen in Kraft gesetzt. Damit war das Bildungsprivileg der ehemals herrschenden Klassen gebrochen und der Grundstein für die neue demokratische Schule gelegt. Großen Anteil an der neuen

fortschrittlichen Entwicklung der Jugend hat die Freie Deutsche Jugend, die erfolgreich an der Verwirklichung der «Grundrechte der jungen Generation» mitarbeitete – des Rechtes auf politische Betätigung, auf Arbeit und Erholung, auf Bildung und auf Freude und Frohsinn.

Alle diese Veränderungen im Interesse des werktätigen Volkes erhöhten das Vertrauen der Bevölkerung zur Partei der Arbeiterklasse und zu den neuen staatlichen Organen. Ein überzeugender Ausdruck dafür waren die Ergebnisse der Gemeindewahlen im September und der Land- und Kreistagswahlen im Oktober 1946. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands errang dabei einen großen Erfolg und stellte in allen Landtagen die stärkste Fraktion.

Zum erstenmal waren in einem Teil Deutschlands Wahlen durchgeführt worden, bei denen das Volk wirklich frei und demokratisch entscheiden konnte. Mit der Enteignung der Kriegsverbrecher, Monopolisten, Junker und Naziaktivisten war die Macht des deutschen Imperialismus gebrochen, der wichtigste Teil der Produktionsmittel in die Hände des Volkes überführt und eine feste ökonomische Grundlage für die Ausübung der Macht durch das Volk geschaffen worden.

Von großer Bedeutung war in dieser Zeit die Erziehungsarbeit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur Festigung ihrer eigenen Reihen, im Interesse der Schaffung einer marxistisch-leninistischen Kampfpartei. Bereits auf ihrem II. Parteitag im September 1947 konnte festgestellt werden, daß die junge Partei der geeinten Arbeiterklasse ihre Bewährungsprobe bestanden hatte. Sie war zur stärksten Partei Deutschlands geworden. Sie hatte sich als die führende, vorwärtstreibende Kraft der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Erneuerung unseres Volkes erwiesen und bewährt und genoß das wachsende Vertrauen aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß die Partei den Kampf um die weitere demokratische Neugestaltung nur erfolgreich organisieren und leiten kann, wenn sie eng mit den Massen verbunden und straff organisiert ist und wenn die Parteimitglieder von sozialistischem Bewußtsein durchdrungen sind, lenkte der II. Parteitag die Aufmerksamkeit besonders darauf, das *qualitative* Wachstum der Partei zu fördern. Nach der Vereinigung waren der Partei Tausende politisch junge und unerfahrene Menschen zugeströmt. Sie mußten mit den ehemaligen Kommunisten und Sozialdemokraten zu einer einheitlichen, festgeschlossenen Partei neuen Typus zusammenwachsen. Dabei kam es vor allem darauf an, das sozialistische Bewußtsein und die politische Aktivität der Parteimitglieder zu entwickeln, sie mit den unbesiegbaren Lehren des Marxismus-Leninismus vertraut zu machen.

Eine bedeutende Wende in der Entwicklung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu einer Partei neuen Typus brachten die Beschlüsse der 1. Parteikonferenz im Januar 1949. In kameradschaftlichen ideologischen Auseinandersetzungen und im Kampf gegen revisionistische Auffassungen vom sogenannten deutschen Weg zum Sozialismus wurde auf der Grundlage der organisatorischen Einheit die politisch-ideologische Einheit der Partei gefestigt.

Einen wichtigen Platz in der politischen Erziehungsarbeit nahm das Verhältnis der Parteimitglieder zur Sowjetunion ein. Ohne klare Einstellung zum ersten sozialistischen Staat der Welt konnte sich keine Partei neuen Typus entwickeln. Große Hilfe leistete dabei die Sowjetunion selbst durch ihre tatkräftige Unterstützung und ihre konsequente Politik im Interesse des deutschen Volkes. So wuchs unter der gesamten Bevölkerung immer mehr die Erkenntnis, daß die werktätigen deutschen Menschen im Sowjetvolk einen aufrichtigen Helfer haben, den zum Freund zu gewinnen ein großer Vorteil für die friedliche, glückliche Zukunft Deutschlands ist.

Ganz im Gegensatz dazu vollzog sich die Entwicklung im Westen Deutschlands. Die imperialistischen Besatzungsmächte dachten nicht daran, die Potsdamer Beschlüsse zu realisieren. Sie behinderten die Entfaltung und Betätigung der demokratischen Kräfte, vor allem der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Kampfpartei, der Kommunistischen Partei Deutschlands; sie verboten die in Hessen beschlossene Enteignung der Kriegsverbrecher und trafen alle Maßnahmen zur Wiederbelebung der alten volksfeindlichen Zustände. Zur Irreführung der Bevölkerung und der internationalen Öffentlichkeit führten sie eine sogenannte Konzernentflechtung durch, die die Macht der deutschen Imperialisten scheinbar beeinträchtigte. In Wirklichkeit sollte damit jedoch nur die Beseitigung der alten imperialistischen Machtverhältnisse durch das Volk verhindert werden. Das Eigentum der westdeutschen Konzerngewaltigen wurde konserviert und später in ihre Verfügungsgewalt zurückgegeben. Mit der gleichen reaktionären Konsequenz und mit Hilfe der rechten Führer der Sozialdemokratie wurde auch die Herstellung der Einheit der deutschen Arbeiterklasse unmöglich gemacht. So taten die imperialistischen Besatzungsmächte unter aktiver Beihilfe der deutschen Reaktion von Anfang an alles, um die alten Machtverhältnisse in Westdeutschland aufrechtzuerhalten und den deutschen Imperialismus wiedererstehen zu lassen.

Die in ganz Deutschland nach 1945 zu lösende historische Aufgabe der Ausrottung des deutschen Imperialismus und Militarismus und der Schaffung friedliebender, demokratischer Verhältnisse wurde nur in der Sowjetischen Besatzungszone erfüllt. Mit Unterstützung der sowjetischen Organe schuf das Volk eine neue antifaschistisch-demokratische Ordnung, deren ökonomische Basis der volkseigene Sektor der Wirtschaft war, in dem sich allmählich neue sozialistische Produktionsverhältnisse und ein neues Verhältnis zur Arbeit entwickelten. Der Anteil des volkseigenen Sektors an der

Bruttoproduktion war anfangs relativ klein. Er umfaßte 1946 in der gesamten Volkswirtschaft nur 19,5 Prozent, in der Industrie jedoch bereits etwa 40 Prozent. Die entscheidenden Zweige der Volkswirtschaft, die Grundstoff- und Schwerindustrie, die Banken und der größte Teil des Verkehrswesens waren in die Hände des Volkes übergegangen. Neben dem volkseigenen Sektor gab es weiterhin den privatkapitalistischen Sektor sowie die kleine Warenproduktion der werktätigen Bauernschaft und der Handwerksbetriebe.

Die politische Grundlage der neuen demokratischen Ordnung war die Einheit der Arbeiterklasse, ihr Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft und die einheitliche Front des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen. Mit der revolutionär-demokratischen Umwälzung wurden das reaktionäre Junkertum und das Monopolkapital beseitigt. Damit hatte sich die Klassenstruktur grundlegend verändert; die Arbeiterklasse wurde zur führenden Kraft der Gesellschaft. Sie war nicht mehr besitzlose, unterdrückte Klasse, sondern begann sich zur ökonomisch und politisch herrschenden Klasse zu entwickeln. Durch die Schaffung des volkseigenen Sektors wurde die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen in einem bedeutenden Teil der Volkswirtschaft beseitigt und in dem noch vorhandenen kapitalistischen Sektor bereits damals beschränkt.

So wurden in den Jahren 1945 bis 1949 die Aufgaben der demokratischen Umwälzung unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei erfolgreich gelöst. Dabei fiel die Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution zusammen mit der Beseitigung der Grundlagen des Imperialismus und dem Entstehen erster Elemente des Sozialismus.

Die imperialistischen Kräfte hatten sehr bald erkannt, daß es unmöglich war, den östlichen Teil Deutschlands ihren reaktionären

Plänen unterzuordnen. Sie wollten darum wenigstens den westlichen Teil beherrschen und der Verwirklichung ihrer reaktionären Ziele nutzbar machen. Darum betrieben sie rücksichtslos die systematische Spaltung Deutschlands. Sie schufen politische und wirtschaftliche Realitäten, die alle auf die Zweiteilung des Landes hinausliefen. Die Vereinbarung über den wirtschaftlichen Zusammenschluß der amerikanischen und der britischen Besatzungszone im September 1946 öffnete diesen Weg der Spaltung. Die Bildung eines sogenannten Bizonen-Wirtschaftsrates Mitte 1947, die separate Währungsreform in den drei Westzonen im Juni 1948 und die wirtschaftliche Vereinigung der französischen Zone mit der sogenannten Bizone im August 1948 vertieften die wirtschaftliche Spaltung und führten zielstrebig zur staatlichen und gesellschaftlichen Trennung Deutschlands.

Unter direktem Bruch ihrer im Potsdamer Abkommen feierlich übernommenen Verpflichtungen und entgegen dem erklärten Willen von Millionen deutschen Menschen in allen Teilen Deutschlands beschlossen die drei Westmächte in ihren berüchtigten «Londoner Empfehlungen» vom 2. Juni 1948 die seit langem systematisch vorbereitete Bildung eines westdeutschen Separatstaates und die Einführung eines Besatzungsstatuts. Über 17 Millionen Bürger ganz Deutschlands, hinter denen weitere Millionen standen, die in Westdeutschland daran gehindert wurden, zeichneten sich bis Anfang Juli in die Listen zum Volksbegehren für die Einheit Deutschlands und den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages ein. Trotz dieses Bekenntnisses wurde die Zerreißung Deutschlands durch die westlichen Besatzungsmächte im Bunde mit den reaktionären Kräften in Westdeutschland verstärkt fortgesetzt.

Am 1. September 1948 trat auf Geheiß der Westalliierten in Bonn ein sogenannter «Parlamentarischer Rat» zusammen, um ein «Grundgesetz» für den Separatstaat auszuarbeiten. Das geschah

unter völligem Ausschluß der Öffentlichkeit, hinter verschlossenen Türen, unter dem direkten Druck der westlichen Besatzungsbehörden, die die hauptsächlichsten Bestimmungen der Bonner Separatverfassung selbst diktierten. Am 8. Mai 1949 wurde dieses Grundgesetz vom sogenannten «Parlamentarischen Rat» angenommen und am 23. Mai des gleichen Jahres mit seiner Verkündung in Kraft gesetzt. Am 14. August 1949 wurde auf der Grundlage eines reaktionären, betrügerischen Wahlgesetzes, unter den Bedingungen schamloser, lügnerischer Propaganda und des Terrors gegen die fortschrittlichen demokratischen Kräfte, vor allem gegen die Kommunistische Partei Deutschlands, der westdeutsche Bundestag gewählt.

Am 20. September erfolgte die Bildung der Bonner Separatregierung unter Adenauer, der mit einer einzigen Stimme Mehrheit – seiner eigenen – zum Chef dieses separaten reaktionären Regimes gemacht wurde. Am gleichen Tage trat das berüchtigte Besatzungsstatut in Kraft. Damit hatten die Westmächte und ihre deutschen Bundesgenossen, die imperialistischen und militaristischen Kräfte, ihrer Spaltungspolitik das Schandmal aufgedrückt. Das westdeutsche separate Staatsgebilde war aus der Taufe gehoben, die Zerreißung Deutschlands vollzogen. Die Sowjetregierung erklärte in ihrer Note vom 1. Oktober 1949 an die Westmächte zu dieser den Interessen des deutschen Volkes widersprechenden und den Frieden in Europa gefährdenden Handlungsweise:

«Die Bildung einer Separatregierung für die Westzonen Deutschlands kann man nur als Vollendung der Politik der Spaltung Deutschlands bezeichnen, die in den letzten Jahren von den Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs unter Verletzung des Potsdamer Abkommens verfolgt wurde, in welchem diese Staaten zusammen mit der Sowjetunion die Verpflichtung übernommen hatten, Deutschland als einheitliches Ganzes zu be-

trachten und seine Umwandlung in einen demokratischen und friedliebenden Staat zu fördern...

Dieser Schritt der Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs bedeutet ... eine Verletzung ... auch der Verpflichtungen in bezug auf den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, da die Bildung eines westdeutschen Separatstaates zu einer unzulässigen Verzögerung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland führt, was den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz zuwiderläuft.»*

In dieser ernsten Situation erwies sich die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erneut als die führende Kraft der deutschen Nation, als die konsequente Vorkämpferin um die Wahrung der nationalen Lebensinteressen unseres Volkes. Vom ersten Tage ihrer Existenz an hatte die Partei der geeinten Arbeiterklasse leidenschaftlich gegen die ständig wachsende Gefahr der Zerreißung Deutschlands, für die Schaffung eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen deutschen Staates gekämpft und allen friedliebenden, patriotischen Kräften den Weg zur Erreichung dieses Zieles gewiesen.

So war auf Initiative des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Jahre 1947 die «Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden» ins Leben gerufen worden, die immer machtvoller ihre Stimme gegen die volksfeindlichen Pläne und Absichten der Westmächte erhob. Auf Initiative und unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse wurde diese Volkskongreßbewegung zu einer breiten organisierten Kampffront aller Klassen und Schichten des deutschen Volkes, zur Nationalen Front des demokratischen Deutschland weiterentwickelt.

In der Stunde der höchsten Gefahr, nach der vollendeten Spaltung Deutschlands durch die Bildung des westdeutschen Separat-

* Die Sowjetunion und die Frage der Einheit Deutschlands und des Friedensvertrages mit Deutschland, Berlin (1952), S. 53.

staates, faßte der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands am 4. Oktober 1949 den historischen Beschluß über «Die Nationale Front des demokratischen Deutschland und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands». In dieser bedeutsamen EntschlieÙung wandte die Partei der Arbeiterklasse die Lehren des Marxismus-Leninismus schöpferisch auf die konkrete Situation in Deutschland an und entwickelte die Plattform für den Zusammenschluß aller friedliebenden, patriotischen Kräfte zum gemeinsamen Kampf um die Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation. Von ihr ging eine große mobilisierende Wirkung aus. Diese EntschlieÙung gab dem deutschen Volk eine klare Orientierung. Sie stärkte die Kampfbereitschaft und Siegeszuversicht aller friedliebenden Menschen und trug wesentlich zur Stärkung der sich entwickelnden Nationalen Front des demokratischen Deutschland bei.

Nach der Gründung des westdeutschen Separatstaates erhoben Menschen aus allen Bevölkerungsschichten die Forderung nach der Konstituierung eines friedliebenden, unabhängigen, demokratischen deutschen Staates. In zahlreichen Betriebsversammlungen, in Beschlüssen der Parteien und demokratischen Organisationen forderten die Werktätigen die sofortige Einberufung des Deutschen Volksrates, der am 30. Mai 1949 von den Delegierten des III. Deutschen Volkskongresses gewählt worden war. Das Präsidium des Deutschen Volksrates und der antifaschistisch-demokratische Block der Parteien und Organisationen traten am 5. Oktober 1949 zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. In einem Beschluß wurde die Bildung des separaten Weststaates, der Erlaß des Besatzungsstatuts in Westdeutschland und die Verweigerung des Friedensvertrages durch die imperialistischen Westmächte als akuter nationaler Notstand eingeschätzt, der rasche nationale Selbsthilfe erforderlich machte.

DIE GRÜNDUNG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

Der Zeitpunkt zur Bildung eines neuen, demokratischen, friedliebenden und unabhängigen deutschen Staates war historisch herangereift. Die demokratische Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone verlangte nach neuen Formen der staatlichen Organisation. Das Verlangen unseres Volkes nach staatlicher Manifestierung seiner demokratischen Errungenschaften wurde immer größer. Darüber hinaus drängte die Verantwortung des deutschen Volkes gegenüber den anderen europäischen Völkern nach der Bildung eines neuen, friedliebenden, demokratischen deutschen Staates, von dem die friedliebenden Menschen kein neues Unheil mehr zu fürchten brauchen.

Die Gründung des Bonner Separatstaates als des Instrumentes der imperialistisch-militaristischen Kreise in Westdeutschland verhinderte die historisch notwendige Bildung einer einheitlichen, friedliebenden und demokratischen deutschen Republik. So wurde aus einem nationalen Notstand heraus, dem Verlangen des deutschen Volkes und der historischen Situation Rechnung tragend, der erste Arbeiter-und-Bauern-Staat in der Geschichte Deutschlands geboren – die Deutsche Demokratische Republik. Es ist eine große Hilfe für uns gewesen, daß die Sowjetunion diesem Entwicklungsprozeß stets mit größter Einsicht gegenüberstand, ja, ihn stets förderte.

Am 7. Oktober 1949 konstituierte sich der Deutsche Volksrat als Provisorische Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik. Sie wählte den bewährten deutschen Arbeiterführer Wilhelm Pieck zum Präsidenten des ersten friedliebenden und demokratischen Staates in Deutschland und beauftragte mich mit der Bildung einer Provisorischen Regierung.

Die Grundsteinlegung der ersten Arbeiter-und-Bauern-Macht der deutschen Geschichte in einem Teil Deutschlands war ein Akt von großer historischer, nationaler und internationaler Bedeutung. Freilich hatte die Konstituierung des westdeutschen Separatstaates eine völlig neue Lage geschaffen, die ohne Zweifel auf den Zeitpunkt der Geburt der Deutschen Demokratischen Republik von Einfluß war und den deutschen Patrioten die nationale Pflicht auferlegte, nun erst recht als Gegengewicht zum imperialistisch-militaristischen Bonner Staat den Grundstein zu einem neuen, friedliebenden und demokratischen Deutschland zu legen. Aber damit erschöpft sich die Bedeutung der Staatsgründung bei weitem nicht.

Mit der Grundsteinlegung zu einem einheitlichen, demokratischen, unabhängigen und friedliebenden Deutschland war der alte Obrigkeitsstaat im östlichen Teil unseres Vaterlandes liquidiert und rechtlich durch einen wahrhaft demokratischen Staat abgelöst. Die Staatsgewalt wurde dem Volke übertragen und der Grundpfeiler für den allseitigen Ausbau der Volkssouveränität gelegt.

Die Deutsche Demokratische Republik entstand demnach im Kampf der demokratischen und patriotischen Kräfte Deutschlands um die Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation und ist somit die unmittelbare Folge der nationalen Bewegung des deutschen Volkes. Dieser Kampf war die Fortsetzung des jahrhundertalten Ringens der Volksmassen um die nationale Einheit und die Gewährung demokratischer Rechte, war die Fortsetzung des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse gegen die faschistische Herrschaft, gegen Ausbeutung und Unterdrückung, um die volle Entfaltung demokratischer Rechte und Freiheiten des Volkes, im Interesse der Sicherung des Friedens und einer wahren Demokratie.

Damit ist die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik ein Ausdruck des Sieges der Arbeiterklasse und aller anderen demokratischen Kräfte im Kampf gegen die Reaktion. Sie ist der

Erfolg der Anstrengungen aller fortschrittlichen demokratischen Kräfte, ihr Leben auf friedlicher und demokratischer Grundlage umzugestalten. Damit war die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik eine längst fällige gesetzmäßige Etappe der historischen Entwicklung der deutschen Nation.

Gleichzeitig war die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik ein Wendepunkt in der Geschichte Europas. Zum erstenmal in der Geschichte Deutschlands wurde ein Staat geschaffen, in dem die Arbeiterklasse entscheidende Positionen eingenommen hat und im Bündnis mit den übrigen Werktätigen die Macht ausübt. Dieser friedliebende, demokratische Staat machte die Freundschaft mit anderen Völkern und Staaten, den Kampf um die Sicherung des Friedens und die volle Entfaltung der Demokratie, den Kampf um die demokratische Einheit Deutschlands zum Hauptinhalt seiner Politik.

Mit der Gründung dieses Staates war im Osten Deutschlands der entscheidende Teil der jahrzehntealten Aufgaben gelöst, wie sie sich erneut nach der Zerschlagung des Faschismus die demokratischen Kräfte unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei gestellt hatten. Ein Staat, der die Ausrottung der Wurzeln des Faschismus und Militarismus, die Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens und die Wiederherstellung der Volkswirtschaft im Interesse des Aufbaus einer Friedenswirtschaft betreibt, gebraucht seine politische Macht im Interesse der überwiegenden Mehrheit des Volkes.

Mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik waren die Voraussetzungen geschaffen, das deutsche Volk und den deutschen Staat wieder in den Kreis der friedliebenden Staaten und Völker zurückzuführen. Die internationale Isolierung, in die der Hitlerfaschismus durch seine aggressive Politik das deutsche Volk gebracht hatte, wurde durchbrochen. Die Deutsche Demokratische

Republik gewann das Vertrauen und die Anerkennung der friedliebenden Staaten und Völker, was seinen Ausdruck in der allseitigen Entfaltung politischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen zu anderen Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung fand.

Der überzeugendste Beweis dafür ist die Politik der Regierung der UdSSR, die bereits am 10. Oktober, unmittelbar nach der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, ihre Militäradministration beauftragte, die Verwaltungsfunktionen auf die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu übertragen, ihre Dienststellen in der bisherigen Form aufzulösen und eine Kontrollkommission zu bilden. In der Erklärung des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, des Armeegenerals Tschujkow, vom 10. Oktober 1949 heißt es dazu:

«Auf dem Wege zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands ist jetzt eine ganze Reihe von Hindernissen errichtet worden. Wem ist es zum Beispiel nicht klar, daß die in Bonn geschaffene Marionettenregierung der Wiederherstellung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden Deutschlands nicht dienen kann? Die Bildung der Bonner Regierung ist im Gegenteil darauf gerichtet, die Spaltung Deutschlands zu vertiefen.

Unter diesen Umständen kann man nicht umhin, das Bestreben deutscher demokratischer Kreise als rechtmäßig anzuerkennen, die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und dessen Wiedergeburt auf demokratischer und friedlicher Grundlage in die eigenen Hände zu nehmen. Eben darin erblickt die Sowjetregierung den Sinn der Beschlüsse des Deutschen Volksrats über die Inkraftsetzung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik und über die Bildung der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in Berlin.

Dabei nimmt die Sowjetregierung zur Kenntnis, daß die Provisorische Regierung auf dem Boden der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz steht und die Verpflichtungen erfüllen wird, die sich aus den gemeinsam gefaßten Viermächtebeschlüssen ergeben.

Angesichts der erwähnten Beschlüsse des Deutschen Volksrats hat die Sowjetregierung beschlossen, der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Verwaltungsfunktionen zu übergeben, die bisher der Sowjetischen Militärverwaltung zustanden.

An Stelle der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland wird eine Sowjetische Kontrollkommission geschaffen, deren Aufgabe die Kontrolle über die Erfüllung der Potsdamer und der anderen Deutschland betreffenden gemeinsamen Viermächtebeschlüsse sein wird.»*

Schon fünf Tage später, am 15. Oktober, erkannte die UdSSR die Deutsche Demokratische Republik auch diplomatisch an und beschloß den Austausch diplomatischer Missionen. Diesem Beispiel folgten in kurzen Abständen die Regierungen der Volksrepubliken Albanien, Bulgarien, China, Korea, Polen, Rumänien, Ungarn und der ČSR. 950 Millionen Menschen des sozialistischen Lagers und darüber hinaus viele Millionen der Länder der Friedenszone in der Welt blickten voller Vertrauen auf unsere junge Republik und gaben ihr Unterstützung. Ebenso wurde die Bildung der Deutschen Demokratischen Republik von den kommunistischen und Arbeiterparteien kapitalistischer Staaten, an ihrer Spitze der Kommunistischen Partei Frankreichs, warm begrüßt. Diese internationale Anerkennung war für den Kampf des deutschen Volkes um seine demokratische Wiedervereinigung eine große moralische Unterstützung.

* Ebenda, S. 60/61.

Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik leitete auch eine neue Etappe im Kampf des deutschen Volkes um seine Einheit ein. Da auf dem Boden der Deutschen Demokratischen Republik die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens erfüllt wurden, war und ist sie das Vorbild für das künftige vereinigte deutsche Vaterland. Sie ist der Kern eines friedlichen und demokratischen deutschen Nationalstaates. Der Bestand eines solchen Staates stärkt die nationale Bewegung des deutschen Volkes.

Die Deutsche Demokratische Republik demonstriert dem deutschen Volk und der ganzen Welt, daß der Aufstieg Deutschlands aus eigener Kraft möglich ist und daß die Schöpferkraft des Volkes Frieden, Einheit und Demokratie erringen kann. Vor allem aber zeigt die Deutsche Demokratische Republik dem ganzen deutschen Volk, wie durch die Einheit aller demokratischen und patriotischen Kräfte und die aktive Teilnahme der Volksmassen an der Leitung des Staates der Weg in eine sichere, erfolgreiche und glückliche Zukunft des deutschen Volkes beschritten werden muß.

Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik machte die Führung des Kampfes um die Einheit Deutschlands mit staatlicher Autorität möglich. Durch sie wurde der organisatorische Aufbau der Nationalen Front, der Anfang 1950 erfolgte, als der umfassenden nationalen Bewegung bedeutend erleichtert. Am 7. Januar 1950 beschloß das Sekretariat der Volkskongreßbewegung, sich als Sekretariat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zu konstituieren. Damit wurde zugleich dem Verlangen der Ausschüsse für Einheit und gerechten Frieden zugestimmt, sich in Ausschüsse der Nationalen Front umzubilden. Sie entfalteten in der Folgezeit eine große Aktivität, um die breitesten Schichten der Bevölkerung in den Kampf um die nationale Wiedergeburt Deutschlands als eines friedliebenden und demokratischen Staates einzubeziehen. Der organisatorische Aufbau der Nationalen Front gipfelte

in der Konstituierung des Nationalrats am 3. Februar 1950, jenem Führungsorgan der Nationalen Front, das sich immer mehr zu einem nationalen Zentrum aller deutschen Patrioten entwickelt.

Nach den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens mußte sich das deutsche Volk selbst die Voraussetzungen für die Errichtung eines neuen, unabhängigen Staates schaffen, um auf diesem Wege die volle staatliche Souveränität zu erlangen. Damit war die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik auch ein wichtiger Schritt zur Herstellung der staatlichen Souveränität ganz Deutschlands. Auf dem Boden unserer Republik schuf sich das deutsche Volk in Gestalt demokratisch gewählter Organe eine legitime Vertretung zur allmählichen Übernahme aller Hoheitsrechte aus der Kompetenz der Besatzungsmächte in die Hände des deutschen Volkes.

Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik war also ein großer Sieg des Friedens und der Demokratie. Sie stärkte das Lager des Friedens, sie versperrte den Weg der Militarisierung ganz Deutschlands endgültig und schwächte damit das Lager des Imperialismus. Sie war ein empfindlicher Schlag gegen die imperialistischen Spalter und die Brandstifter eines neuen Krieges. Zum erstenmal in der Geschichte Deutschlands haben deutsche Arbeiter und Bauern, haben die Werktätigen selbst eine Waffe in Form des staatlichen Machtapparats in der Hand, die ausschließlich ihren nationalen und sozialen Interessen dient.

Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik ermöglichte die straffe zentralisierte Leitung beim demokratischen Aufbau und gewährleistete gleichzeitig die volle Entfaltung der Gestaltungskraft der Werktätigen. Sie ermöglichte und gewährleistete die bessere Verwirklichung der führenden Rolle der Arbeiterklasse, insbesondere die Verstärkung ihres Einflusses auf die Leitung der Volkswirtschaft. Die Bildung eines Staates der Arbeiter und Bauern erhöhte die politische Aktivität der Volksmassen in erheblichem

Maße. Die gerade in dieser Zeit sichtbar gewordenen Erfolge im Kampf um die Verbesserung der Lebenshaltung der Bevölkerung, um die Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens begeisterten die Werktätigen und führten zur Hebung des Staatsbewußtseins großer Teile der Bevölkerung.

Die Arbeiterklasse benutzt ihre staatlichen Machtpositionen im Interesse des werktätigen Volkes. Die Volkskammer beschloß bereits im ersten Jahr ihrer Existenz eine Reihe von Gesetzen, die den neuen sozial-politischen Verhältnissen Rechnung trugen und der praktischen Verwirklichung der Verfassungsgrundsätze und der Grundrechte auf Arbeit, Erholung und Bildung dienten. Es wurden Gesetze zur Sicherung der Rechte der Werktätigen im Arbeitsprozeß, zur Förderung der Jugend, über die Rechte der Frau und den Mutter- und Kinderschutz, zur Unterstützung der Klein- und Mittelbauern, des Handwerks, der Intelligenz und zur Entwicklung einer fortschrittlichen, demokratischen Kultur erlassen. Allen Bürgern wurde eine klare Perspektive gezeigt und gesichert, sie begannen sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung stärker bewußt zu werden.

Ein Gradmesser dafür war die Wahl der Volksvertretungen im Oktober 1950. Die Parteien und Massenorganisationen traten erstmalig mit einem gemeinsamen Programm und einheitlichen Kandidatenlisten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland vor die Bevölkerung. Dieses Programm stellte den Kampf um die Erhaltung des Friedens, um die friedliche demokratische Wiedervereinigung Deutschlands, um den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und um die Erfüllung der Ziele des ersten Fünfjahrplans als gemeinsame Aufgaben aller friedliebenden und demokratischen Kräfte in den Mittelpunkt. Bei einer Wahlbeteiligung von 98,5 Prozent stimmten 99,7 Prozent für das Programm der Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Dieses

hervorragende Ergebnis war ein überzeugender Sieg der neuen Ordnung, ein klares Bekenntnis für den ersten Staat der Arbeiter und Bauern in Deutschland. Es war zugleich ein überzeugender Sieg der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Die politisch-moralische Einheit aller Werktätigen begann sich in der Deutschen Demokratischen Republik zu entwickeln.

Die Deutsche Demokratische Republik schränkte den Machtbereich des deutschen Monopolkapitals unwiderruflich ein und wirkt dem aggressiven Streben des Militarismus in Westdeutschland aktiv entgegen. Sie bedroht keine anderen Völker. Im Programm der Regierung, das sie am 12. Oktober 1949 der Volkskammer vortrug, heißt es ausdrücklich:

«Der Weg des Friedens, den die Regierung zu gehen entschlossen ist, enthält ... die Errichtung eines demokratischen Staatswesens und die Herstellung friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen zu allen Völkern der Erde. Diese Grundsätze sind Ausgangspunkt aller Aufgaben, die die Regierung sich gestellt hat ...

Die deutsche Regierung ist gewillt, freundschaftliche und friedliche Beziehungen zu allen Staaten herzustellen, die ihrerseits bereit sind, in Frieden und Freundschaft mit Deutschland zu leben, und die unsere nationalen Interessen anerkennen.

Den Ausbau von Handelsbeziehungen zu allen Staaten, die bereit sind, mit uns auf der Grundlage der Gleichberechtigung Handel zu treiben, sieht die Regierung als eine ihrer wichtigsten Aufgaben an.»*

Von diesen Grundsätzen ist die Deutsche Demokratische Republik niemals abgewichen und konnte sich darum Schritt für Schritt das Vertrauen und die Anerkennung der anderen Völker erwerben.

* Otto Grotewohl, Im Kampf um die einzige deutsche demokratische Republik. Reden und Aufsätze, Bd. I, Berlin 1954, S. 517 u. 523.

Es konnte die falsche Auffassung vom angeblich aggressiven Wesen des deutschen Volkes überwunden und der Welt bewiesen werden, daß eine Bedrohung des Friedens nur vom deutschen Imperialismus und Militarismus, aber niemals vom deutschen Volk ausgeht. Wie ernst es der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik um die Sicherung des Friedens und um die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu den Nachbarvölkern ist, hat sie mit der Unterzeichnung des Abkommens über die deutsch-polnische Friedensgrenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen am 6. Juli 1950 und mit dem von der Volkskammer am 15. Dezember 1950 verabschiedeten Gesetz zum Schutze des Friedens bewiesen. Erstmals schuf ein deutscher Staat gesetzliche Regelungen zum Schutze des Friedens und der Völkerverständigung.

In den vergangenen Jahren der Entwicklung und Festigung unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht wurden unsere freundschaftlichen Beziehungen, insbesondere zu den sozialistischen Staaten, ständig enger und fester. Die sozialistische Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik führte unsere Republik schließlich als geachtetes und gleichberechtigtes Mitglied in die Völkerfamilie des sozialistischen Lagers.

Mit der Gründung eines selbständigen, unabhängigen und friedliebenden deutschen Staates entstanden die notwendigen Voraussetzungen für die qualitative Weiterentwicklung der politischen Machtverhältnisse in Ostdeutschland. Mit der Konstituierung der Arbeiter-und-Bauern-Macht, als einer Form der Diktatur des Proletariats, war die entscheidende Vorbedingung für den Übergang zum Aufbau des Sozialismus geschaffen. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands entwickelte sich immer mehr zu einer marxistisch-leninistischen Kampfpartei. Das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft war gefestigt und hatte manche

Bewährungsprobe bestanden. Das Bewußtsein der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik war so weit gewachsen, daß sie planmäßig und bewußt an die weitere revolutionäre Veränderung der bestehenden Verhältnisse herangehen konnten. Es wurde notwendig, eine neue klare Zielsetzung für die weitere Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik auszuarbeiten, die revolutionär-demokratische Entwicklung weiterzuführen und in die sozialistische Revolution überzuleiten.

Diese Entwicklung entsprach der strategischen Zielrichtung des Kampfes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und wurde zugleich vom Verlauf des Klassenkampfes in Deutschland auf die Tagesordnung gesetzt. In Deutschland flammte ein erbitterter Kampf zwischen den beiden Hauptsystemen unserer Epoche auf, dem kapitalistischen System in Westdeutschland, wo die reaktionären Kräfte immer offener die völlige Restaurierung des Imperialismus und Militarismus betrieben, und dem sich entwickelnden sozialistischen System in der Deutschen Demokratischen Republik. Die Arbeiterklasse begann das gesellschaftliche Leben in der Deutschen Demokratischen Republik entsprechend den objektiven Entwicklungsgesetzen auf sozialistischer Grundlage zu organisieren. Sie schuf damit zugleich die Voraussetzungen, der imperialistischen und militaristischen Gefahr in Westdeutschland immer offensiver und immer wirksamer entgegenzutreten.

Unter diesen neuen Bedingungen kam es vor allem darauf an, die Kampfkraft der Arbeiterklasse weiter zu stärken, ihre führende Rolle im staatlichen und gesellschaftlichen Leben zu erhöhen und die Mehrheit des Volkes für die sozialistische Umgestaltung zu gewinnen. Die Arbeiterklasse hatte in der ersten Etappe der Revolution mit der im Potsdamer Abkommen festgelegten Beseitigung der wirtschaftlichen und politischen Grundlagen des Imperialismus die

Hauptkraft der Bourgeoisie gebrochen und die politisch führende Rolle erobert. Das erleichterte es der Arbeiterklasse und ihrer Partei, alle fortschrittlichen Kräfte auf den Weg des Sozialismus zu führen.

Der Übergang zur sozialistischen Etappe unserer revolutionären Entwicklung war kein schematischer Vorgang. Es war ein Prozeß der Verflechtung der beiden revolutionären Etappen, sie griffen ineinander über. Die Hinüberleitung zur sozialistischen Umgestaltung durch die Partei der Arbeiterklasse begann in der zweiten Hälfte des Jahres 1948, nachdem die antifaschistisch-demokratische Umwälzung im wesentlichen vollzogen war und der Kampf zwischen Fortschritt und Reaktion in Deutschland durch die imperialistische Spaltungspolitik und die Taktik des «kalten Krieges» verstärkt wurde. Während die Imperialisten unsere Wirtschaft durch Blockademaßnahmen zu behindern versuchten, begannen die Werktätigen einen zielstrebigem Aufbau nach genau berechneten langfristigen Wirtschaftsplänen.

Die Beschlüsse und Maßnahmen der 1. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Januar 1949 hatten die Generallinie der Partei für die Periode des Übergangs zur weiteren revolutionären Umgestaltung begründet und auf die Eroberung der Mehrheit des Volkes zum Kampf um die Einheit Deutschlands und um die weitere Festigung der revolutionär-demokratischen Ordnung orientiert. Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik brachte die Wende im historischen Ringen um die Verwirklichung des Übergangs zum Aufbau der Grundlagen des Sozialismus. Dieser Aufbau wurde zur wichtigsten Aufgabe. Er wurde mit dem ersten Fünfjahrplan faktisch begonnen.

Der beginnende Kampf um die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik erhöhte die Verantwortung der Partei der Arbeiterklasse als der führenden

Kraft des Volkes. In dieser Periode war der ideologische Kampf gegen den Opportunismus, für den völligen Sieg des Marxismus-Leninismus im Denken und Handeln der Parteimitglieder zur wichtigsten innerparteilichen Aufgabe geworden. Auf diesem Wege der Entwicklung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu einer Partei neuen Typus wurden besonders nach der 1. Parteikonferenz, Anfang 1949, beachtliche Erfolge erzielt. Ein Höhepunkt in dieser Entwicklung war der III. Parteitag im Sommer 1950, auf dem ein neues Parteistatut angenommen wurde, das den Bedingungen einer Partei neuen Typus entsprach.

Zur Stärkung und Festigung der eigenen Reihen führte die Sozialistische Einheitspartei im Jahre 1951 eine Überprüfung ihrer Mitglieder und Kandidaten durch. Diese Parteiüberprüfung trug wesentlich zur politisch-ideologischen und organisatorischen Festigung der Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus bei.

Eine der ideologischen Hauptfragen in dieser Phase des Übergangs zur sozialistischen Umgestaltung war das Verhältnis unserer Menschen zur Sowjetunion. Eine positive Einstellung zur Sowjetmacht war und ist nicht nur Angelegenheit der Arbeiterklasse, sondern aller Bürger der Deutschen Demokratischen Republik. In den Jahren der revolutionär-demokratischen Umwälzung hatte auf ideologischem Gebiet der Kampf gegen die Überreste der faschistischen Ideologie, der Rassen- und Lebensraumtheorie, der Völkerverhetzung, des Chauvinismus und der Antisowjethetze im Mittelpunkt gestanden. Jetzt wurde die Erziehung zur aufrichtigen und brüderlichen Freundschaft zum Sowjetvolk zu einer zentralen Frage.

Durch die Bildung der Bundesrepublik und ihre sowjetfeindliche Haltung wurde die antisowjetische Beeinflussung der Massen wieder verstärkt. Die reaktionären Elemente in der Deutschen Demokratischen Republik verknüpften ihre Wühltätigkeit gegen unseren Staat ebenfalls mit gemeiner antisowjetischer Hetze. Dabei waren sich

diese Elemente völlig klar darüber, daß die deutsch-sowjetische Freundschaft mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik ein festes staatliches Fundament erhalten hatte. Die herzlichen Beziehungen zweier sozialistischer Staaten verbinden die Deutsche Demokratische Republik und die Sowjetunion. Die imperialistischen und militaristischen Gegner unseres Volkes unternahmen darum mehrfach den Versuch, Differenzen zwischen uns und dem ersten sozialistischen Staat der Welt zu konstruieren, um die Deutsche Demokratische Republik zu isolieren und zu unterminieren. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands beantwortete die Angriffe des Gegners mit der Losung «Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen!» Die feste Freundschaft zur Sowjetunion ist mit dem sozialistischen Aufbau untrennbar verbunden, weil die Freundschaft zur Sowjetunion als der führenden Kraft des internationalen Proletariats und aller friedliebenden Menschen verbunden ist mit der Anerkennung der bewährten und erprobten revolutionären Grundsätze des Marxismus-Leninismus und den allgemeingültigen Revolutions- und Aufbauverfahren der Sowjetmacht. Die bewußte Ausnutzung und schöpferische Anwendung der Erfahrungen der Sowjetunion erleichterten der Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik die Ausübung ihrer Führungsaufgabe beim sozialistischen Aufbau.

Während des Kampfes um die Erfüllung des Zweijahrplans zur Wiederherstellung der Friedenswirtschaft (1949/50) begann sich das Bewußtsein der Werktätigen wesentlich zu verändern. Mit der Festigung der ökonomischen Positionen und im Ergebnis einer geduldrigen und beharrlichen Überzeugungsarbeit entwickelte sich immer sichtbarer eine neue Einstellung zur Arbeit und zum gesellschaftlichen Eigentum. Die Erfolge in der Aktivistenbewegung und die bewußte Förderung der Initiative der Arbeiter durch die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Regierung der Deut-

schon Demokratischen Republik führten zu einer beachtlichen Übererfüllung des Zweijahrplans.

Ende 1950 konnte der Stand der Bruttoproduktion von 1936 überschritten werden. Besonders erfolgreich entwickelte sich die Produktion der volkseigenen Betriebe. Der Anteil des volkseigenen Sektors an der Bruttoproduktion stieg auf rund 55 Prozent, davon in der Industrie auf etwa 75 Prozent. Die wichtigste Aufgabe des Zweijahrplans, die Sicherung des Übergewichts des volkseigenen Sektors in der gesamten Volkswirtschaft, war damit erfüllt. Als Folge dieser stolzen Arbeitsergebnisse erhöhte sich der Lebensstandard der Arbeiterklasse und aller Werktätigen.

Diese wirtschaftlichen Erfolge hatten große politische Bedeutung. Sie waren der überzeugende Nachweis dafür, daß die Werktätigen Deutschland aus eigener Kraft, ohne verklavende ausländische Verschuldung, wieder aufbauen und die industrielle Produktion über ihren Vorkriegsstand hinaus entwickeln können. Die Lüge von der Unfähigkeit der Arbeiterklasse, eine moderne Industrie zu leiten, und die Behauptung, eine Entwicklung unter Anwendung der sowjetischen Erfahrungen sei nur in rückständigen Ländern möglich, wurden durch die Deutsche Demokratische Republik widerlegt.

Dem volkseigenen Sektor in der Industrie stand die zersplitterte kleine Warenproduktion in der Landwirtschaft gegenüber. Darum wurde allmählich die sozialistische Umgestaltung des Dorfes zu einer großen politischen und ökonomischen Aufgabe. Nach dem Abschluß der demokratischen Bodenreform war die Heranführung der werktätigen Bauernschaft an die kollektive Arbeit, an die sozialistische Umgestaltung des Dorfes auf freiwilliger Grundlage eine dringende Notwendigkeit. Eine entscheidende Voraussetzung dafür war die Errichtung eines Netzes staatlicher Maschinen-Traktoren-Stationen auf dem Lande. Sie waren zugleich die wichtigste Form der Hilfe der Arbeiterklasse für die werktätige Bauernschaft. Mit diesen Stütz-

punkten der Arbeiterklasse wurde der technische Fortschritt auf dem Lande gefördert. Sie wurden gleichzeitig die politischen und kulturellen Zentren der beginnenden sozialistischen Umgestaltung auf dem Lande.

In den Jahren 1949 bis 1951 wurden 540 Maschinen-Traktoren-Stationen aufgebaut, die über 16000 Traktoren (umgerechnet auf 30 PS) und Zehntausende landwirtschaftliche Maschinen verfügten. Die Arbeiter und werktätigen Bauern der Deutschen Demokratischen Republik werden dabei nicht vergessen, daß die Sowjetunion mit der Lieferung von 1000 Traktoren und 500 Lastkraftwagen im Frühjahr 1949 geholfen hat, die Grundlage für den Aufbau der Maschinen-Traktoren-Stationen zu schaffen. Die Arbeiterklasse brachte für die Errichtung der Maschinen-Traktoren-Stationen große materielle Opfer, aber sie wußte auch, daß sich das demokratische Dorf nur auf diesem Wege zum sozialistischen Dorf entwickeln konnte. Der bereits unter kapitalistischen Verhältnissen erreichte Entwicklungsstand der landwirtschaftlichen Produktion und die konservativen Ansichten der werktätigen Bauern, besonders ihr eingefleischter Eigentumssinn, erforderten wirtschaftlich sehr überzeugende Beispiele, um sie für den sozialistischen Weg zu gewinnen.

Für die städtischen Mittelschichten ergab sich gleichfalls die Frage ihrer weiteren Perspektive. In enger Zusammenarbeit mit den Blockparteien und den Massenorganisationen wies die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands auch diesen Schichten den Weg, wie sie allmählich zu einer höheren sozialistischen Form der Produktion gelangen und so ihr materielles und kulturelles Niveau bedeutend heben können.

Die weitsichtige Politik der Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit allen werktätigen Schichten und ihre Zusammenarbeit mit allen übrigen aufbauwilligen Kräften entzog der Reaktion in Westdeutschland immer mehr die Basis, Teile des Kleinbürgertums

in der Deutschen Demokratischen Republik zu verwirren und für ihre volksfeindlichen Pläne zu mißbrauchen.

In dieser Situation traten die Feinde der Demokratie, des Friedens und der nationalen Wiedervereinigung aktiver und offener in Erscheinung. Sie versuchten, oft getarnt innerhalb der bestehenden bürgerlichen Parteien, gegen unseren Staat und für eine Restaurierung des Kapitalismus in der Deutschen Demokratischen Republik zu wirken. Die Arbeiterklasse deckte die gefährlichen Machenschaften dieser reaktionären Elemente auf und entlarvte sie vor der Bevölkerung. Die damit verbundenen Auseinandersetzungen beschleunigten den politischen Reifeprozess in den bürgerlichen Parteien. Unter dem Druck der Massen reinigten sich diese von reaktionären Elementen. Im Ergebnis dieses Prozesses veränderte sich der Charakter der bürgerlichen Parteien: Sie entwickelten sich zu kleinbürgerlich-demokratischen Parteien, die offen die führende Rolle der Arbeiterklasse anerkennen und ihre Politik des Aufbaus des Sozialismus unterstützen.

DER AUFBAU DER GRUNDLAGEN DES SOZIALISMUS

Der Übergang zum planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik erfolgte unter den Bedingungen des gesteigerten Klassenkampfes. Die Hetze und Agententätigkeit der deutschen Imperialisten nahmen immer aggressivere Formen an. Mit allen Mitteln versuchten und versuchen sie auch heute noch, die Deutsche Demokratische Republik ideologisch «aufzuweichen». Sie leugnen die Existenz zweier deutscher Staaten, versuchen die unterschiedliche sozial-ökonomische Entwicklung von der Frage der Wiedervereinigung zu trennen und fordern die «Befreiung» der Deutschen Demokratischen Republik und ihre «Eingliederung» in den Machtbereich der Bundesrepublik.

Die Vorstellungen über den unterschiedlichen Klassencharakter der beiden deutschen Staaten waren damals bei vielen Deutschen noch sehr unklar. Jede Maßnahme der Deutschen Demokratischen Republik mußte unter Berücksichtigung der Situation in Deutschland genau abgewogen werden.

Die imperialistische Reaktion durfte keine Möglichkeit erhalten, einen Keil zwischen die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, den jungen Staatsapparat, die Arbeiterklasse, die werktätige Bauernschaft und die anderen werktätigen Schichten in der Deutschen Demokratischen Republik zu treiben.

Es war vor allem notwendig, die Überlegenheit der Deutschen Demokratischen Republik, die ihr großes Aufbauwerk ohne imperialistische «Hilfe» vollbringt, allseitig und überzeugend nachzuweisen. Gleichzeitig mußte der volksfeindliche und antinationale Charakter des Bonner Regimes vor dem gesamten deutschen Volk entlarvt und mußte den Werktätigen gezeigt werden, daß im Bonner Staat allein

die imperialistischen Profitinteressen und die Aufrüstungspolitik bestimmend für die Entwicklung sind, aber nicht die Bedürfnisse des Volkes. Durch die verstärkte Aufklärungs- und Erziehungsarbeit begann die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik die Notwendigkeit des Aufbaus des Sozialismus immer besser zu verstehen. Der Weg der Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik ist der Weg des Aufbaus des Sozialismus. Nur so können wir der fortschreitenden Militarisation in Westdeutschland wirkungsvoll entgegentreten und einen geplanten Überfall auf den ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat vereiteln.

Der III. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der im Juli 1950 stattfand, beschäftigte sich eingehend mit diesen Problemen. Der wichtigste Beschluß dieses Parteitags war das Dokument über den ersten Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik in den Jahren 1951 bis 1955. Der Plan steckte das Ziel, die Industrieproduktion im Vergleich zu 1950 auf 190 Prozent zu steigern. Damit sollte 1955 die industrielle Bruttoproduktion in der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber dem Vorkriegsstand fast verdoppelt werden. Es war notwendig, das Entwicklungstempo der kapitalistischen Länder zu übertreffen und die Arbeitsproduktivität um mindestens 60 Prozent zu erhöhen. Das Volkseinkommen sollte um mehr als 60 Prozent steigen. Allen Wirtschaftszweigen, der Wissenschaft und der Kultur wurden schwierige, aber reale Aufgaben gestellt. Im Mittelpunkt der industriellen Planaufgaben stand die umfangreiche Erweiterung der metallurgischen Basis für unsere hochentwickelte Maschinenbauindustrie.

Die Spaltung Deutschlands hatte uns von vielen industriellen Versorgungszentren, insbesondere vom Ruhrgebiet, getrennt. Wir waren gezwungen, verschiedene Zweige der Schwerindustrie völlig neu aufzubauen. Dabei waren die Hilfeleistungen der Sowjetunion und der

Volksrepubliken von außerordentlicher Bedeutung, zumal wir die Rekonstruktion und Erweiterung unserer Industrie unter den Bedingungen der imperialistischen Wirtschaftsblockade durchführen mußten. Die umfangreichen Investitionen in der Schwerindustrie forderten große Opfer von unseren Werktätigen, aber sie waren für den weiteren Aufbau unserer gesamten Volkswirtschaft unumgänglich notwendig.

Die industrielle Produktion hatte auf den meisten Gebieten den Vorkriegsstand erreicht. Ein großer Teil der Kriegsschäden war überwunden. In der Landwirtschaft wurden die Ernteerträge der Vorkriegszeit erreicht. Es war darum im Verlauf des Jahres 1951 möglich, Teile der Rationierung von Lebensmitteln und Kleidung aufzuheben und die Preise für verschiedene Gebrauchsgüter zu senken. Die Bevölkerung spürte auf allen Gebieten des Lebens, daß die Politik der Partei der Arbeiterklasse und der Regierung erfolgreich war. Die große Not der ersten Nachkriegsjahre war überwunden worden.

Der erste Fünfjahrplan stellte den Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik den Neuaufbau ganzer Industriekombinate als Aufgabe. 1950/51 begann der Aufbau von Industriegiganten wie des Eisenhüttenkombinats an der Oder, des Niederschachteisenwerks «West» in Calbe, der Großkokerei in Lauchhammer zur Erzeugung von Braunkohlen-Hochtemperaturkoks sowie der Hochseewerften, wichtiger verkehrstechnischer Bauten und anderer großer Objekte.

Die Werktätigen sahen in den großen Perspektiven des Fünfjahrplans lohnende Ziele und setzten sich mit Elan und Enthusiasmus für deren Verwirklichung ein. Sie vertrauten der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, weil sie sich davon überzeugt hatten, daß Punkt für Punkt der gestellten Aufgaben erfüllt und ihnen eine glückliche Zukunft gesichert wurde.

Die Entwicklung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu einer Partei neuen Typus im Jahre 1952 schuf die Voraussetzungen, den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus zu proklamieren. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands tat das auf ihrer 2. Parteikonferenz im Juli 1952. Im Beschluß dieser Konferenz heißt es dazu:

«Die politischen und die ökonomischen Bedingungen sowie das Bewußtsein der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Werktätigen sind so weit entwickelt, daß der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe in der Deutschen Demokratischen Republik geworden ist. Das deutsche Volk, aus dem die bedeutendsten deutschen Wissenschaftler Karl Marx und Friedrich Engels, die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, hervorgegangen sind, wird unter der Führung der Arbeiterklasse die großen Ideen des Sozialismus verwirklichen.»*

Die Partei der Arbeiterklasse, die Staatsmacht und die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik standen jetzt vor der großen Aufgabe, den Sozialismus in einem schon unter kapitalistischen Verhältnissen hochindustrialisierten Land aufzubauen und seine Überlegenheit zu beweisen. Zur Verwirklichung dieser Aufgabe wurden auf der Parteikonferenz alle notwendigen Maßnahmen beraten und beschlossen.

Die 2. Parteikonferenz war für die Festigung der jungen Arbeiter- und Bauern-Macht von entscheidender Bedeutung. Sie umriß wissenschaftlich klar und prägnant, wie sich im Verlaufe der revolutionären Umwälzung die politischen Machtverhältnisse weiterentwickelt hatten, und traf die bedeutsame Feststellung, daß die Macht in die Hände der Arbeiterklasse übergegangen war, die sich fest verbündet

* Protokoll der Verhandlungen der 2. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1952, S. 492.

hat mit der werktätigen Bauernschaft, der Intelligenz und den anderen Schichten der Werktätigen. Diese klare Einschätzung war von großer Bedeutung für die Entwicklung des Staatsbewußtseins der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten.

Gestützt auf die marxistisch-leninistische Lehre von der Diktatur des Proletariats, stellte die 2. Parteikonferenz fest, daß der sozialistische Staat in der Deutschen Demokratischen Republik das Hauptinstrument zur Schaffung der Grundlagen des Sozialismus ist, und nannte als die drei entscheidenden Hauptaufgaben der Staatsmacht: «den feindlichen Widerstand zu brechen und die feindlichen Agenten unschädlich zu machen; die Heimat und das Werk des sozialistischen Aufbaus durch die Organisierung bewaffneter Streitkräfte zu schützen; ihre Funktion als Instrument des Aufbaus des Sozialismus auszuüben.»* Damit wies sie der gesamten staatlichen Tätigkeit Richtung und Ziel.

Von der 2. Parteikonferenz ging weiter die Initiative zu einer tiefgreifenden Veränderung der Struktur und Arbeitsweise des Staatsapparats aus. Sie stellte fest, daß die neuen, höheren Aufgaben der Staatsmacht mit dem vom alten Deutschland übernommenen System der verwaltungsmäßigen Gliederung und der bisherigen, oft noch sehr bürokratischen Arbeitsweise nicht zu lösen sind, und unterbreitete Vorschläge zur Weiterentwicklung des Aufbaus und der Arbeitsweise des Staatsapparats. Diese Vorschläge waren darauf gerichtet, Struktur und Arbeitsweise des Staatsapparats so zu gestalten, daß eine qualifiziertere Leitung des sozialistischen Aufbaus ermöglicht und zugleich eine breitere und wirksamere Teilnahme der Werktätigen an der staatlichen Tätigkeit erreicht würde. Ebenso wie die Nationale Front des demokratischen Deutschland begrüßte die Regierung diese Vorschläge und leitete die erforderlichen Maßnahmen zu ihrer Realisierung ein.

* Ebenda.

Den Anregungen der Parteikonferenz und den Vorschlägen der Regierung folgend, beschloß die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik noch im Juli 1952 das «Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der Deutschen Demokratischen Republik». Damit wurden die bisherigen fünf Länderregierungen aufgelöst und ihre Aufgaben auf die Organe der neugebildeten 14 Bezirke und 217 Kreise übertragen. Die neue Struktur paßte sich den ökonomischen Erfordernissen und der notwendigen engeren Zusammenarbeit mit allen Werktätigen an.

Das Gesetz legte zugleich Maßnahmen fest, die der Erhöhung der Rolle und Autorität der örtlichen Volksvertretungen und ihrer engeren Verbindung mit der Bevölkerung dienten. So wurden zum Beispiel Ständige Kommissionen der Abgeordneten gebildet, die über ihre Aktive die Werktätigen in stärkerem Maße in die Lösung der staatlichen Aufgaben einbezogen. Natürlich waren unsere Volksvertretungen damals noch keine wirklichen sozialistischen Machtorgane. Aber mit diesem Gesetz und seiner Verwirklichung wurde ein recht wichtiger Schritt getan, um auf dem Wege dorthin weiterzukommen.

Wir kamen damals hinsichtlich der Überwindung des alten bürgerlichen Prinzips der Trennung von Beschlußfassung und Durchführung, hinsichtlich der Entwicklung unserer Volksvertretungen zu arbeitenden Körperschaften ein gutes Stück voran. Mit diesem Gesetz hatte sich der demokratische Zentralismus, dessen Wesen in der straffen zentralen Planung und Leitung und der größtmöglichen Teilnahme der Werktätigen an der Leitung von Staat und Wirtschaft besteht, als grundlegendes Entwicklungsprinzip unserer Staatsmacht durchgesetzt. Es kam jetzt darauf an, dieses Prinzip entsprechend der fortschreitenden gesellschaftlichen Entwicklung immer besser und vollkommener zu verwirklichen.

In der Industrie war mit dem Aufbau der Grundlagen des Sozialismus praktisch bereits zu Anfang des Fünfjahrplans begonnen worden. Nicht so in der Landwirtschaft. Darum wurde die sozialistische Umgestaltung in der Landwirtschaft jetzt zu einer wichtigen Hauptaufgabe. Die neuen Produktionsverhältnisse der kameradschaftlichen Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe in der volkseigenen Industrie waren auch auf dem Dorf nicht ohne Wirkung geblieben. Ein Teil der Bauern befaßte sich darum eingehend mit dem Problem der Einführung einer neuen kollektiven Arbeitsweise in der Landwirtschaft. Zwar gab es seit Jahren die «Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe»; aber jetzt, da es um die sozialistische Gemeinschaftsproduktion ging, reichte sie nicht mehr aus.

Die Partei unterstützte die Bestrebungen der werktätigen Bauern und Landarbeiter zur Bildung Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften. Sie rief die Arbeiterklasse auf, den werktätigen Bauern dabei zu helfen und sie anzuleiten. Dabei wurde von vornherein großer Wert auf die Einhaltung des Prinzips der Freiwilligkeit gelegt. Der Ministerrat beschloß eine Reihe von Vergünstigungen für die sich neu entwickelnden Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, um den werktätigen Bauern einen wirtschaftlichen Anreiz zu geben und ihnen bei der Überwindung von Anfangsschwierigkeiten zu helfen. Es wurden drei Typen von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften geschaffen, um der politisch-ideologisch sehr differenzierten Bauernschaft den Beitritt zu den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu erleichtern. Sie unterscheiden sich nach dem Umfang des genossenschaftlichen Eigentums und nach der Art der Verteilung der Einkünfte.

Zur Unterstützung der neuen sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande erweiterte die Regierung das Netz der Maschinen-Traktoren-Stationen und verbesserte die Ausrüstung mit modernen landwirtschaftlichen Großmaschinen. Ende 1952 gab es

bereits fast 2000 Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, und bis zum Ende des ersten Fünfjahrplans schlossen sich über 77000 landwirtschaftliche Einzelbetriebe zu 6047 Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zusammen. Sie bewirtschafteten rund 20 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Trotz großer Anfangsschwierigkeiten konnten die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ihre Hektarerträge steigern und bei der Erzeugung einer Anzahl landwirtschaftlicher Produkte die Ergebnisse der Einzelbauern überholen.

Die sozialistische Umgestaltung führte zu einem bedeutenden sozialen und kulturellen Aufschwung. Die Deutsche Demokratische Republik wurde gestärkt und gefestigt. Das Selbstbewußtsein der gesamten Bevölkerung erhöhte sich beträchtlich. Die Beschlüsse der 2. Parteikonferenz und ihre ersten Ergebnisse fanden auch in Westdeutschland breiten Widerhall. Während die Deutsche Demokratische Republik den Weg in eine neue sozialistische Zukunft angetreten hatte, verkauften die Bonner Machthaber Westdeutschland an die internationale Reaktion. Mit Hilfe des Generalkriegsvertrages und des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, den Adenauer im Mai 1952 unterzeichnete, wurde in Westdeutschland damit begonnen, eine neue Aggressionsarmee aufzustellen, um die Deutsche Demokratische Republik zu überfallen und dem kapitalistischen Bonner Staat «anzugliedern».

Die erfolgreiche Entwicklung bei uns stärkte den Volkswiderstand der westdeutschen Bevölkerung gegen den aggressiven Kriegskurs der Bonner Regierung und behinderte die Verwirklichung ihrer Aufrüstungspläne. Durch die Politik der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der Deutschen Demokratischen Republik wurde der volksfeindliche Charakter der Bonner Regierung enthüllt. Während die sozialistische Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik untrennbar mit dem Kampf um die Erhaltung und Sicherung des Friedens ver-

bunden ist, vertreten die führenden Bonner Politiker immer unverhüllt die aggressiven und revanchistischen Forderungen der wiedererstandenen imperialistisch-militaristischen Kräfte in Westdeutschland.

Der Kampf um den erfolgreichen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik war in besonderem Maße ein Kampf um die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Untrennbar damit verbunden war in unseren sozialistischen Betrieben das Ringen um die Herausbildung einer neuen Einstellung zur Arbeit. Diese neue Einstellung entwickelte sich nicht automatisch, nicht im Selbstlauf. Ein Prozeß von mehreren Jahren geduldiger und beharrlicher Überzeugungsarbeit war erforderlich, um der Arbeiterklasse ihre neue, völlig veränderte Stellung in der Gesellschaft bewußt zu machen, um bei der Masse der Arbeiter eine neue Einstellung zur Arbeit zu entwickeln. Die neuen sozialistischen Beziehungen im Produktionsprozeß setzten sich nur langsam durch, weil noch immer starke Überreste der alten egoistischen Denkweise aus der Zeit des Kapitalismus nachwirkten. Ein wichtiges Mittel war dabei die Aktivistenbewegung, die sich seit 1948/49 immer breiter entfaltete. Sie brachte einen bedeutenden Umschwung im Denken der Menschen. Anfangs waren es aber zumeist Einzelleistungen, während die Masse der Arbeiter noch nicht von einer sozialistischen Einstellung zur Arbeit durchdrungen war.

Für den Aufbau des Sozialismus, für eine umfassende Steigerung der Produktion war es jedoch notwendig, die schöpferische Initiative jedes einzelnen Arbeiters und jedes Arbeitskollektivs zu wecken und breit zu entfalten. Dazu mußten sich die Beziehungen der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung überall in der Produktion durchsetzen, um so den Produktionsprozeß im sozialistischen Sinne zu verändern. Das geschah vor allem durch den von der Partei und den Gewerkschaften organisierten und geförderten sozialistischen

Wettbewerb zwischen den volkseigenen Betrieben, ihren Abteilungen und den einzelnen Arbeitern. Die Verwirklichung des Prinzips «Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Leistungen» half dabei, die persönlichen Bedürfnisse mit den gesellschaftlichen Interessen in Einklang zu bringen.

Die Organisierung des sozialistischen Wettbewerbs wurde verbunden mit einer systematischen Überzeugungsarbeit unter den Werktätigen und einer den sozialistischen Aufgaben entsprechenden Lohnpolitik. Der sozialistische Wettbewerb ermöglichte die Ausnutzung innerbetrieblicher Reserven, half bei der Einsparung wichtiger Rohstoffe und führte in jedem Fall zu einer erheblichen Steigerung der Arbeitsproduktivität. So wurde allmählich und folgerichtig der Weg vom Ich zum Wir beschritten.

Die ständige Steigerung der Arbeitsproduktivität durch die Festigung der Arbeitsmoral sowie die Erweiterung und Modernisierung der sozialistischen Industrie ermöglichten umfangreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen. Lohn-erhöhungen, Preissenkungen, Steuerermäßigungen, allmähliche Aufhebung der Rationierung von Lebensmitteln und Gebrauchsgütern erhöhten den Lebensstandard und gaben Ansporn zu noch größeren Leistungen. Von 1950 bis 1955 stieg das Nationaleinkommen um mehr als 70 Prozent. Die monatlichen Durchschnittslöhne der Arbeiter und Angestellten aller Wirtschaftsbereiche stiegen von 256 DM im Jahre 1950 auf 354 DM im Jahre 1955. Diese Verbesserung der materiellen Lebenslage war das Ergebnis der erhöhten Anstrengungen der Werktätigen, die die industrielle Bruttoproduktion von 1949 bis 1953 verdoppelt und bis 1955 auf fast das Zweieinhalbfache gesteigert hatten.

Die sozialistische Entwicklung war auch in allen anderen Zweigen der Volkswirtschaft erfolgreich. Eine wesentliche Hilfe gewährte uns dabei die Sowjetunion. Sie stärkte unsere Wirtschafts-

kraft durch die Übergabe der ehemaligen SAG-Betriebe an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die Herabsetzung der Reparationsleistungen und die Verminderung der Besatzungskosten. Die Sowjetunion war von Anfang an der bedeutendste Außenhandelspartner der Deutschen Demokratischen Republik. Das Außenhandelsvolumen wurde zum Nutzen beider Staaten ständig erweitert. Unsere wirtschaftlichen Beziehungen auch zu anderen Ländern wurden immer ausgedehnter, und am Ende des ersten Fünfjahrplans unterhielt die Deutsche Demokratische Republik mit fast hundert Staaten der Erde Handelsbeziehungen.

Die ökonomischen Erfolge der Deutschen Demokratischen Republik beim sozialistischen Aufbau, die innenpolitische Festigung der ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Macht und das wachsende internationale Interesse für den ersten friedliebenden und demokratischen Staat in Deutschland verstärkten den Haß der westdeutschen Imperialisten und ihrer ausländischen Helfer gegenüber unserer volksdemokratischen Ordnung. Sie bereiteten darum seit langem einen Überfall auf die Deutsche Demokratische Republik vor.

Im Juni 1953 nahmen die imperialistischen Kriegstreiber fieberhaft Kurs auf die beschleunigte Herbeiführung des «Tages X», der gewaltsamen Beseitigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der Deutschen Demokratischen Republik. Diese hektische Eile war kein Zufall. Ausgehend von einer genauen Analyse der Ergebnisse der bisherigen Politik des sozialistischen Aufbaus und getragen vom Gefühl der hohen Verantwortung für die Wahrnehmung der Interessen des Volkes hatte das Politbüro der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands am 9. Juni 1953 umfangreiche Maßnahmen zur bedeutenden Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung und der politischen Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik vorgeschlagen. Durch diese Maßnahmen, die die Regierung wenige Tage später verbindlich beschloß, wurde unter anderem die Kauf-

kraft der Bevölkerung um etwa 2 Milliarden DM im Jahre 1953 erhöht, die demokratische Gesetzlichkeit gestärkt und wurden wichtige Schritte zur Festigung des Bündnisses mit den werktätigen Bauern, der Intelligenz und den städtischen Mittelschichten eingeleitet.

Die reaktionären imperialistischen und militaristischen Kräfte sahen in diesen den Interessen des Volkes entsprechenden Beschlüssen eine ernsthafte Gefahr für die Verwirklichung ihrer verbrecherischen Pläne der gewaltsamen Eroberung der Deutschen Demokratischen Republik. Sie erkannten, daß die Erfüllung dieser Beschlüsse zu einer bedeutenden Festigung der Einheit zwischen der Partei der Arbeiterklasse, der Staatsmacht und den breiten Massen des Volkes führen mußte und daß damit ihre Absichten noch aussichtsloser wurden. Deshalb versuchten sie nach wenigen Tagen, am 17. Juni 1953, einen faschistischen Putsch anzuzetteln, der die sozialistische Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik stürzen sollte.

Gemeinsam mit den in der Deutschen Demokratischen Republik stationierten sowjetischen Truppen zerschlugen die Werktätigen und die bewaffneten Organe der Deutschen Demokratischen Republik unter Mitwirkung aller demokratischen Kräfte blitzschnell diese konterrevolutionäre Provokation. Den faschistischen und militaristischen Kräften gelang kein tiefer Einbruch, sie erlitten vor allem deshalb eine so rasche und schämliche Niederlage, weil die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik treu zur Arbeiter-und-Bauern-Macht stand, weil sie die Provokationen nicht unterstützte, sondern energisch zurückwies. Auch die geringe Zahl der von den konterrevolutionären Kräften zunächst verwirrten Arbeiter erkannte unter dem Einfluß der Überzeugungsarbeit klassenbewußter Arbeiter und an den verbrecherischen Handlungen der faschistischen Elemente sehr rasch, wozu sie hatte mißbraucht werden sollen, und wandte sich von ihnen ab.

Die Absicht des westdeutschen Imperialismus, die Deutsche Demokratische Republik durch einen volksfeindlichen Putsch gewaltsam in seinen Herrschaftsbereich einzugliedern, scheiterte demnach in erster Linie an der Festigkeit der demokratischen Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik, die sich bei der Abwehr dieses Angriffes auf die Mehrheit der Werktätigen stützen konnte.

Es entsprach völlig dem Wesen und den Grundsätzen der Politik einer marxistisch-leninistischen Partei, daß die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands aus den Ereignissen am 17. Juni ernsthafte Lehren zog. Auf dem 15. Plenum entwickelte das Zentralkomitee ein umfangreiches Programm, wie durch eine grundlegende Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Lage in kurzer Frist eine bedeutende Hebung des Lebensniveaus der Arbeiterklasse und aller Werktätigen zu erreichen sei. Dabei lenkte die Partei die besondere Aufmerksamkeit auf die bessere Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Industriewaren.

Die wichtigste Lehre bestand darin, daß sich die Partei noch fester mit der Arbeiterklasse und allen übrigen Werktätigen verbinden, aufmerksam ihre Vorschläge und Hinweise beachten und ihnen geduldig und überzeugend die Richtigkeit der Politik der Partei erklären muß; sie bestand weiter darin, entschlossen die Einheit der Partei zu stärken und zu festigen, weil darin die Unbesiegbarkeit der Partei begründet liegt. Deshalb wurden die Kapitulantinnen und Fraktionsmacher, die vor dem Druck des Gegners zurückgewichen und mit einer gegen die Einheit der Partei gerichteten Plattform aufgetreten waren, aus der Partei ausgeschlossen. Weiter zog die Partei aus den Ereignissen des 17. Juni die Schlußfolgerung, die revolutionäre Wachsamkeit zu erhöhen und die Werktätigen in noch stärkerem Maße zum Schutz der sozialistischen Errungenschaften zu organisieren. Dem diente vor allem die Bildung der Kampfgruppen in unseren sozialistischen Betrieben und Institutionen. Insgesamt

samt ging also unser junger Arbeiter-und-Bauern-Staat aus diesem imperialistischen Abenteuer gestärkt hervor; und die Werktätigen setzten den Aufbau ihrer sozialistischen Ordnung noch entschlossener und einmütiger fort.

Das Programm der 2. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zum Aufbau der Grundlagen des Sozialismus hatte sich einen festen Platz in den Hirnen und Herzen der werktätigen Menschen erobert. Die Losung «Wie wir heute arbeiten, so werden wir morgen leben» wurde zum Leitmotiv der Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Der Aufbau der Grundlagen des Sozialismus war zu einer Massenbewegung geworden, getragen und gefördert von allen Schichten des Volkes.

Im Mittelpunkt der Beratungen des IV. Parteitag, der im April 1954 durchgeführt wurde, stand die Bedrohung des deutschen Volkes und des Friedens in Europa durch die aggressive Politik des wiedererstandenen deutschen Militarismus in Westdeutschland. Der IV. Parteitag orientierte das deutsche Volk auf den entschlossenen Kampf gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen und für die erfolgreiche Lösung der Lebensinteressen der deutschen Nation. Die engere Zusammenarbeit aller der Kräfte, die bereit sind, den Frieden in Europa zu schützen, wurde immer dringender. Mit dem Dokument «Der Weg zur Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation» gab der IV. Parteitag dem deutschen Volk ein klares Programm zur nationalen Wiedervereinigung Deutschlands zu einem friedliebenden und demokratischen Staat.

Nachdem die Pläne zur Errichtung der «Europäischen Verteidigungsgemeinschaft» unter Einbeziehung des deutschen Imperialismus am Widerstand der Völker, insbesondere des französischen Volkes, gescheitert waren, gingen die Imperialisten daran, die Bundesrepublik in die Westeuropäische Union und in die NATO einzubeziehen. Dadurch erhöhte sich die Gefahr eines Krieges in Europa.

Dieser Entwicklung konnten die friedliebenden Völker Europas nicht länger tatenlos zusehen. Auf Initiative der Sowjetunion kam es zu den Konferenzen von Moskau und Warschau, die bekanntlich zum Abschluß des Warschauer Vertrages über Freundschaft, gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit führten. Die Deutsche Demokratische Republik ist das westlichste Bollwerk dieser sozialistischen Völkergemeinschaft. Die Aufnahme der Deutschen Demokratischen Republik in den Warschauer Vertrag zeigte das tiefe Vertrauen der anderen sozialistischen Staaten in ihre Friedenspolitik.

Einen großen Aufschwung nahm die sozialistische Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik durch die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zur Volkskammer und zu den Bezirkstagen der Deutschen Demokratischen Republik im Oktober 1954. Erstmals wurden in Deutschland Wahlen unter den Bedingungen des sozialistischen Aufbaus durchgeführt. Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik wählte einmütig die Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und gab damit ihre Zustimmung für die weitere sozialistische Umgestaltung.

Im Gegensatz zu unserer Volkskammer, in der die einzelnen Klassen und Schichten entsprechend ihrer politisch-ökonomischen Bedeutung und entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung vertreten sind, ist das bürgerliche Parlament in Bonn eine Vertretung der herrschenden imperialistischen Kreise, von diesen ausgehandelt und der Kontrolle des Volkes entzogen. Von rund 500 Parlamentariern des westdeutschen Bundestages sind über 250 Konzerndirektoren, Unternehmer, Beamte und Offiziere, Großgrundbesitzer und Großbauern. Mehr als 200 Abgeordnete sind bezahlte Politiker der bürgerlichen Parteien. In dieser «Volksvertretung» sind keine zehn Werktätigen zu finden. Trotzdem haben die Bonner Politiker den traurigen Mut, ihr System als «repräsentative Demokratie» zu proklamieren.

In der Volkskammer dagegen sind von den 466 Abgeordneten mehr als die Hälfte ihrer sozialen Herkunft nach Arbeiter. Die anderen Abgeordneten sind Genossenschaftsbauern, werktätige Einzelbauern, Angestellte, Vertreter der städtischen Mittelschichten und der Intelligenz. Vom Vertrauen des Volkes getragen, arbeiten sie im Interesse des Volkes und des Friedens und sind als Vertreter des Volkes ihren Wählern jederzeit rechenschaftspflichtig. Sie sind nicht auf eine Reihe von Jahren gewählt und dem weiteren Willen ihrer Wähler entzogen. Unsere Volksvertreter können bei Verletzung des Willens der Wähler von ihrem ehrenvollen Platz abberufen werden. Die Abgeordneten in Westdeutschland sind nur «ihrem Gewissen» verantwortlich und können ungestraft und gewissenlos den Willen des Volkes nach Frieden und Demokratie mißachten. Im Gegensatz zu Westdeutschland, wo die Phrase von der «repräsentativen Demokratie» lediglich den reaktionären, volksfeindlichen Charakter des klerikal-militaristischen Obrigkeitsstaates und die zunehmende Faschisierung des politischen Regimes verschleiern soll, heißt bei uns Demokratie wirklich Volksherrschaft und wird auch in diesem Sinne verwirklicht.

Die friedliche und sozialistische Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik wirkte sich auch auf die Beziehungen zur UdSSR aus. Die Sowjetregierung hatte bereits am 25. März 1954 erklärt, daß die UdSSR mit der Deutschen Demokratischen Republik die gleichen Beziehungen aufnimmt wie mit anderen souveränen Staaten und daß die Deutsche Demokratische Republik nach eigenem Ermessen über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten einschließlich der Frage der Beziehungen zu Westdeutschland entscheiden kann. Am 20. September 1955 wurde in Moskau der Vertrag über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der UdSSR unterzeichnet, in dem der realen Lage in Deutschland, der Einbeziehung der Bundesrepublik in die westlichen

Militärpakte und der sozialistischen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik, Rechnung getragen wurde. Die beiden vertragschließenden Seiten bestätigten, daß ihre Beziehungen auf völliger Gleichberechtigung, gegenseitiger Achtung der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Seite beruhen. In Übereinstimmung hiermit wurde nochmals unterstrichen, daß die Deutsche Demokratische Republik frei ist in der Entscheidung über alle Fragen ihrer Innen- und Außenpolitik einschließlich der Beziehungen zur Deutschen Bundesrepublik sowie der Entwicklung der Beziehungen zu anderen Staaten.

Im Jahre 1955 konnte die Deutsche Demokratische Republik ihren ersten sozialistischen Planabschnitt erfolgreich beenden. Mit der Erfüllung und Übererfüllung des ersten Fünfjahrplans waren entscheidende wirtschaftliche Grundlagen für den weiteren Aufbau des Sozialismus geschaffen. Die volksdemokratische Ordnung hatte viele Bewährungsproben bestanden. Die Herausbildung sozialistischer Produktionsverhältnisse auf dem Lande hatte zu einer weiteren Veränderung der Klassenstruktur geführt. Eine neue Klasse der sozialistischen Genossenschaftsbauern war im Entstehen begriffen. Auch bei der Intelligenz hatte sich ein qualitativer Wandel zu vollziehen begonnen. Das ergab sich vor allem aus der wachsenden Zahl des Nachwuchses aus den Reihen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft und aus der Bewußtseinsänderung eines beträchtlichen Teils der alten bürgerlichen Intelligenz.

Die Periode zwischen der 2. Parteikonferenz und dem erfolgreichen Abschluß des ersten Fünfjahrplans war demnach gekennzeichnet durch die innenpolitische Festigung der Deutschen Demokratischen Republik, durch große ökonomische Erfolge und durch die feste Eingliederung in das sozialistische Lager.

DIE WEITERE FESTIGUNG DER VOLKSDEMOKRATISCHEN ORDNUNG

Die wirtschaftlichen Erfolge der Deutschen Demokratischen Republik trugen wesentlich zur Veränderung des Bewußtseins der Werktätigen bei. Die Tore zum sozialistischen Bewußtsein öffneten sich immer weiter. Die Menschen begannen zu verstehen, daß die Erfüllung ihrer persönlichen Wünsche und die Überwindung ihrer persönlichen Sorgen untrennbar mit der erfolgreichen sozialistischen Entwicklung verbunden sind. Auf diese Weise wurde der Aufbau des Sozialismus zu einer persönlichen Angelegenheit für alle Schichten der werktätigen Bevölkerung, für die sie sich mit ganzer Kraft einsetzen, an der sie bewußt denkend und handelnd teilnehmen.

Im Februar 1956 fand der XX. Parteitag der KPdSU statt, der in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung von größter Bedeutung ist. Seine historischen Beschlüsse gingen aus von der weiteren Festigung des Friedens, vom weiteren raschen Aufschwung der Volkswirtschaft, von der weiteren Hebung des Volkswohlstandes und der allseitigen Entwicklung der sozialistischen Kultur. Die Beschlüsse des Parteitags leiteten ferner eine neue Periode der Festigung und Entfaltung der sozialistischen Demokratie in der Sowjetunion ein.

Die Imperialisten fürchteten das große Programm des XX. Parteitags der KPdSU; sie fürchteten besonders die große mobilisierende Kraft, die von diesem Programm auf die Arbeiterklasse und die Werktätigen in der ganzen Welt ausstrahlte. Sie begannen darum eine neue großangelegte Verleumdungs- und Hetzkampagne gegen die Sowjetunion und gegen das ganze sozialistische Lager. Ihr Zweck bestand vor allem darin, die großen Ideen des Marxismus-

Leninismus bei den Massen zu diskreditieren, das Vertrauen der Werktätigen zur Sowjetunion und zu den volksdemokratischen Staaten zu untergraben sowie Zwietracht und Verwirrung in die Reihen der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung zu tragen. Dabei wurde die imperialistische Reaktion von den Revisionisten nach Kräften unterstützt.

In dieser Situation, im März 1956, trat die 3. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zusammen. Sie stand im Zeichen der schöpferischen Auswertung der Beschlüsse des XX. Parteitags der KPdSU für den weiteren Vormarsch zum Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Das Charakteristische der 3. Parteikonferenz bestand darin, daß sie – ganz im Sinne der unsterblichen Lehren von Marx, Engels und Lenin – nach der offenen Darlegung bisheriger Mängel und Schwächen kühn den Blick nach vorn richtete und den Weg zum weiteren Vormarsch wies. Damit erhielten die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten eine klare Orientierung, die Partei wurde für die ideologische Auseinandersetzung mit dem Gegner gewappnet. In den Mittelpunkt des weiteren Kampfes rückte die Partei den zweiten Fünfjahrplan, dessen Kontrollziffern auf der 3. Parteikonferenz beschlossen wurden. Er wurde zum Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Nationalen Front für den nächsten Zeitabschnitt erklärt; die Regierung beschloß, die Prinzipien dieser Beschlüsse zu den Grundlagen ihrer Politik zu machen.

Die Bruttoproduktion der Industrie hatte sich von 1950 bis 1955 auf rund 190 Prozent erhöht und damit mehr als das Doppelte des Standes von 1936 erreicht. Der zweite Fünfjahrplan steckte das Ziel, die industrielle Bruttoproduktion auf wenigstens 155 Prozent des Standes von 1955 zu steigern. Dabei sollte die Produktion von Produktionsmitteln um 60 Prozent und die von Konsumgütern um 40 Prozent ansteigen. In der Landwirtschaft wurde die weitere

Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, die Erhöhung der Produktivität aller landwirtschaftlichen Kulturen und der Viehwirtschaft als Hauptaufgabe gestellt.

Der Hauptzweck dieser wirtschaftlichen Ziele war die rasche Hebung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Bevölkerung. Als Planziel wurde darum festgelegt: die weitere Erhöhung des Angebots an hochwertigen Industriewaren und anderen Konsumgütern und die Einführung des Siebenstunden-Arbeitstages beziehungsweise in bestimmten Industriezweigen der Vierzigstundenwoche.

Die Aufgaben des zweiten Fünfjahrplans und die Entwicklung des Bewußtseins der Werktätigen erforderten die weitere Entfaltung der sozialistischen Demokratie und die Verbesserung der Leitungstätigkeit im Staats- und Wirtschaftsapparat. Die 3. Parteikonferenz schlug deshalb Maßnahmen vor, die der Erhöhung der Autorität und Verantwortung der örtlichen Volksvertretungen dienten, durch die der Aufbau und die Arbeitsweise der örtlichen Organe der Staatsmacht den neuen Aufgaben und Anforderungen besser angepaßt werden konnten und die eine stärkere Einbeziehung der Werktätigen in die staatliche Tätigkeit ermöglichten.

Einige Gebiete der politisch-staatlichen Organisation waren hinter der stürmischen Entwicklung in der Produktion zurückgeblieben. So hatte zum Beispiel die aus dem Jahre 1946 stammende Gemeindeordnung noch immer Gültigkeit. Sie hatte zwar den demokratischen Anforderungen der damaligen Zeit entsprochen, wurde aber der gegenwärtigen Entwicklung zum Sozialismus nicht mehr gerecht. Im geltenden Recht gab es eine Anzahl veralteter Bestimmungen, die den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen nicht mehr entsprachen und daher verändert oder aufgehoben werden mußten. Die in den ersten Jahren des Aufbaus der Arbeiter-und-Bauern-Macht erforderliche straffe Leitung durch zentrale Organe begann nach der

Entfaltung der schöpferischen Aktivität der Massen die örtliche Initiative in mancher Beziehung zu hemmen. Die wachsende Mitarbeit der Werktätigen und die zunehmende Zahl qualifizierter, dem Volk treu ergebener Funktionäre machten die Übertragung wichtiger Pflichten und Entscheidungsbefugnisse auf die örtlichen Organe des Staates und der Wirtschaft möglich und notwendig. Auf diese Weise kann sich auch die Aktivität des Volkes freier entfalten.

Die von der 3. Parteikonferenz beschlossenen Vorschläge zur breiten Entfaltung der Demokratie in der Deutschen Demokratischen Republik waren zugleich ein ernster Schlag gegen alle feindlichen, revisionistischen Auffassungen. Bekanntlich schrie der Gegner in der damaligen Situation besonders lautstark nach «Demokratisierung» in den sozialistischen Staaten. Ziel dieser Kampagne war es, die Arbeiterklasse in den sozialistischen Ländern zur Schwächung und schließlich zur Preisgabe ihrer Staatsmacht zu veranlassen. Unter der Flagge der «Demokratisierung» sollte die Diktatur des Proletariats liquidiert, sollte der sozialistische Staat «zum Absterben gebracht» werden, damit die reaktionären imperialistischen Kräfte bei ihren restaurativen Bestrebungen leichtes Spiel hätten.

Im prinzipiellen Gegensatz zu diesen volksfeindlichen «Demokratisierungs»-Losungen forderte die 3. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die konsequente Entfaltung der Demokratie im marxistisch-leninistischen Sinne und damit im Interesse und zum Nutzen der breiten Massen des Volkes, zum Schaden seiner Feinde. Die Partei orientierte auf die weitere Entfaltung der Demokratie im Sinne der Stärkung und Festigung der Arbeiter- und Bauern-Macht. Sie beschloß die bessere, vollkommnere Verwirklichung jener untrennbaren Einheit von straffer zentraler Planung und Leitung und größtmöglicher Teilnahme der Werktätigen an der Leitung von Staat und Wirtschaft, die das Wesen des demokratischen Zentralismus ausmacht. Stets haben wir unsere ganze

Aufmerksamkeit darauf gerichtet, die Einheit zwischen dem Staat und den breiten Massen der Werktätigen ständig zu festigen, weil darin die Quelle der unbesiegbaren Kraft und Stärke des sozialistischen Staates zu suchen ist.

Die Vorbereitung und Gestaltung der von der 3. Parteikonferenz empfohlenen Maßnahmen zur Stärkung der sozialistischen Demokratie wurde zu einer großen Massenbewegung, wie sie bis dahin in Deutschland unbekannt gewesen war. Der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland legte im April 1956 der gesamten Bevölkerung die von der Partei vorgeschlagenen Grundsätze zur Stellungnahme vor. Über viereinhalb Millionen Bürger diskutierten diese Grundsätze in Tausenden von Versammlungen und unterbreiteten fast zehntausend Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit der staatlichen Organe. Diese Aussprache des Volkes, die dabei entwickelte Initiative und schöpferische Aktivität der Werktätigen war ein Musterbeispiel unserer Demokratie. Nach weiteren ausführlichen Beratungen in der Volkskammer und ihren Ausschüssen beschloß die oberste Volksvertretung am 17. Januar 1957 das «Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht» und das «Gesetz über die Rechte und Pflichten der Volkskammer gegenüber den örtlichen Volksvertretungen».

Diese beiden Gesetze waren entscheidende Schritte auf dem Wege der Festigung unserer sozialistischen Ordnung. Das Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht schuf die rechtlichen Voraussetzungen dafür, daß die Arbeiterklasse und die mit ihr verbündeten Werktätigen noch besser als bisher durch die gewählten Volksvertretungen die Staatsmacht ausüben und bewußt den Prozeß der sozialistischen Umgestaltung lenken. Es räumte den örtlichen Volksvertretungen und ihren Räten weitaus größere Rechte und Vollmachten ein, als sie bis dahin innegehabt hatten, und stärkte die Autorität der Volksvertretungen auf allen Gebieten. Durch die Be-

seitigung von Erscheinungen der Überzentralisation ermöglichte es größere Entfaltung der Initiative an der Basis und breitere Heranziehung der Bevölkerung zur bewußten Mitwirkung an der Leitung des Staates. Dieses Gesetz ist die feste juristische Grundlage für die volle Entfaltung der schöpferischen Tätigkeit der örtlichen Organe der Staatsmacht bei der Organisation der sozialistischen Umwälzung. Es weist den Weg zur Hebung jedes örtlichen Machtorgans bis in die letzte Gemeinde auf das Niveau eines wahrhaft sozialistischen Machtorgans.

Das Gesetz über die Rechte und Pflichten der Volkskammer gegenüber den örtlichen Volksvertretungen stellt eine notwendige Ergänzung zum Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht dar. In ihm bestimmte die Volkskammer, daß die Anleitung der örtlichen Volksvertretungen, die bis dahin vom Ministerrat wahrgenommen worden war, durch sie erfolgt. Zu diesem Zwecke bildete die Volkskammer einen ständigen Ausschuß. Dieser wichtige Schritt entsprach der Stellung der örtlichen Volksvertretungen als der obersten Organe der Staatsmacht in ihrem Territorium und trug ebenfalls zur Erhöhung ihrer Autorität und Verantwortung bei.

Die Initiative der 3. Parteikonferenz zum Erlaß dieser beiden Gesetze trug reiche Früchte. Das demokratische Leben in den Dörfern und Städten der Deutschen Demokratischen Republik nahm einen bedeutenden Aufschwung. In den örtlichen Organen der Staatsmacht wurde mit manchen bürokratischen Auswüchsen, Erscheinungen des herzlosen, überheblichen Verhaltens gegenüber unseren Werktätigen Schluß gemacht. Viele Volksvertretungen und Tausende Abgeordnete traten wirksamer in Erscheinung und förderten zielstrebig das Neue.

Unsere gesellschaftliche Praxis entwickelte sich in raschem Tempo weiter und bestätigte erneut die Richtigkeit der marxistisch-leninistischen These, daß Struktur und Arbeitsweise des Staatsapparats

ständig der Entwicklung der Produktivkräfte und der wachsenden Bewußtheit der Volksmassen angepaßt werden muß. Es zeigte sich, daß in den Jahren 1957/58 tiefgreifende Veränderungen der Struktur und Arbeitsweise des Staatsapparats notwendig wurden als bisher. Diese Notwendigkeit wurde vom Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf der 32. und 33. Tagung erkannt, und es wurde der Weg gewiesen, wie der *gesamte* Staatsapparat weiterentwickelt werden muß, damit er nicht hinter der ökonomischen und politisch-ideologischen Entwicklung zurückbleibt, sondern seine Rolle als Organisator der sozialistischen Umwälzung erfolgreich erfüllen kann. Die Vorschläge der Partei der Arbeiterklasse und viele Anregungen der Werktätigen fanden ihren Niederschlag im «Gesetz über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates» vom 11. Februar 1958.

Dieses Gesetz leitete wiederum eine neue Etappe in der Entwicklung unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht ein. Es legte tiefgreifende strukturelle Veränderungen fest, die darauf abzielten, die zentrale staatliche Planung und Leitung qualitativ bedeutend zu verbessern und auf die Grundfragen des sozialistischen Aufbaus zu konzentrieren, die operative Leitung der Produktion weitgehend an die Basis zu verlagern, die Verantwortung der örtlichen Staatsorgane zu erhöhen sowie die Werktätigen und vor allem die Arbeiterklasse in noch umfassenderer Weise in die Leitung des Staates und der Wirtschaft einzubeziehen. Zu diesem Zwecke wurde eine Reihe Industrieministerien aufgelöst und die Rolle der Staatlichen Plankommission bei der zentralen Planung und Leitung bedeutend erhöht. Vereinigungen Volkseigener Betriebe wurden gebildet, Wirtschaftsräte in den Bezirken und Kreisplankommissionen in den Kreisen der Republik geschaffen. Die Rechte der Gewerkschaften wurden bedeutend erweitert, und auch die Leiter der volkseigenen Betriebe erhielten größere Vollmachten.

Das Gesetz ließ jedoch keinen Zweifel daran, daß diese strukturellen Veränderungen nur *ein* Mittel waren, um die notwendige höhere Stufe in der staatlichen Leitung zu erreichen. Das wurde anfangs von manchen Staatsfunktionären nicht erkannt. Sie verstanden nicht, daß die Veränderungen im Aufbau und der Struktur des Staatsapparats im Grunde wirkungslos bleiben mußten, wenn es nicht gleichzeitig gelang, einen grundlegenden Umschwung in der Arbeitsweise herbeizuführen; sie sahen das Entscheidende des Gesetzes in Strukturfragen. Damit gingen sie am Wesen des Gesetzeswerkes über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates vorbei. Der Hauptzweck dieses Gesetzeswerkes bestand nicht in der Veränderung der Struktur. Er bestand in der qualitativen Veränderung des Inhalts der Arbeitsweise aller Staatsorgane und jedes Staatsfunktionärs, in der Erhöhung des Niveaus der staatlichen Leitungstätigkeit. Mit diesem Gesetz sollen alle dem sozialistischen Staat wesensfremden Erscheinungen wie Bürokratismus, formales Administrieren und neutrales Verhalten ausgemerzt werden. Es ist notwendig, überall den wahrhaft sozialistischen Arbeitsstil durchzusetzen. Im Prozeß anhaltender, ernsthafter Auseinandersetzungen entwickelt sich die staatliche Leitungstätigkeit immer mehr zu einer lebendigen, politisch-organisierenden, auf die Förderung des Neuen gerichteten Arbeit mit den Menschen. Dadurch gelingt es den staatlichen Organen immer besser, die Werktätigen, wie Lenin das forderte, mit wachsendem Erfolg «auf ein Tätigkeitsfeld zu führen, auf dem sie sich hervortun, ihre Fähigkeiten entfalten, jene Talente offenbaren können, die das Volk, einem unversiegbaren Quell gleich, hervorbringt»*.

Der Kampf um die weitere Entfaltung der sozialistischen Demokratie ist untrennbar verbunden mit dem Kampf um die Gewinnung

* W. I. Lenin, Wie soll man den Wettbewerb organisieren? Ausgewählte Werke, Bd. II, Berlin 1956, S. 289.

einer ständig wachsenden Zahl von Werktätigen für die Mitarbeit in den Kommissionen und Aktiven der staatlichen Organe, in den Ausschüssen der Nationalen Front und in den Parteien und Massenorganisationen. So vermögen wir die staatliche Leitung, eng mit dem Leben verbunden, stets auf der Höhe ihrer Aufgaben zu halten. Eben das wurde und wird mit der Verwirklichung der Gesetze vom Januar 1957 und Februar 1958 erreicht. Diese Gesetze können in ihrer Bedeutung schwerlich überschätzt werden. Sie verkörpern die Erreichung einer neuen Qualität in der Tätigkeit unseres Arbeiter- und Bauern-Staates, eine Wende im Kampf um die Festigung und Entwicklung der sozialistischen Demokratie.

In Zahlen ausgedrückt, erhalten wir von der ehrenamtlichen Mitarbeit der Werktätigen bei der Lenkung und Leitung des Staates gegenwärtig etwa folgendes Bild: Es arbeiten mit

| | |
|--|------------------|
| in den Volksvertretungen als Abgeordnete und Nachfolgekandidaten | 270 000 |
| in den Ständigen Kommissionen der Volksvertretungen | 220 000 |
| in rund 17 000 Ausschüssen der Nationalen Front | 230 000 |
| als Haus- und Straßenvertrauensleute | mehr als 300 000 |
| als Schöffen der Bezirks-, Kreis- und Stadtbezirksgerichte | 48 500 |
| in den Elternbeiräten | 113 000 |
| in den Klassenelternaktiven | etwa 250 000 |
| in rund 16 000 Konsumverkaufsstellenausschüssen | 130 000 |
| in mehr als 7800 HO-Beiräten | 24 000 |
| in rund 10 000 FDJ-Kontrollposten | 30 000 |

Weitere Hunderttausende arbeiten in Wohnungskommissionen, in MTS-Beiräten, in Besucherräten der Theater und in vielen anderen Formen mit. Allein im Monat Oktober 1958 wurden rund 31 000 Produktionsberatungen mit fast 720 000 Werktätigen durchgeführt. Die wachsende Masseninitiative der Werktätigen und die verbes-

serte Arbeit der staatlichen Organe halfen die Arbeitsproduktivität zu steigern, die Selbstkosten zu senken und umfangreiche staatliche Mittel einzusparen. Dadurch konnten wir früher als planmäßig vorgesehen die Lebenslage der Werktätigen weiter verbessern. Eine Rentenerhöhung trat bereits im Dezember 1956 in Kraft. Anfang 1957 wurde in der sozialistischen und der ihr gleichgestellten Industrie sowie im Verkehrs- und Nachrichtenwesen ohne einen Verlust an Produktionsleistungen und ohne Lohninbuße die 45-Stunden-Arbeitswoche eingeführt.

Zum Schutz der Zahlungsmittel der Deutschen Demokratischen Republik wurden am 13. Oktober 1957 schlagartig die Banknoten umgetauscht. Diese Maßnahme fand lebhafteste Zustimmung unter der Bevölkerung, und Hunderttausende Bürger arbeiteten dabei freiwillig mit. Die Aktion war ein schwerer Schlag gegen Spionage- und Agentenzentralen sowie gegen die Schieberorganisationen in Westberlin und Westdeutschland, denen dadurch in die Millionen gehende Mittel für die Wühltätigkeit gegen unseren sozialistischen Staat entzogen wurden.

Eine entscheidende Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen brachte die Abschaffung der Reste der Lebensmittelrationierung im Juni 1958. Die Aufhebung der Rationierung war verbunden mit der Einführung eines einheitlichen Preisgefüges. Diese Maßnahme brachte viele Verbesserungen für den Einkauf der Werktätigen und für die Tätigkeit der Handels- und Verwaltungsorgane. Durch die damit verbundenen Lohnerhöhungen, Lohnausgleichszahlungen, Kinderzuschläge, Geburtenbeihilfen, Stipendienterhöhungen und andere Maßnahmen stiegen die Geldeinnahmen der Arbeiter und Angestellten jährlich um 2,426 Milliarden DM.

Während die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik für ihre friedliche und glückliche Zukunft arbeiten, wird in Westdeutschland die Aufrüstung ständig forciert und die Wühl-

tätigkeit gegen unseren Arbeiter-und-Bauern-Staat und gegen das gesamte sozialistische Lager weiter verstärkt. Davon zeugt die Entwicklung besonders seit dem Beitritt Westdeutschlands zu den aggressiven imperialistischen Kriegspakten. Am 25. Juli 1956 wurde dort die allgemeine Wehrpflicht eingeführt, weil in kürzester Frist eine 500000 Mann starke Angriffsarmee stehen soll. Im gleichen Jahr wurde die Kommunistische Partei Deutschlands verboten. Eine große Anzahl ihrer Funktionäre und Mitglieder wurde verfolgt und eingekerkert. Das klerikal-militaristische System in Westdeutschland entwickelte sich zur zentralen Gefahr in Europa. Die aggressiven und chauvinistischen Reden Bonner Politiker wurden lauter und unverschämter. Der Bonner Kriegsminister Strauß redet – wie einst Hitler – vom Ausradieren der Sowjetunion; der sogenannte Bundesvertriebenenminister fordert die Befreiung der Ostgebiete, und Adenauer nennt die Sowjetunion den Todfeind des deutschen Volkes. Gleichzeitig entfacht der Innenminister und ehemalige SA-Mann Schröder einen zügellosen Terror gegen alle Kräfte, die sich dem Bonner Kriegskurs entgegenstellen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik war durch diese Entwicklung gezwungen, neue Schritte zur Sicherung der sozialistischen Errungenschaften und zur Erfüllung ihrer Verantwortung als Partner des Warschauer Vertrages einzuleiten und die Verteidigungskraft der Deutschen Demokratischen Republik zu stärken. Die Verbände der Kasernierten Volkspolizei und die seit 1954 im Aufbau befindlichen bewaffneten Kampfgruppen der Arbeiterklasse reichten zum Schutze der Republik nicht mehr aus. Die Volkskammer beschloß darum im Januar 1956 die Bildung der Nationalen Volksarmee zur Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik. Damit entstand zum erstenmal in Deutschland eine Armee, die für die Interessen des Volkes und für die Erhaltung und Sicherung des Friedens kämpft.

Geleitet vom Willen zur Erhaltung des Friedens, folgte die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik dem Beispiel der anderen sozialistischen Staaten zur Abrüstung und Truppenverminderung und reduzierte die Stärke der Nationalen Volksarmee bereits fünf Monate später, im Juni 1956, von 120000 auf 90000 Mann. Die imperialistischen Staaten waren jedoch nicht bereit, dem Beispiel des sozialistischen Lagers zu folgen, was ohne Zweifel zur Verminderung der internationalen Spannungen geführt hätte. Sie verschärften im Gegenteil das Wettrüsten und bauten Westdeutschland zum Hauptzentrum ihrer atomaren Kriegsvorbereitungen in Europa aus. Gleichzeitig begannen sie den Kriegsbrand im Nahen Osten zu schüren und inszenierten im Herbst 1956 den faschistischen Putsch in Ungarn.

Trotz dieser gefährvollen Entwicklung in Westdeutschland und in der Welt verschlossen einige führende Funktionäre in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die Augen vor diesen Tatsachen. Sie waren bereit, die Kriegsprovokationen und die konterrevolutionären Angriffe der Reaktion mit Zugeständnissen zu beantworten. Die fraktionelle Gruppe um Schirdewan und Wollweber vertraute nicht auf die Kraft der Volksmassen. Sie wollte den Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik verlangsamen und war in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands zu einem opportunistischen Kompromiß bereit. Sie versuchte die Masseninitiative zur Erhöhung der Planziele, zur Entfaltung und Stärkung des genossenschaftlichen Sektors auf dem Lande zu bremsen und begriff nicht, daß gerade der erfolgreiche sozialistische Aufbau die Position des deutschen Volkes im Kampf um die Wiedervereinigung Deutschlands stärkt.

Die Pläne der opportunistischen Gruppe scheiterten an der Einheit und Geschlossenheit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und ihrer Führung. Einmütig hatten die Werktätigen im

Herbst 1956 Provokationsabsichten faschistischer Elemente und von ihnen irreführender Studenten verhindert. Bevor der Gegner Putschversuche beginnen konnte, hatten ihn die Werktätigen isoliert. Die Arbeiterklasse und ihre bewaffneten Kampfgruppen bestanden eine entscheidende Bewährungsprobe. Die Einheit der Partei und die moralisch-politische Einheit der gesamten Bevölkerung ließ den opportunistischen Elementen kein Betätigungsfeld. Sie konnten kurze Zeit hemmend auf unsere Entwicklung wirken, aber sie wurden sehr bald entlarvt und isoliert. Die Partei entfernte die Schirdewan-Wollweber-Gruppe aus ihren Funktionen und setzte den Weg des sozialistischen Aufbaus entschlossener und erfolgreicher fort.

Die offenen Auseinandersetzungen in der gesamten Partei führten zur vollen Aufdeckung der von dieser Gruppe verschuldeten Fehler. Die Stagnation in der Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande, die durch fehlerhafte Auffassungen des Genossen Oelßner und durch die parteifeindlichen Theorien Viewegs entstanden war, wurde überwunden; und die Genossenschaftsbewegung nahm einen neuen großen Aufschwung.

In diesem Zusammenhang setzte sich die Partei auch mit Erscheinungen des Managertums auseinander, die bei einer Reihe leitender Wirtschaftskader aufgetreten waren. Dieser Klärungsprozeß trug wesentlich zur Festigung der Zusammenarbeit zwischen den Wirtschaftsfunktionären und den Werktätigen bei. Es wurde klargestellt, daß der Betriebsleiter in erster Linie ein guter Leiter sozialistischer Produktionskollektive sein muß. In Verbindung mit der weitgehenden Verlagerung der operativen Leitung der Produktion an die Basis führten diese Auseinandersetzungen zu einer Festigung der Kollektivität der Leitungen unserer sozialistischen Industriebetriebe bei gleichzeitiger Erhöhung der Verantwortlichkeit des einzelnen.

Die umfangreichen und tiefgehenden Veränderungen des gesellschaftlichen Lebens in der Deutschen Demokratischen Republik, her-

vorgerufen durch den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus, hatten grundlegende Auswirkungen auch auf den Charakter der Massenorganisationen. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund, die Freie Deutsche Jugend, der Demokratische Frauenbund Deutschlands, die Konsumgenossenschaften und andere Organisationen und Verbände waren an der revolutionär-demokratischen Umgestaltung aktiv beteiligt und haben auch verantwortungsbewußt an der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus mitgearbeitet. Es ist darum verständlich, daß der bewußteste Teil der Mitgliedschaft den Charakter und die programmatische Zielsetzung ihrer Organisation im sozialistischen Sinne zu verändern wünschte. Organisationen und Verbände sind maßgeblich beteiligt am Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik und fühlen sich darum auch für die sozialistische Erziehung ihrer Mitglieder verantwortlich.

Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund hatte bereits auf seinem IV. Kongreß im Juni 1955 eine Beratung über die Rolle der Gewerkschaften beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus durchgeführt und entsprechende Grundsätze in der neuen Satzung verankert. Im Zentralrat der Freien Deutschen Jugend wurde im April 1957 über die Entwicklung der Organisation zum sozialistischen Jugendverband beraten und dabei die sozialistische Erziehung aller Jugendlichen als Aufgabe gestellt. In den anderen gesellschaftlichen Organisationen vollzog sich der gleiche Prozeß.

Im Vergleich zu den Erfolgen bei der sozialistischen Umgestaltung in Industrie und Landwirtschaft waren andere Aufgaben in ihrer Entwicklung zurückgeblieben, vor allem die sozialistische Erziehung in den Grundschulen bis zu den Hochschulen und Universitäten, das kulturelle Schaffen und die weitere Einbeziehung der Intelligenz und der Mittelschichten in den Aufbau des Sozialismus. Die Fragen der Erziehung und der Kultur sind jedoch für die sozialistische Bewußtseinsbildung von größter Bedeutung.

Den reaktionären Kräften in Westdeutschland ist die Festigung der politisch-ideologischen Einheit der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik ein Dorn im Auge; darum sind sie bemüht, diese Einheit mit allen Mitteln ideologisch «aufzuweichen». Neben Hetzsendungen ihrer Rundfunk- und Fernsehstationen betreiben sie ihre Wühltätigkeit auch mit Hilfe einiger Kirchenführer, die ihr religiöses Amt mißbrauchen und gegen unsere sozialistische Ordnung hetzen. Die Werktätigen, darunter auch die Christen, erkennen jedoch die reaktionären Absichten dieser Kirchenführer immer klarer und wenden sich empört von ihnen ab.

Um den Tempoverlust auf dem Gebiet der Kultur und Erziehung aufzuholen, führte die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands eine Reihe von Konferenzen durch, auf denen die weiteren Aufgaben beraten wurden. Von großer Bedeutung war dabei die Kulturkonferenz des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Oktober 1957. Auf dieser Konferenz wurden alle Fragen der Entwicklung der sozialistischen Kultur beraten. Es wurde eine große ideologische Offensive eingeleitet, um bei allen Kulturschaffenden Klarheit über die historische Rolle unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates und über die neuen großen Perspektiven des Sozialismus zu schaffen. Nur so können die Kulturschaffenden zur Klärung und Entwicklung der sozialistischen Moral und Ethik beitragen und die neuen sozialistischen Beziehungen der Menschen zum ständigen Inhalt ihrer Arbeit machen. Die Kulturkonferenz trug wesentlich zur Stärkung unserer sozialistischen Kulturpolitik bei und half den aus dem Westen kommenden bürgerlich-dekadenten Einfluß auf kulturellem Gebiet zurückzudrängen.

Zu einem weiteren entscheidenden Abschnitt an der Front des ideologischen Kampfes wurde die Umgestaltung der Schulen und Hochschulen entsprechend den Anforderungen und Bedürfnissen unseres sozialistischen Aufbaus. Mit der Durchführung der demo-

kratischen Schulreform war das Bildungsmonopol der bürgerlichen Kreise beseitigt worden, und die Arbeiter- und Bauernkinder hatten alle Aufstiegsmöglichkeiten erhalten. Der erfolgreiche Aufbau des Sozialismus verlangt aber von den Universitäten und Hochschulen nicht allein gute Fachleute, sondern bewußte, fachlich hochqualifizierte sozialistische Kader. Entsprechendes trifft auch für die Grund- und Oberschulen zu. Sie erzogen die Kinder zwar im demokratischen Sinne, aber sie sorgten nur ungenügend dafür, daß sie bereits in der Schule auf die großen praktischen und politischen Anforderungen des sozialistischen Aufbaus vorbereitet wurden.

Die 3. Hochschulkonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Februar 1958 forderte darum die rasche Entwicklung der sozialistischen Hochschule. Universitäten und Hochschulen müssen zu wahrhaft sozialistischen Bildungs- und Forschungsstätten werden, deren Wirksamkeit im sozialistischen Aufbau der hohen Bedeutung von Wissenschaft, Technik und Kultur entspricht und die eine neue, mit der Arbeiterklasse, dem Volk und dem Sozialismus verbundene Intelligenz heranbilden. Der wissenschaftliche Sozialismus muß zur Grundlage des gesamten Studiums, der Forschung und der Lehrtätigkeit werden. Zur Verbesserung der Verbindung von Theorie und Praxis, von Studium und sozialistischer Entwicklung wird als Voraussetzung für die Zulassung zum Studium eine mindestens einjährige Tätigkeit in der sozialistischen Industrie oder Landwirtschaft verlangt. Diese und andere Maßnahmen zur sozialistischen Studentenerziehung gewährleisten, daß unsere Hochschulen der Praxis in wachsendem Maße politisch bewußte Kader und hochqualifizierte Fachleute, wirkliche Leiter sozialistischer Kollektive zuführen können.

Die Erziehung zum sozialistischen Menschen beginnt aber bereits in der allgemeinbildenden Schule. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt in unserer sozialistischen Industrie verlangt von jedem

Arbeiter immer größere Kenntnisse. Darum wird die achtklassige Volksschule und die zehnklassige Mittelschule allmählich durch die zehnklassige polytechnische Oberschule abgelöst. Die Beschlüsse der Schulkonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom April 1958 und das 4. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom Januar 1959 wiesen den Weg zu einer mit dem praktischen Leben eng verbundenen Erziehung. Natürlich gibt es dabei gegenwärtig noch Schwierigkeiten. Es fehlt an Lehrkräften und Schulräumen; auch müssen rückständige Auffassungen mancher Eltern noch überwunden werden. In enger Zusammenarbeit zwischen Schule, Pionier-Organisation und Elternhaus werden diese Schwierigkeiten jedoch rasch bewältigt. Unser Nationales Aufbauwerk, das in jedem Dorf und jeder Stadt alle örtlichen Reserven aufdeckt, die schöpferische Initiative aller Werktätigen zum Einsatz bringt, in dem viele Millionen Menschen unter der Losung «Jeder eine gute Tat für unsere gemeinsame sozialistische Sache» freiwillig arbeiten, wird helfen, neue Schulräume zu schaffen. Gegenwärtig werden die besten jungen Arbeiter und Arbeiterinnen für den Lehrerberuf gewonnen. So wird eine neue, mit der modernsten Technik und dem Marxismus-Leninismus vertraute junge Generation heranwachsen.

Die Notwendigkeit und Gesetzmäßigkeit des sozialistischen Aufbaus wird auch von den Mittelschichten immer mehr erkannt. Bereits auf ihrer 3. Parteikonferenz unterstützte die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands Vorschläge von Handwerksmeistern zur Bildung von Produktionsgenossenschaften des Handwerks und begrüßte auch die Vorschläge privater kapitalistischer Unternehmer, ihre Betriebe mit staatlicher Beteiligung weiterzuführen. Neben dem genossenschaftlichen Zusammenschluß der kleinen Warenproduzenten entsteht durch eine fünfzigprozentige Beteiligung unseres Staates an privatkapitalistischen Betrieben eine neue Form des Übergangs vom

kapitalistischen zum sozialistischen Eigentum, die den Charakter dieser Unternehmen allmählich in Richtung zum sozialistischen Betrieb verändert. Ihre Besitzer sind zwar noch Eigentümer von Produktionsmitteln, aber sie teilen sie mit dem Staat. Dadurch werden günstige Voraussetzungen für die spätere Überleitung dieser Betriebe in Volkseigentum geschaffen. Auch im Handel wurden über Kommissionsverträge zwischen staatlichen Handelsorganen und privaten Einzelhändlern neue Wege zu ihrer Einbeziehung in den sozialistischen Umgestaltungsprozeß besritten. So entwickeln und festigen sich die neuen sozialistischen Produktionsverhältnisse auf allen Gebieten.

DEM SIEG DES SOZIALISMUS ENTGEGEN

Der V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der im Juli 1958 in Berlin stattfand, konnte dank der Entfaltung der schöpferischen Fähigkeiten der Arbeiterklasse, der werktätigen Bauern, der Intelligenz, der Handwerker und der anderen werktätigen Schichten, dank der kameradschaftlichen Zusammenarbeit der Parteien und Massenorganisationen und der Nationalen Front eine erfolgreiche Bilanz ziehen: Die großen Aufgaben zur Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik waren im wesentlichen erfüllt.

Die Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik hatte einen gewaltigen Aufschwung genommen, und der von den Werktätigen zu Ehren des V. Parteitages und des 10. Jahrestages der Deutschen Demokratischen Republik geführte Wettbewerb und die übernommenen Verpflichtungen brachten weitere große Erfolge. Die gesamte industrielle Bruttoproduktion stieg von 1950 bis Ende 1957 auf 217 Prozent, die des sozialistischen Sektors auf 249 Prozent. Von 1949 bis 1958 stieg sie sogar auf über 300 Prozent.

Die sozial-ökonomische Struktur hat sich entscheidend zugunsten des sozialistischen Sektors verändert. Die industrielle Bruttoproduktion gliedert sich in folgender Weise:

| | 1950 | 1957 | Mitte 1959 |
|-----------------------------------|-------|-------|---------------|
| Volkseigene Betriebe | 74,9% | 85,8% | 85,2% |
| Genossenschaftsbetriebe | 1,6% | 2,8% | 4,0% |
| Sozialistische Betriebe insgesamt | 76,5% | 88,6% | 89,2% |
| Halbstaatliche Betriebe | — | 1,2% | 5,2% |
| Private Betriebe | 23,5% | 10,2% | 5,6% |

Systematisch wuchs der Anteil der Genossenschafts- und halbstaatlichen Betriebe. Ende 1957 bestanden 295 Produktionsgenossenschaften des Handwerks mit über 8000 Mitgliedern. Ende 1958 gab es bereits über 2100 Produktionsgenossenschaften des Handwerks mit rund 62000 Mitgliedern und Mitte 1959 über 2800 mit fast 90000 Mitgliedern.

Ende 1957 arbeiteten 440, das sind 3,8 Prozent, aller kapitalistischen Betriebe mit staatlicher Beteiligung. Ende 1958 waren es bereits 1541, das heißt 13,6 Prozent, aller kapitalistischen Betriebe; und Mitte 1959 hatten 2919, gleich 25,3 Prozent, staatliche Beteiligung aufgenommen.

Die Überwindung falscher und hemmender Auffassungen bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft führte zu einem großen Aufschwung der Genossenschaftsbewegung auf dem Lande.

Ende 1952 bearbeiteten 1906 Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften 3,3% der landwirtschaftlichen Nutzfläche, Ende 1955 bearbeiteten 6047 Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften 19,7% der landwirtschaftlichen Nutzfläche, Ende 1957 bearbeiteten 6691 Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften 25,2% der landwirtschaftlichen Nutzfläche, Ende 1958 bearbeiteten 9637 Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften 37,0% der landwirtschaftlichen Nutzfläche, Mitte 1959 bearbeiteten 9531 Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften 40,0% der landwirtschaftlichen Nutzfläche.

Damit vergrößerte sich der gesamte sozialistische Sektor in der Landwirtschaft – berechnet nach der landwirtschaftlichen Nutzfläche – von 5,7 Prozent Mitte 1950 auf 48,1 Prozent Mitte 1959, während der Anteil der kapitalistischen Betriebe in der gleichen Zeit von 24,4 auf 8,2 Prozent zurückging. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften

wuchs nach Überwindung der Anfangsschwierigkeiten sehr rasch an. Heute überbieten sie den Leistungsstand der Einzelbauern bei allen Getreidearten. In der Schlachtviehproduktion entwickeln sich die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ebenfalls schneller als die Einzelbetriebe.

Mit der fortschreitenden sozialistischen Umgestaltung veränderte sich auch die Klassenstruktur in der Deutschen Demokratischen Republik. Am 31. Dezember 1958 ergab sich folgendes Bild:

| | | |
|--|-----------|------|
| Arbeiter einschließlich Angestellte | 6 575 410 | 80 % |
| Genossenschaftsmitglieder (LPG) | 3 532 37 | 4,3% |
| Werkstätige Bauern einschließlich | | |
| mitarbeitender Familienangehöriger | 718 394 | 8,7% |
| Genossenschaftsmitglieder (PGH) | 61 193 | 0,7% |
| Handwerker einschließlich | | |
| mitarbeitender Familienangehöriger | 274 919 | 3,3% |
| Gewerbetreibende einschließlich | | |
| mitarbeitender Familienangehöriger | 67 182 | 0,8% |
| Freiberuflich Tätige einschließlich | | |
| mitarbeitender Familienangehöriger | 29 026 | 0,3% |
| Kapitalisten und Großbauern einschließlich | | |
| mitarbeitender Familienangehöriger | 1 55 485 | 1,9% |

Auf der Grundlage dieser erfolgreichen Entwicklung konnte der V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands als ökonomische Hauptaufgabe den Beschluß fassen,

«die Volkswirtschaft innerhalb weniger Jahre so zu entwickeln, daß die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung gegenüber der kapitalistischen Herrschaft umfassend bewiesen wird. Deshalb muß erreicht werden, daß der Pro-Kopf-Verbrauch der werktätigen Bevölkerung an allen wichtigen Lebensmitteln

und Konsumgütern höher liegt als der Pro-Kopf-Verbrauch der Gesamtbevölkerung in Westdeutschland.»*

Die Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe ist für den Kampf zwischen der sozialistischen und der kapitalistischen Gesellschaftsordnung von außerordentlicher Bedeutung. Hier in Deutschland stehen sich diese beiden Systeme unmittelbar gegenüber; und jede Form der Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik ist eine Stärkung des Friedens, ist eine Stärkung der patriotischen Kräfte in ganz Deutschland, ist eine Stärkung des gesamten sozialistischen Lagers, ist eine Stärkung der friedliebenden Kräfte in der ganzen Welt. Die ökonomische Hauptaufgabe der Deutschen Demokratischen Republik hat darum tiefen politischen und sozialen Inhalt. Sie entspricht den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen der werktätigen Bevölkerung unseres Landes.

Am 10. Jahrestag unserer jungen aufblühenden Republik ist deutlicher sichtbar als jemals zuvor, daß von den bestehenden beiden deutschen Staaten nur einer imstande ist, jedem Bürger eine gesicherte Perspektive, ein Leben in Frieden, Wohlstand und Glück zu bieten: Das ist der erste Arbeiter-und-Bauern-Staat in Deutschland – die Deutsche Demokratische Republik.

Während sich in Westdeutschland Existenzangst und Furcht vor der Zukunft immer mehr ausbreiten, während dort der Ruhrkumpel und der Stahlarbeiter schon morgen ohne Arbeit und Brot sein und der werktätige Bauer schon morgen seinen Hof verlieren kann, blickt der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik ruhig, selbstbewußt und zuversichtlich in die Zukunft. Dem Maschinenbauer wie dem Arzt, dem Chemielaboranten wie der Genossenschaftsbäuerin, dem Maurer wie dem Studenten, jedem wird ein klares,

* Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1959, S. 1357.

sieghaftes Programm gegeben, wie er durch seiner eigenen Hände Arbeit, durch die volle Entfaltung aller seiner schöpferischen Talente und Fähigkeiten für sich und seine Kinder ein schöneres, sorgenfreies und reiches Leben aufbauen kann.

Auf dem V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurden die Kontrollziffern der Entwicklung der Volkswirtschaft und der Kultur bis zum Jahre 1965, wurden die Richtlinien für unseren Siebenjahrplan beschlossen. Damit erhielt die Losung «Der Sozialismus siegt», die diesem Parteitag das Gepräge gab, ihren konkreten Inhalt. Der Parteitag schlug vor, die für die Jahre 1959 und 1960 ursprünglich vorgesehenen Planziele bedeutend zu erhöhen. Insgesamt soll in diesen beiden Jahren die Industrieproduktion um über 6 Milliarden Mark mehr erhöht werden, als ursprünglich geplant war. Dieses rasche Entwicklungstempo ermöglicht auch eine höhere Zielsetzung für die Jahre 1961 bis 1965.

Das vom V. Parteitag vorgeschlagene Programm ist von enormer Größe und Bedeutung, aber es ist real. Es sind vor allem zwei Dinge, die seine Realität begründen und die Gewähr bieten, daß es erfüllt wird. Das ist der Fleiß und Arbeitsenthusiasmus unserer Werktätigen, die – befreit von den Fesseln kapitalistischer Ausbeutung – ihre Initiative und Schöpferkraft ungehindert entfalten und immer sichtbarer zu bewußten Gestaltern ihres eigenen Lebens emporwachsen. Das ist zum anderen die brüderliche Zusammenarbeit mit den Ländern des sozialistischen Lagers, vor allem mit der Sowjetunion, deren uneigennütziger Hilfe wir stets gewiß sein können.

Von großer Bedeutung ist in der Gegenwart besonders die Kooperation ganzer Wirtschaftszweige und die damit verbundene gemeinsame Planungstätigkeit der sozialistischen Länder. Die Lösung aller wirtschaftlichen Probleme wird dadurch für die einzelnen Länder leichter; wir kommen rascher vorwärts. Sozialistische Staaten

haben keine Geheimnisse voreinander. Sie beraten alle Probleme gemeinsam und helfen einander brüderlich. Diese Art der freundschaftlichen Zusammenarbeit und brüderlichen Hilfe entspricht dem Wesen des proletarischen Internationalismus. Nur auf diesem Wege werden wir die imperialistischen Staaten in jeder Beziehung überflügeln, nur auf diesem Wege sind wir in der Deutschen Demokratischen Republik in der Lage, das große Programm unseres Siebenjahrplans erfolgreich zu erfüllen.

Der Kampf um die bestmögliche Erfüllung dieses Programms und um die Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe ist zugleich unser wichtigster Beitrag zur weiteren Stärkung des sozialistischen Weltsystems und zur Sicherung des Friedens. Eine große und schöne Perspektive liegt vor uns. Sie wurde der gesamten Menschheit vom XXI. Parteitag der KPdSU eröffnet. 1965, wenn die sozialistischen Länder mehr als die Hälfte der Industrieproduktion der Welt erzeugen, wird das Völkermorden in blutigen Weltkriegen endgültig und unwiderruflich der Vergangenheit angehören.

«Das neue Kräfteverhältnis», sagte Genosse Chruschtschow in seiner Rede auf dem XXI. Parteitag, «wird so deutlich zutage treten, daß selbst den hartnäckigsten Imperialisten die Einsicht kommen muß, wie sinnlos jeder Versuch ist, einen Krieg gegen das sozialistische Lager zu entfesseln. Gestützt auf die Macht des sozialistischen Lagers, werden die friedliebenden Völker dann die kriegslüsternen Kreise des Imperialismus zwingen können, auf die Pläne eines neuen Weltkrieges zu verzichten.»*

Ist es nicht klar, daß wir in der Deutschen Demokratischen Republik angesichts dieser Perspektive eines dauerhaften Friedens nach besten Kräften, unter Einsatz aller Reserven mithelfen müssen, im

* N. S. Chruschtschow, Über die Kontrollziffern für die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren 1959 bis 1965, Berlin 1959, S. 86.

ökonomischen Wettstreit mit dem kapitalistischen Weltssystem maximal Zeit zu gewinnen? Gerade wir als das am weitesten nach Westen vorgeschobene Land des sozialistischen Lagers und als hochentwickelter Industriestaat tragen besondere Verantwortung bei der Lösung der entscheidenden Aufgabe der Gegenwart: die Überlegenheit des sozialistischen Weltsystems auf allen Gebieten zu beweisen. Die Partei gab während der vorbereitenden Diskussion zum Siebenjahrplan Anregung zur Aufstellung einer Reihe von Programmen, die die Werktätigen sofort auf die wirtschaftlichen Hauptaufgaben orientierten und jedermann sagten, was zu tun ist.

Das wurde gesagt im *Kohle- und Energieprogramm*, das vorsieht, die Förderung von Rohbraunkohle als unserer Hauptenergie- und Rohstoffbasis, die Erzeugung von Gas auf Braunkohlenbasis und die Produktion von Briketts bedeutend zu steigern sowie die Erzeugung von Elektroenergie in schnellerem Tempo zu erhöhen, als die industrielle Bruttoproduktion wächst.

Das wurde weiter gesagt im *Chemieprogramm*. Dieses Teilprogramm unseres Siebenjahrplans ist von besonderer Bedeutung. Unsere hochentwickelte Chemieindustrie wird während der nächsten Jahre im Mittelpunkt des industriellen Aufbaus stehen. Die Wachstumsrate ihrer Produktion wird höher sein als die der Gesamtindustrie. Dabei wird die Entwicklung der chemischen Industrie vor allem auf das Gebiet der Kunststoffe, der Plaste und der vollsynthetischen Fasern konzentriert, um speziell für den Maschinenbau und die Leichtindustrie die Grund- und Werkstoffbasis zu erweitern. Neben der Braunkohle soll in steigendem Maße das Erdöl zur Rohstoffquelle unserer chemischen Industrie werden.

Angesichts dieser zentralen Stellung der chemischen Industrie im Siebenjahrplan und der Tatsache, daß die großen Ziele auf diesem Gebiet nicht nur an die Arbeiter und die Intelligenz der chemischen Industrie, sondern an die gesamte Volkswirtschaft und nicht zuletzt

an die gesamte staatliche Leitungstätigkeit höhere Anforderungen stellen, führte das Politbüro der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Herbst des Jahres 1958 eine Chemiekonferenz durch und beriet dort gemeinsam mit den Arbeitern und Wissenschaftlern bis ins einzelne die Wege, die zu einem machtvollen Aufschwung unserer chemischen Industrie führen. Das dort beschlossene Chemieprogramm ist von gesamtnationaler Bedeutung. Es demonstriert vor der Welt, daß unter den Bedingungen der Arbeiter-und-Bauern-Macht die chemische Industrie völlig in den Dienst der raschen und friedlichen Hebung des materiellen und kulturellen Wohlstandes der Bevölkerung gestellt wird, während sie in Westdeutschland erneut der Vorbereitung zur Massenvernichtung dient.

Entscheidend für den Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Hauptkettenglied dabei ist gegenwärtig die sozialistische Rekonstruktion und die Rationalisierung. Die sozialistische Rekonstruktion verlangt vor allem die rationellste Organisation der Produktion auf der Basis des höchsten Standes von Wissenschaft und Technik und die volle Nutzung der schöpferischen Initiative der Werktätigen. Um das zu erreichen, beschreiten wir zwei Wege. In den wichtigsten Industriezweigen, zum Beispiel in der chemischen Industrie und der Energiewirtschaft, erfolgen umfangreiche Investitionen, um sie mit hochleistungsfähigen Maschinen, die dem Weltstand der Technik entsprechen, neu auszurüsten und eine entsprechende Technologie einzuführen. In den anderen Industriezweigen kommt es darauf an, die vorhandenen Maschinen und Anlagen rationeller auszulasten und unter Ausnutzung der vorhandenen Technik neue technologische Verfahren einzuführen und die Arbeitsorganisation zu verbessern. Das Ziel besteht auch hier darin, mit den geringsten Kosten, unter besseren Arbeitsbedingungen und in kürzester Arbeitszeit mehr und bessere Erzeugnisse herzustellen.

Die Verwirklichung dieser Ziele verlangt die entschiedene Verbesserung des technischen Niveaus der Produktion in allen Wirtschaftszweigen. Bei der weiteren Ausrüstung unserer volkseigenen Wirtschaft mit hochmodernen Maschinen muß von der künftigen Mechanisierung und Automatisierung ganzer Produktionsprozesse ausgegangen werden. Wichtige im Bau befindliche oder geplante Industrieanlagen sind beschleunigt fertigzustellen, um auf allen Gebieten der Wirtschaft und der Technik den Anschluß an den höchsten Stand in der Welt zu erreichen. Die Erfüllung dieser Aufgabe macht eine umfassende Rekonstruktion der gesamten Industrie im Verlauf der nächsten sieben Jahre notwendig.

Dabei gibt es etliche Zweige der Wissenschaft und Technik, in denen wir mit der Entwicklung einiger moderner imperialistischer Staaten durchaus Schritt halten. Dazu gehören vor allem der Bau des Zentralinstituts für Kernphysik, die Projektierung und der Bau eines Atomkraftwerks, der weitere Ausbau unserer jungen Flugzeugindustrie und die erfolgreiche Entwicklung solcher Werke, die für die Automatisierung des Produktionsprozesses von Bedeutung sind.

Besondere Aufmerksamkeit widmete das 5. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands der Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit; denn nur mit der Kraft und der schöpferischen Initiative des ganzen Kollektivs sind die Aufgaben der sozialistischen Rekonstruktion lösbar. Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit bietet die Garantie dafür, daß der ganze Schatz der wissenschaftlichen und technischen Kenntnisse und Erfahrungen der Werktätigen für die sozialistische Rekonstruktion wirksam wird. Das hat die Praxis inzwischen tausendfach bewiesen.

Neben diesen Vorhaben – dem Kohle- und Energieprogramm, dem Chemieprogramm, dem Plan zur sozialistischen Rekonstruktion – existiert das *Bauprogramm*, das dem Bauwesen als wichtigem volkswirtschaftlichem Zweig Richtung und Ziel weist.

Auch auf dem Lande können wir jetzt einen neuen Schritt vorwärts tun. Im Februar 1959 wurde auf der VI. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften der Siebenjahrplan der sozialistischen Entwicklung der Landwirtschaft beraten und anschließend zur Grundlage einer breiten Aussprache mit der Dorfbevölkerung gemacht. Dank der erfolgreichen sozialistischen Entwicklung haben wir bereits eine Vielzahl vollgenossenschaftlicher Dörfer. Die Konferenz beschloß, zunächst vor allem in den vollgenossenschaftlichen Dörfern die Brigaden der Maschinen-Traktoren-Stationen mit den Genossenschaften zu vereinen. Die Überführung der Traktoristen und des Maschinenparks der Maschinen-Traktoren-Stationen in die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften wird diese weiter stärken und eine einheitliche Leitung des sozialistischen Sektors in der Landwirtschaft ermöglichen.

Schließlich gaben Partei und Regierung im Juli 1959 auch dem Handel einen exakten Leitfaden in die Hand, wie er zur besseren Versorgung der Bevölkerung beitragen kann.

Diese Programme bilden eine wertvolle Erläuterung des Siebenjahrplans. Wir sagen also mit vollem Recht: Jeder weiß heute, was zu tun ist. Und dennoch trifft diese Feststellung noch nicht den Kern. Die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik wissen ja nicht nur, was zu tun ist. Sie nehmen die Dokumente nicht zur Grundlage einer beschaulichen Information über die Grundzüge der Politik von Partei und Regierung. Die Arbeiter und Bauern, die Intelligenz und der Mittelstand machen diese Dokumente der weiteren Aufwärtsentwicklung unserer jungen Republik mehr und mehr zur Grundlage ihres eigenen täglichen Handelns. Das ist das hervorstechende Merkmal unserer Entwicklung.

Der V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und die folgenden bedeutsamen Beschlüsse trugen wesentlich zur

Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins der gesamten Bevölkerung bei. Die höheren Produktionsleistungen, geboren aus der neuen Einstellung zum Volkseigentum und zur Arbeit im volkseigenen Betrieb, die Entwicklung des sozialistischen Wettbewerbs, der wachsende genossenschaftliche Zusammenschluß auf dem Lande und das neue kameradschaftliche Verhältnis eines großen Teils der Intelligenz zur Arbeiterklasse – das sind die konkreten, lebendigen Resultate dieser Beschlüsse und zugleich die Ausgangspunkte für die Erweiterung der sozialistischen Beziehungen auf alle Gebiete des menschlichen Lebens.

Neben großen sozialistischen Produktionstaten stellen die Werktätigen immer stärker die Frage nach neuen sozialistischen Formen des Zusammenlebens in den Wohngebieten und einer engeren Verbindung zwischen der sozialistischen Arbeit und den anderen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. Angeregt durch die Beschlüsse und Hinweise der Partei der Arbeiterklasse fand sich die Jugendbrigade «Nikolai Mamai» vom VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld zusammen und beschloß nach eingehender Beratung die Bildung einer Brigade der sozialistischen Arbeit. Die Jugendlichen begriffen, daß der wissenschaftlich-technische Fortschritt große Anforderungen an sie stellt. Er verlangt ihre weitere Qualifizierung, die Erhöhung ihres kulturellen Bildungsniveaus und die Förderung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit. Die Jugendlichen dieser Brigade nahmen sich darum vor, auf sozialistische Weise zu arbeiten, zu lernen und zu leben, um dadurch eine Brigade der sozialistischen Arbeit zu werden. Sie kämpfen in der Produktion um die Durchsetzung wissenschaftlich-technischer Methoden, um die Erleichterung der körperlichen Arbeit, die Senkung der Selbstkosten und die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Sie wollen Verlust- und Wartezeiten ausschalten und das sozialistische Leistungsprinzip besser als bisher verwirklichen. Sie wollen sozialistisch lernen, indem sie sich

fachlich weiterqualifizieren und mit den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus vertraut machen. Sie wollen sozialistisch leben, indem sich die ganze Brigade für jeden einzelnen und jeder einzelne für die Brigade als Kollektiv verantwortlich fühlt. Sie wollen sich bemühen, ihre Angehörigen enger am Leben der Brigade teilhaben zu lassen, um dadurch zu einer wirklichen sozialistischen Gemeinschaft zu werden.

Die Jugendbrigade wandte sich an alle Brigaden unserer Republik mit dem Aufruf, zu Ehren des 10. Jahrestages der Deutschen Demokratischen Republik mit ihr um den ehrenvollen Titel einer Brigade der sozialistischen Arbeit zu kämpfen. Dieser Aufruf fand ein breites Echo, und die neuen Formen der sozialistischen Zusammenarbeit und des Zusammenlebens beginnen zu einer Massenbewegung zu werden.

Nach einem Jahr sind es bereits 12 583 Arbeitskollektive mit über 350 000 Werktätigen, die den Kampf um den Ehrentitel «Brigade der sozialistischen Arbeit» aufgenommen haben und darum ringen, ihr Leben nach den Grundsätzen der sozialistischen Moral zu gestalten. Ein Jahr nach dem V. Parteitag haben sich 67 000 Arbeiter und Ingenieure in mehr als 7200 Forschungsgemeinschaften zusammengeschlossen, getragen von dem Willen, alles zu tun, um die historischen Beschlüsse des Parteitags erfüllen zu helfen. Wenn wir im ersten Halbjahr 1959 eine Zuwachsrate der industriellen Bruttoproduktion von über 12 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres erreichten, wenn in dreieinhalb Monaten dieses Jahres die gleiche Produktionsmenge erzeugt wurde wie im ganzen Jahr 1949, so ist das in erster Linie das Verdienst dieser Pioniere der sozialistischen Arbeit.

Die Republik mit allen ihren Erfolgen, das große Werk, das in zehn Jahren errichtet wurde, ist das Ergebnis vieler Millionen schaffender Hände und denkender Hirne, ist das Ergebnis der fleißigen

Arbeit unserer werktätigen Menschen. Indem sie dieses Werk schaffen, entwickeln sie selber sich immer mehr zu bewußten Gestaltern des eigenen Schicksals. Die Befreiung des werktätigen Menschen von der drückenden Last der Ausbeutung, von der Angst um die nackte Existenz läßt ihn zum schöpferischen Menschen werden, läßt sein Gemeinschaftsgefühl wachsen, macht ihm täglich bewußter, daß sein persönliches Schicksal untrennbar mit dem Schicksal der ganzen Gesellschaft verbunden ist.

Wir kehren hier für einen Augenblick zum Ausgangspunkt der Entwicklung eines neuen Lebens im Osten Deutschlands zurück. Damals sahen wir uns vor einem scheinbar unlösbaren Problem. Die Menschen wollten mehr essen und besser leben. Um das zu können, mußten sie zunächst mehr arbeiten. Die meisten Menschen aber sagten: Nein, wenn wir mehr arbeiten sollen, wollen wir erst besser leben. Woher jedoch sollte das bessere Leben kommen, wenn nicht aus größeren Arbeitsergebnissen? Dieser verhängnisvolle Teufelskreis wurde von den besten, klassenbewußtesten Arbeitern durchbrochen, von solchen hervorragenden Menschen wie Adolf Hennecke, der mit seiner Heldentat friedlicher Arbeit den Grundstein für unsere Aktivistenbewegung legte.

An dieser Wende, als erst wenige, dann immer mehr Werktätige begriffen, daß es vor allem von ihnen selbst, von ihrem persönlichen Einsatz abhängt, wie sie leben, begann unser erfolgreicher Aufstieg. Auf diesem Weg begegnen wir neben Adolf Hennecke solchen Vorbildern wie Franz Franik, Luise Ermisch, Frida Hockauf, Günter Christoph, Erich Seifert und vielen anderen, die die besten Eigenschaften der Arbeiterklasse in sich verkörpern – Selbstlosigkeit, Opfermut, Kühnheit und Schöpferkraft. Sie und Tausende andere haben die lächerliche Behauptung der Reaktion, die Arbeiterklasse sei nicht in der Lage, Staat und Wirtschaft zu leiten, überzeugend widerlegt. Von der Stunde an, da der Erste Sekretär der Sozialisti-

schen Einheitspartei Deutschlands, Walter Ulbricht, auf der 2. Parteikonferenz in seinem Referat erklärte, daß nun in der Deutschen Demokratischen Republik der Aufbau des Sozialismus beginnt, fing die Arbeiterklasse im Bündnis mit allen anderen fortschrittlichen Menschen an, ihre ganze Kraft für den Sozialismus zu entfalten.

Heute erblassen die Konzernherren vor Neid darüber, was für bedeutende und begabte Staats- und Wirtschaftsfunktionäre die Arbeiterklasse hervorgebracht hat. Was waren unsere Minister und Staatssekretäre? In der Mehrzahl Arbeiter und Bauern! Was war die Mehrzahl unserer Betriebsleiter und Direktoren? Arbeiter! Wer leitet die Volkseigenen Güter, die Maschinen-Traktoren-Stationen und die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften? Arbeiter und Bauern! Wer vertritt die Werktätigen in den Parlamenten? Abgeordnete aller Schichten der werktätigen Bevölkerung – Vertreter des Volkes! Wohin wir blicken, überall geht es ohne Kapitalisten, überall geht es ohne Ausbeutung, ohne Unterdrückung, ohne Krisen und ohne Arbeitslosigkeit; und das Überraschende für die Kapitalisten daran ist, daß es ohne sie besser und erfolgreicher geht.

So haben die Werktätigen im Kampf um die Verwirklichung ihrer eigenen Interessen und Wünsche gelernt, ihren Staat und die Wirtschaft zu lenken und zu leiten. So formte sich auch ein neuer Begriff der Demokratie. Aus der zwingenden Notwendigkeit heraus, die Trümmer zu beseitigen und die Not gemeinsam zu überwinden, entwickelte sich später die sozialistische Demokratie, unter deren Bedingungen die große Mehrheit unserer Bevölkerung nicht nur mitarbeitet, sondern auch mitplant und in allen Fragen des täglichen Lebens mitregiert.

Wenn sich die Arbeiter in den Betrieben Sorgen über die Planerfüllung machen, wenn sie Vorschläge zur Übererfüllung der Pläne unterbreiten und sie selber mit aller Kraft verwirklichen helfen, dann ist das sozialistische Demokratie. Wenn allein von Januar bis Mitte März 1959 in den sozialistischen Betrieben 130000 Produk-

tionsberatungen durchgeführt wurden, an denen 2,9 Millionen Werktätige teilnahmen, dann ist das sozialistische Demokratie. Wenn sich die Bewohner eines Wohnviertels gemeinsam Gedanken machen über den Bau eines Kinderspielplatzes, über die Verschönerung ihrer Umgebung oder auch über die Erhaltung des Friedens und sich mit aller Kraft für die Verwirklichung dieser Gedanken einsetzen, dann ist das sozialistische Demokratie.

Sozialistische Demokratie ist es auch, wenn die Bevölkerung in freiwilliger Arbeit für das Nationale Aufbauwerk jährlich für viele Millionen Werte schafft. Allein im Jahre 1956 waren das 95,6 Millionen DM; und diese Summe erhöhte sich im Jahre 1958 sogar auf 265,8 Millionen DM. Sozialistische Demokratie ist es auch, wenn Millionen Menschen – gefördert und fürsorglich unterstützt von der Staatsmacht – ehrenamtlich in den verschiedenen Kommissionen, Ausschüssen und Beiräten unmittelbar an der Leitung des Staates teilnehmen, wie das bei uns der Fall ist.

Wenn vor Jahrhunderten der französische König Ludwig XIV., das Volk mißachtend, noch sagte: «Der Staat bin ich!» – dann können wir darüber heute nur lächeln und zugleich voller Stolz sagen: «Der Staat, das sind wir – wir alle, die wir das Leben und die glückliche Zukunft unseres Volkes gestalten.» Gegenüber jenem «Ich» kennzeichnet dieses «Wir» nicht nur eine neue, völlig andere Epoche, sondern ist zugleich zum entscheidenden Merkmal des Bewußtseins unserer Werktätigen geworden. Wir stehen mitten in einer Zeit des Umbruchs vom Ich zum Wir. Wer nur an sich, nur an *sein* Vorteil, nur an *sein* Leben denkt, ist noch weit davon entfernt, ein sozialistischer Mensch zu werden, ein Kämpfer für den Frieden und das Glück aller zu sein. Wer dagegen vom Wohl der Gemeinschaft ausgeht, das zugleich auch sein eigenes Wohl ist, wer mitkämpft um die glückliche Zukunft der gesamten Gesellschaft, die zugleich auch seine eigene Zukunft ist, der ist innerlich frei von der

Zwiespältigkeit jeder egoistischen Denkweise, der ist ein froher und glücklicher Mensch, der ist ein kühner Erbauer des Sozialismus. Die Losung solcher Menschen heißt heute: Sozialistisch arbeiten, sozialistisch lernen, sozialistisch leben. Sie schließen sich zusammen zu sozialistischen Brigaden, zur sozialistischen Gemeinschaftsarbeit.

Aus dieser sozialistischen Zusammenarbeit heraus wächst der neue Mensch, formt und stählt er sich. Seine Einstellung zur Arbeit ist der Prüfstein, wie er zur Gesellschaft, wie er zur Erfüllung seiner Pflicht gegenüber der Gemeinschaft steht. Er muß Träger des technischen Fortschritts, ein Pionier und leidenschaftlicher Verfechter neuer Arbeitsmethoden sein. Daraus wird auch das Verlangen und der Wille wachsen, sozialistisch zu lernen, denn nur der Lernende wird auf der Höhe der ständig wachsenden Aufgaben bleiben.

Mit den Gemeinschaften und Brigaden der sozialistischen Arbeit entwickelt sich zum erstenmal in der Geschichte Deutschlands eine echte, ehrliche, kameradschaftliche Zusammenarbeit aller werktätigen Schichten der Bevölkerung; zugleich entwickeln und festigen sich auch ganz neue Beziehungen zwischen den Menschen. Es sind Beziehungen der gegenseitigen, freundschaftlichen Hilfe. Im Interesse der Lösung der gemeinsamen großen Aufgaben bildet sich ein festes Vertrauensverhältnis zwischen Arbeitern, Wissenschaftlern, Technikern und volksdemokratischer Staatsmacht heraus. Die praktischen Produktionserfahrungen der Arbeiter vereinigen sich mit den wissenschaftlich-technischen Erkenntnissen der Intelligenz. In dieser gegenseitigen Achtung und kameradschaftlichen Zusammenarbeit liegt zugleich die große Kraft, auch die schwierigsten Aufgaben erfolgreich zu lösen, Aufgaben, an die unter kapitalistischen Bedingungen nicht einmal gedacht werden kann.

In der Gemeinschaft bildet sich auch der Charakter. Ein Mensch, der sich außerhalb der Gemeinschaft stellt, wird nur individualistische Eigenschaften, kann nur egoistische Charakterzüge besitzen.

Wo jedoch die Grundsätze und Formen der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit auf das gesamte Leben übertragen werden, dort entwickeln sich Menschen mit guten Charaktereigenschaften, dort entwickelt sich der neue sozialistische Mensch der sozialistischen Epoche. Das eben meinen wir auch, wenn wir davon sprechen, sozialistisch zu leben. Das meinen wir auch, wenn wir sagen, daß alle Schichten der Bevölkerung sich zu einer festen politisch-moralischen Einheit zusammenschließen, um ihren Staat selber zu regieren.

Auf das engste verknüpft mit der Entwicklung neuer, sozialistischer Lebensformen der arbeitenden Menschen vollzog sich in den vergangenen zehn Jahren eine Kulturrevolution größten Ausmaßes zu Schönheit und Menschenwürde.

Die Schwierigkeiten, aber auch die Größe dieser Entwicklung können nur verstanden werden aus dem geistigen Niedergang, aus dem kulturellen Chaos, in das der Faschismus unser Volk gestürzt hatte. In Schutt und Asche lagen die Humboldt-Universität und die Deutsche Staatsoper in Berlin, das Goethe-Haus und das Nationaltheater in Weimar, die Kunststadt Dresden, der Halberstädter und der Magdeburger Dom und viele andere Zeugen einer großen deutschen Nationalkultur. Wir haben sie wieder aufgebaut und zugleich Tausende andere nationale Kunstdenkmale, Schulen und Universitäten, Theater und Museen. Wir förderten das demokratische Neubeginnen bei den Künstlern und Schriftstellern, den Schauspielern und Sängern, aufs großartigste unterstützt von den sowjetischen Kulturoffizieren, die sich durch ihr tiefgehendes Verständnis für die großen Traditionen der deutschen Kunst und Literatur höchstes Ansehen bei unseren Kulturschaffenden erwarben.

Es war notwendig, die geistigen Verheerungen der Vergangenheit ebenso zu überwinden wie die wirtschaftlichen und politischen. Dazu bedurfte es einer Staatsführung, die die Kulturpolitik in den Dienst des friedlichen Aufbaus, der Erziehung der Nation, der Be-

wußtseinsbildung der Menschen stellte. Schon als wir noch in den schweren Anfängen waren, entschied sich unsere Regierung dafür, Wirtschaft und Kultur gleichzeitig zu entwickeln.

Bereits 1948 wurden in der damaligen sowjetischen Besatzungszone allein für Volksbildung und Kultur 912 Millionen DM staatliche Mittel ausgegeben, das war je Kopf der Bevölkerung dreimal soviel wie in Deutschland vor dem Kriege. Und doch erhöhte sich diese Summe 1958 auf 4,9 Milliarden DM, das heißt, sie hat sich innerhalb von zehn Jahren mehr als verfünffacht. Diese Summen haben ihren Ausdruck gefunden in einer kulturell hochentwickelten Bevölkerung, deren humanistische Bildung, deren künstlerisches Volksschaffen und deren Lebensfreude tief in den sozialistischen Grundsätzen unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates wurzeln.

Damit schufen wir zugleich die materiellen Voraussetzungen für eine nie dagewesene Förderung der Wissenschaftler, Künstler und Schriftsteller. Wir erfüllten die alte demokratische Forderung, die Schätze des Wissens und der Kunst den Millionen Werktätigen zugänglich zu machen, die unter den Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft weitgehend vom Kunsterlebnis und vom Kunstgenuß ausgeschlossen waren.

Der demokratische Charakter unserer Kulturpolitik wurde auch dadurch bestimmt, daß für die Arbeiter in den volkseigenen Betrieben und für die Landbevölkerung Kulturstätten ganz neuer Art geschaffen wurden, Kulturpaläste, Klubhäuser und andere Kulturzentren der Werktätigen, wie sie in einem kapitalistischen Staat nicht einmal im Bereich der Überlegungen stehen. Heute stehen den Werktätigen in Stadt und Land 13500 Kulturpaläste, Kultur- und Klubhäuser und mehr als 18000 Kultur- und Klubräume zur Verfügung. 1950 zählten unsere Volkskunstgruppen 330000 Mitglieder; 1958 erhöhte sich ihre Zahl auf 800000. Keine Gemeinde unserer Republik ist heute mehr ohne Bibliothek.

Ganz gewiß haben wir – was den Umfang und den Charakter unserer kulturellen Einrichtungen angeht – Westdeutschland längst überboten. Was den Geist betrifft, den unser Kulturleben atmet, so tritt unsere Überlegenheit für jedermann sichtbar hervor – und gerade diese Tatsache wird auch bei großen Teilen der Bevölkerung und in weiten Kreisen des kapitalistischen Auslandes anerkannt, ja mit Recht als eines der Kennzeichen für den friedlichen und demokratischen Charakter unseres Staates gewürdigt.

Auch diese De-facto-Anerkennung ist nicht zuletzt das Ergebnis der Konsequenz unserer Bemühungen in allen Fragen der Literatur und Kunst, welche auf Lebensnähe und Lebenswahrheit gerichtet sind. Neue Etappen sind heute erreicht. Unser Leben – das ist der Aufbau des Sozialismus, und der Sozialismus ist die größte Kulturthat der Menschheit. «Es ist ein Fundament gelegt – der Bau des Sozialismus», schrieb der Dichter Johannes R. Becher. Von diesem festen Fundament unserer Gegenwart ausgehend, von dieser Gewißheit beflügelt, wächst die sozialistische Nationalkultur, entfaltet sich die schöpferische Kraft der Volksmassen, entwickeln sich in rascher Folge ständig neue und höhere Züge im kulturellen Schaffen.

Immer mehr verstärkt sich jener für die Entwicklung der sozialistischen Nationalkultur so charakteristische Prozeß der Ausweitung der kulturellen Massenbetätigung auf allen Gebieten, verbunden mit dem unablässigen Streben nach höchster künstlerischer Leistung. Die große Bewegung des lesenden Arbeiters, um die noch vor wenigen Jahren hart gerungen wurde, entwickelt sich weiter, wird begleitet und mündet ein in die noch bedeutendere Bewegung des schreibenden Arbeiters. Unsere Kunst gewinnt an Heiterkeit und Lebensfülle. Festtägliches und werktägliches Leben gehen großartige Verbindungen miteinander ein. Die schaffenden Menschen vereinigen künstlerischen Enthusiasmus mit ihrem tätigen Aufbauwillen. Das kulturelle Schöpfertum der Volksmassen nimmt heute tausend-

fältige Züge an; und mit dieser raschen und stetigen Veränderung unserer Gegenwart tritt sichtbar das Künftige in Erscheinung.

«Wir haben ja nur begonnen / Wie wird erst die Zukunft sein» heißt es in einer Dichtung, welche im Auftrag der Mansfelder Bergarbeiter geschaffen wurde.* Diese Zukunft steht uns in unserer von Ausbeutung befreiten Gesellschaft nicht als Utopie vor Augen. Sie ist auch auf dem Gebiet der Wissenschaft und Kultur die reale Perspektive unseres Siebenjahrplans, die hervorwächst aus unserer Wirklichkeit und in der triumphierenden Lehre des Marxismus-Leninismus ihre wissenschaftliche Bestätigung findet. In dem, was gestern noch vereinzelt, heute schon massenhaft ist, wird in der Zukunft das Ganze als neue historische Qualität des siegreichen Sozialismus und Kommunismus erscheinen. Die sozialistischen Gemeinschaften von Arbeitern, Künstlern und Schriftstellern weisen hin auf die Zeit, da die jahrhundertealte, durch den Kapitalismus vertiefte Kluft zwischen Kopf- und Handarbeitern verschwunden sein wird.

Die sozialistischen Produktionsverhältnisse festigen und vervollkommen sich gegenwärtig überall, in Stadt und Land, in Betrieben und Wohnstätten; sie entwickeln und formen neue, sozialistische Menschen. Diese Menschen sind erfüllt von der Idee des Sozialismus, vom Geist der gegenseitigen Hilfe und Zusammenarbeit, der Völkerfreundschaft und des Friedens. Sie haben Großes geschaffen und werden alle vor uns liegenden Aufgaben bewältigen. Sie sind bereit, ihre ganze Kraft und ihre ganze Persönlichkeit für eine friedliche und glückliche Zukunft der Menschheit einzusetzen.

Am 10. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik kann der erste deutsche Arbeiter-und-Bauern-Staat erfolgreiche und stolze Bilanz ziehen und voller Zuversicht an die Verwirklichung seines Siebenjahrplans gehen. 1949 hatten wir gerade

* Stephan Hermlin, Mansfelder Oratorium, Magdeburg (1950), S. 19.

die historischen Aufgaben der ersten Etappe der volksdemokratischen Revolution erfüllt – zehn Jahre später stehen wir auf dem festen Fundament des erfolgreichen sozialistischen Aufbauwerkes und streben zuversichtlich dem Sieg des Sozialismus entgegen.

Die Deutsche Demokratische Republik hat große wirtschaftliche Erfolge erzielt. Das Aufkommen des gesellschaftlichen Gesamtprodukts stieg von 1950 bis Ende 1958 auf 224,2 Prozent; und das Nationaleinkommen, in Preisen des jeweiligen Jahres berechnet, stieg im gleichen Zeitraum auf 210,8 Prozent. Der sozialistische Sektor beherrscht heute alle Zweige der Volkswirtschaft. Dabei haben sich die Eigentumsformen und die sozial-politische Struktur grundlegend verändert.

Vor zehn Jahren hatten wir auf dem Lande keine sozialistischen Genossenschaften – heute haben wir rund zehntausend Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, die zusammen mit dem volkseigenen Sektor in der Landwirtschaft etwa die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche bearbeiten. Seit Jahren entwickeln sich erfolgreich neue Formen der sozialistischen Umgestaltung von Handwerk, Gewerbe und kapitalistischen Unternehmen. Vor zehn Jahren tat die Staatliche Handelsorganisation zaghaft die ersten Schritte – heute trägt sie gemeinsam mit den Konsumgenossenschaften den Hauptanteil bei der Versorgung der Bevölkerung.

Zum erstenmal in der deutschen Geschichte wird die Staatsgewalt ohne Einschränkung vom Volke ausgeübt. Vor zehn Jahren standen dabei noch viele Menschen passiv abseits – heute nehmen Millionen unmittelbar an der staatlichen Leitungstätigkeit teil und fühlen sich für den Staat und seinen Aufstieg persönlich verantwortlich.

1949 begann sich die neue Einstellung zur Arbeit und die Aktivistebewegung erst Bahn zu brechen – heute ist die sozialistische Arbeits- und Lebensweise eine Massenbewegung unter der gesamten Bevölkerung. Mitte März 1959 nahmen 53 Prozent sämtlicher

Beschäftigten der sozialistischen Betriebe und Einrichtungen am innerbetrieblichen sozialistischen Wettbewerb teil, von den Produktionsarbeitern dieser Betriebe sogar 71 Prozent. Allein im vierten Quartal 1958 wurden 82160 Verbesserungsvorschläge und Erfindungen eingereicht. Diese unerschöpfliche Kraft und Initiative unserer Werktätigen kommt auch in den großen Leistungen des Nationalen Aufbauwerks zum Ausdruck. Alles das zeigt, daß die Losung «Plane mit – arbeite mit – regiere mit» heute bereits lebendige Realität geworden ist.

Vor zehn Jahren führten wir in der Deutschen Demokratischen Republik den Kampf gegen die Antisowjethetze und klärten die Bevölkerung über die wirklichen Verhältnisse in der UdSSR auf. Heute besteht eine feste Freundschaft zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion, sie ist zur Herzenssache unserer Werktätigen geworden.

Die Deutsche Demokratische Republik ist heute ein untrennbarer Bestandteil des sozialistischen Weltsystems. Dank ihrer konsequenten Politik entsprechend den Prinzipien des proletarischen Internationalismus nimmt sie einen geachteten Platz in der Völkerfamilie der sozialistischen Länder ein und leistet einen wichtigen Beitrag zur Festigung des sozialistischen Lagers. Das gilt nicht zuletzt auch für die ökonomische Stärkung des sozialistischen Weltsystems. Die Deutsche Demokratische Republik ist nach der Sowjetunion der größte Handelspartner der anderen sozialistischen Länder. Im Jahre 1958 zum Beispiel waren wir mit 17,5 Prozent am Außenhandel der Mitgliedstaaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe beteiligt. Dabei nimmt der Export von Maschinenbauerzeugnissen einen besonders bedeutsamen Platz ein.

1949 noch wenig beachtet, sind wir heute als untrennbarer Bestandteil der großen sozialistischen Völkerfamilie mit der Mehrheit der Menschheit freundschaftlich verbunden und genießen immer

größeres Ansehen in der ganzen Welt. Heute ist die Deutsche Demokratische Republik für die friedliebenden Menschen der kapitalistischen Länder das Symbol für das neue Deutschland, für das Deutschland des Friedens, der Achtung der nationalen Unabhängigkeit und der uneigennütigen Unterstützung ihrer nationalen und sozialen Befreiungsbewegung. Davon zeugten in besonderem Maße die Reisen der Delegationen der Regierung und der Volkskammer in die Sowjetunion, nach dem Nahen, Mittleren und Fernen Osten.

Der Weg zum Sozialismus, den wir beschritten haben, ist der Weg zur Vollendung des Humanismus, der Weg zum Wohlstand und zum Glück aller werktätigen Menschen. Unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat sind Ausbeutung, Unterdrückung, Not, Elend und Arbeitslosigkeit fremd. Das Recht auf Arbeit, Erholung und allseitige Bildung der Werktätigen ist voll verwirklicht worden. Im Mittelpunkt aller unserer Maßnahmen steht der Mensch und die Verbesserung seines Lebens. Davon zeugen besonders die vielfältigen sozial-politischen Maßnahmen unseres Staates. Davon zeugt die Tatsache, daß der monatliche Durchschnittslohn der Arbeiter und Angestellten von 256 DM im Jahre 1950 auf 412 DM im Jahre 1959 erhöht wurde. Die monatliche Durchschnittsrente stieg von 89 DM im Jahre 1952 auf 137 DM im Jahre 1958. Die Lohnsteuern wurden allein in den letzten fünf Jahren um 3,76 Milliarden DM gesenkt. Durch insgesamt 17 Preissenkungen und Sonderverkäufe in den vergangenen zehn Jahren sparten die Werktätigen im Laufe der Jahre Milliarden DM ein. Im gleichen Zeitraum stieg der Warenumsatz um mehr als 221 Prozent.

Das sind überzeugende Ergebnisse unseres erfolgreichen Aufstiegs, der Verbesserung des Lebens der Werktätigen, für die es lohnt zu arbeiten, für die unsere Werktätigen ihre ganze Kraft einsetzen, aus deren Erkenntnis heraus sie den Weg vom Ich zum Wir und zu neuen Taten beschreiten.

Der von unserer Volkskammer beschlossene Siebenjahrplan zur weiteren Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik ist ein Ausdruck der großen Leistungskraft unserer Menschen und der Aufgaben und Perspektiven, die sie sich stellen. Der Plan entstand nach monatelangen Beratungen der Arbeiter und aller Bevölkerungsschichten in volkseigenen Betrieben und Genossenschaften, in Gemeinden, Städten, Kreisen und Bezirken, in der Regierung und den zentralen Planungsstellen und konnte die von der Partei vorgeschlagenen Kontrollziffern zum Teil überbieten.

Der Plan des Volkes ist durch ein hohes Entwicklungstempo, vor allem in der Industrie und dem Bauwesen, und eine starke Steigerung der Arbeitsproduktivität gekennzeichnet. Das rasche Entwicklungstempo erfordert besonders in den ersten Jahren die Anspannung aller Kräfte, um das Gesamtziel zu erreichen. Schon wenige Kennziffern verdeutlichen die Größe der Aufgaben und zeigen das Charakteristische der Entwicklung in den kommenden Jahren.

Die Werktätigen in der Industrie haben den Umfang ihrer Produktion in den Jahren 1951 bis 1958 fast verdoppelt. Der Siebenjahrplan stellt ihnen die Aufgabe, von 1959 bis 1965 eine weitere Erhöhung auf 189 Prozent zu erzielen. Dennoch besteht ein großer Unterschied zwischen diesen beiden Zeitabschnitten unserer Entwicklung. Die Steigerung der industriellen Produktion um 1 Prozent bedeutete 1952 eine Zunahme um 300 Millionen DM, 1965 aber wird 1 Prozent unserer Industrieproduktion mehr als 1 Milliarde DM verkörpern.

Dieser Sprung nach vorn verlangt eine schnellere Steigerung der Arbeitsproduktivität als bisher. Sie ist von 1951 bis 1958 auf 168 Prozent angewachsen. Von 1959 bis 1965 muß sie zur Erreichung der gestellten Aufgaben allein in der volkseigenen Industrie auf 186 Prozent im Vergleich zu 1958 steigen. Die Anspannung aller Kräfte ist dazu notwendig. Das wird noch klarer, wenn man die

Entwicklung der Beschäftigtenzahl betrachtet. Von 1951 bis 1958 nahm die Zahl der Arbeitskräfte in der volkseigenen Industrie um 16 Prozent zu. Bis 1965 werden uns jedoch nicht mehr Arbeitskräfte als gegenwärtig zur Verfügung stehen.

Die Produktionskapazitäten unserer Industrie werden von Jahr zu Jahr bedeutend erweitert. Das wird auch in der Höhe der Investitionen für Industrie und Bauwirtschaft sichtbar. Von 1951 bis 1958 war es möglich, 25 Milliarden DM aufzuwenden, in den Jahren 1959 bis 1965 werden jedoch 60 Milliarden DM investiert. Die Zahl der Arbeitskräfte bleibt sich aber gleich. Das heißt, sie muß in einzelnen Produktionsstätten sogar geringer werden, da wir zahlreiche neue Betriebe errichten.

Aus diesen Angaben geht hervor, daß das Hauptproblem unseres Siebenjahrplans die geplante starke Steigerung der Arbeitsproduktivität in allen Zweigen und Bereichen der Volkswirtschaft ist. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität ist damit Hauptmerkmal bei der Beurteilung aller anderen Aufgaben und Maßnahmen. Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität wird nicht durch Knochenschinderei, sondern im Gegenteil unter Einschränkung der körperlichen Arbeit durch Anwendung der höchstentwickelten Technik erreicht. Voraussetzung dafür ist geradezu die Erreichung des Höchststandes der Wissenschaft und Technik in der Produktion auf der Grundlage der sozialistischen Rekonstruktion der Industrie. Die wissenschaftlich-technische Qualifizierung unserer Werktätigen erlangt damit vorrangige Bedeutung. Die Partei und die politischen Massenorganisationen schenken diesem Problem große Aufmerksamkeit, und es darf durch keine anderen Maßnahmen zurückgedrängt werden. Der sozialistische Wettbewerb auf der Grundlage des gegenseitigen Erfahrungsaustauschs und der gegenseitigen Unterstützung in der Produktion wird uns helfen, eine moderne mechanisierte und automatisierte sozialistische Industrie aufzubauen. Im Zusammenhang

damit muß man die gewaltige Steigerung der Investitionen und die umwälzenden Maßnahmen der sozialistischen Rekonstruktion sehen, die Leistungsfähigkeit und Nutzeffekt, Leitung und Produktionsablauf unserer Wirtschaft auf ein höheres Niveau bringen werden. Der große Aufschwung der gesamten Volkswirtschaft stellt besondere Anforderungen an die Industrie und die Bauwirtschaft und wird spürbar das Größenverhältnis zwischen den verschiedenen Zweigen der Volkswirtschaft verändern. 1955 betrug die Industrieproduktion 63 Prozent des gesellschaftlichen Gesamtprodukts und wird ihren Anteil bis 1961 auf 66,6 Prozent und bis 1965 sogar auf 69 Prozent steigern. Diese Entwicklung erfolgt nicht auf Kosten der Landwirtschaft, sondern trotz der hohen Zielstellung in der Landwirtschaft. Das ist eine absolut normale und richtige Entwicklung, da vom Tempo der Steigerung der Industrieproduktion Niveau und Tempo der Entwicklung der Arbeitsproduktivität und der ganzen Volkswirtschaft abhängen.

Innerhalb der Industrie wird bis 1965 besonders die metallverarbeitende Industrie und hier wiederum vor allem die Produktion auf dem Gebiet der Elektrotechnik anwachsen. Der Anteil der metallverarbeitenden Industrie am Gesamtvolumen der Industrie erhöht sich von 29 Prozent im Jahre 1955 auf 35 Prozent im Jahre 1965. Besonders augenfällig ist auch, daß die Produktion der Baustoffindustrie bis 1965 im Vergleich zu 1958 auf mehr als das 2,3fache ansteigt. Der steile Anstieg der Produktion dieser Wirtschaftszweige schafft die Voraussetzungen, um unsere Energiewirtschaft, die chemische Industrie und andere Schwerpunkte zu entwickeln, deren Erzeugnisse die Grundlage für die Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung sind.

Die quantitative und qualitative sorten- und termingerechte Erfüllung aller Abschnitte unseres großen Planes ist die Voraussetzung für die Verwirklichung der vom V. Parteitag gestellten ökonomi-

schen Hauptaufgabe zur Beweisführung der Überlegenheit unserer Ordnung gegenüber dem kapitalistischen Regime in Westdeutschland. Mit der Erfüllung des Siebenjahrplans wird das Volkseinkommen in der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber 1958 auf rund 160 Prozent steigen. Eine solche erfolgreiche Entwicklung wird es uns ermöglichen, die materielle und kulturelle Lebenslage der gesamten Bevölkerung weiter spürbar zu heben.

Ein wesentlicher Schwerpunkt zur Befriedigung der materiellen Bedürfnisse unserer Bevölkerung ist die Steigerung der Produktion hochwertiger Konsumgüter. Die wachsende Erzeugung von Elektroenergie, Kohle, Stahl, Walzmaterial, chemischen Produkten, Maschinen und Geräten heißt mehr Rundfunk- und Fernsehapparate, Kühlschränke, Textilien, Schuhe, Möbel und Lebensmittel. Unsere Herzen schlagen schneller, wenn wir daran denken, was wir uns in den kommenden Jahren alles schaffen werden. Über eine halbe Million Fernsehempfänger werden 1961 produziert, und 1965 werden es bereits über eine dreiviertel Million sein. Die Erzeugung von Personenkraftwagen wird auf mehr als das 2,5fache und die von Kühlschränken auf mehr als das 7fache ansteigen. Wir werden uns schöner und besser kleiden können. 1965 wird an Wollgeweben 2,6- und an Lederschuhen 1,7mal soviel produziert werden wie 1958. Unsere Wohnungen werden schöner und freundlicher werden: Fast 75 Prozent mehr Möbel als 1958 werden im Jahre 1965 zur Verfügung stehen.

Unser aller Leben wird durch die eigenen Leistungen, gestützt auf die Zusammenarbeit mit dem sozialistischen Lager, schöner und reicher werden. Die bis heute erreichten Ergebnisse beim sozialistischen Aufbau geben uns die Gewähr, daß wir die großen, aber realen Ziele erreichen. Wir haben bisher alle selbstgestellten Aufgaben der Vergangenheit gelöst und werden auch alle in der Zukunft vor uns stehenden Probleme erfolgreich bewältigen.

Eine Ausnahme in der Lösung der uns auferlegten Verpflichtungen bildet die Verwirklichung der Einheit Deutschlands. Die Lösung dieser Aufgabe ist mit der weiteren Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik, mit dem weiteren erfolgreichen Aufbau des Sozialismus untrennbar verbunden. Die nationale Wiedergeburt Deutschlands als eines friedliebenden, demokratischen Staates ist vor allem eine Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse im Bündnis mit allen anderen patriotischen Kräften des Volkes. Die Stärkung des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates ist darum gleichbedeutend mit der Stärkung aller Positionen, die der Wiedervereinigung Deutschlands dienen.

DIE POLITIK
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
ZUR FRIEDLICHEN LÖSUNG
DER DEUTSCHLANDFRAGE

Der Kampf um einen Friedensvertrag mit Deutschland und die friedliche, demokratische Wiedervereinigung Deutschlands sind Grundfragen der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Sie sind zugleich die Lebensfragen der deutschen Nation. Die Deutsche Demokratische Republik hat bisher weit über hundertmal Vorschläge zur Lösung dieser Fragen unterbreitet. Sie waren sämtlich gleichermaßen auf die Lösung der Lebensinteressen der deutschen Nation wie auf die Erhaltung des Friedens in Europa gerichtet. Beide Probleme sind eng miteinander verknüpft. Die deutsche Frage kann ohne Berücksichtigung des Sicherheitsbedürfnisses der europäischen Völker, die zweimal vom deutschen Militarismus überfallen wurden, nicht geregelt werden. Die Lösung des Deutschlandproblems bedeutet daher Beseitigung des gefährlichen deutschen Militarismus und die Verwandlung ganz Deutschlands in einen Staat des Friedens und der Demokratie. Ohne Berücksichtigung des politisch-sozialen Inhalts der nationalen Frage in Deutschland können die Lebensinteressen unseres Volkes nicht richtig wahrgenommen werden.

Die Deutsche Demokratische Republik geht in ihrer Politik von dieser Zielsetzung und von der realen Einschätzung der Lage in Deutschland aus. Sie erkennt die effektive Existenz zweier deutscher Staaten an, weil das die Grundlage für die Untersuchung der Möglichkeiten einer friedlichen und demokratischen Vereinigung beider

Teile Deutschlands ist. Auf dem Territorium des ehemaligen Deutschen Reiches sind 1949 im Ergebnis der Spaltungspolitik der Westmächte und ihrer westdeutschen Partner zwei deutsche Staaten entstanden, die juristisch beide Nachfolgestaaten des ehemaligen Deutschen Reiches sind. Da in Westdeutschland die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens zur Ausrottung des Faschismus und des Militarismus und zur Errichtung friedlicher, wahrhaft demokratischer Zustände nicht erfüllt wurden, kann die Bundesrepublik jedoch niemals der rechtmäßige Nachfolgestaat sein. Das ist völkerrechtlich allein die Deutsche Demokratische Republik, deren gesamte Entwicklung dem im Potsdamer Abkommen festgelegten Willen der Völker entspricht.

Infolge der unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung haben sich zwei einander entgegengesetzte gesellschaftliche Systeme herausgebildet. In der Deutschen Demokratischen Republik wird eine sozialistische Ordnung errichtet, die dem Potsdamer Abkommen in keiner Weise widerspricht, während in der Bundesrepublik völlig im Gegensatz zum Potsdamer Abkommen der deutsche Imperialismus und Militarismus wiedererstandene ist. Eine Vereinigung kann nur auf dem Wege einer allmählichen Annäherung der beiden deutschen Staaten erfolgen. Im Verlauf dieser Annäherung müssen in Westdeutschland die chauvinistischen, revanchistischen und aggressiven militaristischen Elemente zurückgedrängt und muß die freie politische Betätigung aller demokratisch und national gesinnten Kräfte gesichert werden. Nur so kann ein einheitlicher deutscher Staat entstehen, der den deutschen Interessen und seiner internationalen Verantwortung gerecht wird und den berechtigten Forderungen und Interessen der anderen Völker entspricht.

Die herrschenden Kreise der Bundesrepublik verneinen die politische und historische Verantwortung des deutschen Volkes für seine Wiedervereinigung und verschließen die Augen vor den realen Tat-

sachen der gegenwärtigen Lage in Deutschland. Sie beharren auf ihrer Auffassung, «daß es nur einen deutschen Staat gibt, gegeben hat und geben wird und daß es einzig und allein die Organe der Bundesrepublik Deutschland sind, die heute diesen niemals untergegangenen deutschen Staat vertreten». Diese Meinung, die der Bonner Kanzler Adenauer am 27. April 1954 im Bundestag verkündete, geht ausschließlich von den Interessen und Wünschen der herrschenden imperialistischen und militaristischen Kreise der Bundesrepublik und des internationalen Monopolkapitals aus. Sie versuchen die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik als souveränen Staat zu leugnen, um damit ihre Politik der «Befreiung der Ostzone» zu begründen.

Die unmotivierte Behauptung, die Bundesregierung sei die einzig legitime deutsche Regierung, erschwert die Annäherung der beiden bestehenden deutschen Staaten und die Überwindung der Spaltung Deutschlands. Die Imperialisten, die Westdeutschland in eine Aggressionsbasis gegen das sozialistische Lager verwandeln, wollen die Deutschlandfrage gewaltsam lösen, um das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik in ihren Herrschaftsbereich einzubeziehen und ganz Deutschland in eine NATO-Basis zu verwandeln. Ungeachtet der Bildung, der andersartigen Entwicklung und der zunehmenden internationalen Anerkennung und Autorität der Deutschen Demokratischen Republik wird von der Bonner Regierung ihr Ausschließlichkeitsanspruch in der Vertretung der Interessen und Rechte des deutschen Volkes immer wieder betont und von den imperialistischen Westmächten unterstützt. Wie sie die staatliche Existenz unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht leugnen, so mißachten sie auch das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes.

Die Deutsche Demokratische Republik vertritt das Recht des deutschen Volkes auf nationale Selbstbestimmung und betont, daß die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands die ureigene Angelegen-

heit der Deutschen selbst ist und nur von ihnen gelöst werden kann. Das Bonner Regime behauptet, die ehemaligen Besatzungsmächte hätten Deutschland gespalten, wobei es in verleumderischer Weise der Sowjetunion die Schuld zuzuschreiben versucht und schlußfolgert, daß die Großmächte die Verantwortung für die Wiedervereinigung Deutschlands tragen. Auf der Grundlage dieser Konzeption reden die Bonner Politiker immer wieder von notwendigen Verhandlungen mit der Sowjetunion über die Deutschlandfrage, wobei ausgehandelt werden soll, welchen Preis die Sowjetunion für das angeblich von ihr besetzte deutsche Territorium verlangt. Diese bewußte Verdrehung der wirklichen Verhältnisse in Deutschland verschärft die Lage und schafft viele internationale Spannungen.

Die Deutsche Demokratische Republik ist ein souveräner und gleichberechtigter Staat. Die Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder haben zur Deutschen Demokratischen Republik normale Beziehungen wie zu jedem anderen Staat hergestellt. Sie haben wiederholt betont, daß sie die Auffassung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die Wiedervereinigung Deutschlands sei Sache der Deutschen selbst, voll unterstützen. Sie haben hinzugefügt, daß sie fest an der Seite der mit ihnen verbündeten Deutschen Demokratischen Republik stehen und jeden Angriff auf das Territorium der Deutschen Demokratischen Republik als einen Angriff auf das gesamte sozialistische Lager betrachten. Die Politik der Bundesregierung zur gewaltsamen Eingliederung der Deutschen Demokratischen Republik in den imperialistischen Herrschaftsbereich samt der Mitgliedschaft der Bundesrepublik in den imperialistischen Kriegspakten beschwört die Gefahr eines furchtbaren Atomkrieges herauf. Die Kriegsgefahr in Deutschland und Europa wird vor allem durch die militaristische Politik der Bundesregierung herbeigeführt, während die Politik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik konsequent auf die friedliche, demokratische Wiederver-

einigung und die Erhaltung des Friedens in Europa gerichtet ist. Die Deutsche Demokratische Republik fordert seit ihrem Bestehen friedliche Verhandlungen und verständnisvolle Kontakte. Wir lassen uns bei allen Bemühungen um Gespräche mit dem westdeutschen Staat immer von dem Grundsatz leiten: Verständigung ist besser als Krieg! Der große deutsche Dichter Bertolt Brecht hat 1951 in einem offenen Brief an die deutschen Schriftsteller und Künstler mit Nachdruck auf die lebenswichtige Bedeutung dieses Grundsatzes hingewiesen:

«Mit Entsetzen habe ich, wie viele andere, der Rede Otto Grotewohls, in der er eine gesamtdeutsche Beratung zur Vorbereitung allgemeiner freier Wahlen fordert, entnommen, wie ernst die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Lage in Deutschland beurteilt.

Werden wir Krieg haben? Die Antwort: Wenn wir zum Krieg rüsten, werden wir Krieg haben. Werden Deutsche auf Deutsche schießen? Die Antwort: Wenn sie nicht miteinander sprechen, werden sie aufeinander schießen.»*

Diese Worte sind heute von größter Aktualität. Wir müssen immer und überall miteinander ins Gespräch kommen. Wir müssen verhandeln und immer wieder verhandeln. Am Verhandlungstisch ist der richtige Platz, alle strittigen Probleme zu lösen. Nur so können wir verhindern, daß sie auf dem Atomschlachtfeld ausgetragen werden.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik war und ist immer leidenschaftlich bemüht, die staatliche Spaltung Deutschlands so rasch wie möglich zu überwinden. Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, erklärte in seiner Antrittsrede am 11. Oktober 1949 zur Deutschlandfrage:

* Bertolt Brecht, An die Künstler und Schriftsteller Deutschlands; «Sinn und Form», 3. Jahr, 1951, 5. Heft, S. 5.

«Es geht... darum..., den Kampf um die Einheit Deutschlands, um den Friedensvertrag und um die nationale Selbständigkeit des deutschen Volkes zu führen. Wenn das von der westdeutschen Bundesregierung und dem westdeutschen Bundestag geschieht, dann werden wir uns einander nähern und schließlich die Spaltung Deutschlands beseitigen und eine Einheit Deutschlands schaffen...»*

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik nutzte jede Möglichkeit, diesem Ziel näherzukommen. Im Einvernehmen mit den friedlichen Kräften in Europa erklärte sie ihre Bereitschaft zur Mitwirkung bei der Bildung eines gesamtdeutschen konstituierenden Rates. Dieser Rat sollte die Vorbereitung der Bedingungen zur Durchführung von gesamtdeutschen Wahlen für eine Nationalversammlung übernehmen. Seine Bildung hätte auch die Voraussetzungen geschaffen, um unverzüglich Beratungen zum Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland aufnehmen zu können. Gleichzeitig sollte er die Bildung einer gesamtdeutschen, souveränen, demokratischen und friedliebenden provisorischen Regierung vorbereiten.

Die Bundesregierung lehnte diese Empfehlungen ab und konzentrierte ihre Tätigkeit auf die Sammlung der militaristischen Kräfte und die Remilitarisierung des gesamten Lebens in der Bundesrepublik. Angesichts der gefährlichen militaristischen Bestrebungen in Westdeutschland erklärte die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik am 30. Januar 1951:

«...man soll im Westen Deutschlands wissen, daß wir bereit sind, auch schon vor der Herbeiführung der Einheit Deutschlands über die Stärke der Polizei, über ihren Charakter und über ihre Bewaffnung im Osten und selbstverständlich auch im Westen Deutschlands zu sprechen.»**

* Wilhelm Pieck, Reden und Aufsätze, Bd. II, Berlin 1950, S. 302.

** Otto Grotewohl, a. a. O., Bd. II, S. 331.

Dieser Vorschlag und andere Empfehlungen der Deutschen Demokratischen Republik wurden von den Vertretern des wiedererstehenden deutschen Imperialismus in der Bundesrepublik abgelehnt und der breiten Öffentlichkeit in Westdeutschland vorenthalten. Die zunehmende Kriegsgefahr, die durch die erneute Militarisierung Westdeutschlands entstand, machte die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands zu einem immer ernsteren, zu einem vordringlichen Problem.

Volkskammer und Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wandten sich erneut an den Bundestag und die Bevölkerung in Westdeutschland mit der Forderung nach gesamtdeutschen Beratungen über die Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen für eine Nationalversammlung zur Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden Deutschlands und über die Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik setzte der Spaltungspolitik des Bonner Regimes und seinem Gerede von der Integration Europas, das die neuen aggressiven Pläne des westdeutschen Imperialismus bemänteln sollte, die klare Forderung entgegen: «Deutsche an einen Tisch!» Sie stellte in der Erklärung vom 30. Januar 1951 fest:

«Während Herr Adenauer die Wahlen als die Sache der Besatzungsmächte betrachtet, sind wir der Meinung, daß die Vorbereitung und Durchführung freier, geheimer, gesamtdeutscher Wahlen eine Angelegenheit unseres eigenen Volkes ist.»*

Adenauer und sein Regime, das heute oft und gern demagogisch von freien Wahlen in Deutschland redet, wollte und will jedoch durchaus nichts von Verhandlungen zwischen den Deutschen wissen,

* Ebenda, S. 327.

sondern verlangt die bedingungslose Angliederung der Deutschen Demokratischen Republik an die Bundesrepublik.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ließ trotzdem nichts unversucht, eine Annäherung der beiden deutschen Staaten herbeizuführen. Sie ließ den Entwurf eines gesamtdeutschen Wahlgesetzes ausarbeiten und legte ihn dem deutschen Volk zur Diskussion vor. Der Bonner Bundestag beantwortete diese ehrlichen Bemühungen zur friedlichen Wiedervereinigung im Februar 1952 mit der Legitimation Adenauers für weitere Verhandlungen über den Abschluß des sogenannten Generalvertrages zwischen den Westmächten und der Bundesrepublik und der Eingliederung Westdeutschlands in die «Europäische Verteidigungsgemeinschaft».

In dieser schweren Stunde, da das Bonner Regime die nationalen Interessen den aggressiven Plänen des deutschen Imperialismus opferte, unterstützte die Sowjetunion den Kampf unseres Volkes um seine Lebensinteressen mit der Vorlage des Entwurfs der Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland vom 10. März 1952. Die Adenauer-Regierung aber unternahm weiterhin alles, eine friedliche Annäherung der beiden deutschen Staaten und den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu verhindern. Warnend erklärte darum der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik in einem Aufruf an alle deutschen Patrioten am 17. April 1952:

«Die Stunde ist außerordentlich ernst, und die Zeit drängt! In wenigen Wochen kann es für die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen zu spät sein.»

Nachdem die Bildung der «Europäischen Verteidigungsgemeinschaft» am Widerstand der Völker gescheitert war, bemühte sich die Bonner Regierung um die Eingliederung Westdeutschlands in die NATO und in die Westeuropäische Union. Die Sowjetunion und

die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wiesen während der Berliner Außenministerkonferenz im Januar/Februar 1954 auf die drohenden Gefahren hin, die sich für Europa und Deutschland aus der Eingliederung Westdeutschlands in die imperialistischen Militärpakte ergäben. Adenauer entgegnete darauf provokatorisch, auch ein wiedervereinigtes Deutschland müsse im westlichen Kriegspaktsystem verbleiben.

Im Interesse der nationalen Wiedervereinigung und der Sicherung des Friedens in Europa unterbreiteten Volkskammer und Regierung erneut Vorschläge zu Verhandlungen von Vertretungen beider deutscher Staaten. Der Bonner Bundestag schlug die angebotene Hand aus und antwortete am 27. Februar 1955 mit der Ratifizierung der Pariser Verträge zur Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO und die Westeuropäische Union. Damit wurde durch die Bonner Politik der Remilitarisierung und der Auslieferung Westdeutschlands an das imperialistische Kriegspaktsystem die Spaltung Deutschlands vertieft und die Wiedervereinigung zu einem langwierigen und komplizierten Prozeß.

Für eine Wiedervereinigung durch Wahlen war es damals «zu spät». Diesen Weg hat die Bundesrepublik mit den von ihr geschaffenen innen- und außenpolitischen Tatsachen verschüttet. Der imperialistische, in die westlichen Kriegspakte einbezogene westdeutsche Staat kann nicht mehr durch den Stimmzettel mit der wachsenden sozialistischen Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik vereinigt werden. Die innen- und außenpolitischen Verhältnisse und Beziehungen beider deutscher Staaten sind seit ihrer Entstehung immer gegensätzlicher geworden. Eine wesentliche Rolle spielen dabei die Beziehungen der Bundesrepublik zu den drei westlichen Großmächten. Die Bundesrepublik erhielt von den Westmächten formell Souveränitätsrechte zugebilligt. In Wirklichkeit üben die ausländischen imperialistischen Truppen in Westdeutschland noch heute

Besatzungsfunktionen aus, weil sich die Westmächte durch den Generalvertrag und die Pariser Kriegsverträge für ihre Truppen zahlreiche Sondervollmachten bis zur Verhängung des militärischen Notstandes ausbedungen haben. Das beschämendste für die Bonner Regierung sind die Vorbehalte der Westmächte in der Wiedervereinigungsfrage, deren Lösung sie von ihrer Zustimmung abhängig machen.

Die Beziehungen der Sowjetunion zur Deutschen Demokratischen Republik dagegen sind nach der Erklärung der Regierung der Sowjetunion von 1954 und dem Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen von 1955 die gleichen wie zu anderen souveränen Staaten. Die Deutsche Demokratische Republik wurde in ihrer gesamten Politik einschließlich ihren Beziehungen zur Bundesrepublik völlig unabhängig. Die Sowjetunion hat den realen Verhältnissen in Deutschland Rechnung getragen und mit beiden deutschen Staaten diplomatische Beziehungen aufgenommen. Die Sowjetregierung vertritt die richtige Auffassung, daß sie seit der Übertragung aller Souveränitätsrechte auf die Deutsche Demokratische Republik keine Verhandlungen mehr über die Wiedervereinigungsfrage führen kann, ohne das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes zu verletzen. Die Westmächte dagegen verneinen noch immer die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik und versuchen nach wie vor, das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes zu mißachten. Sie haben durch den systematischen Bruch des Potsdamer Abkommens und die Wiedererrichtung eines imperialistisch-militaristischen deutschen Staates in Westdeutschland das Recht verwirkt, in den innerdeutschen Angelegenheiten mitzureden.

Die Wiedervereinigungsfrage ist eine Angelegenheit des deutschen Volkes und kann nur von den Deutschen selbst gelöst werden. Nach der unfruchtbaren Weigerungs- und Störpolitik der Bundesrepublik auf der Genfer Außenministerkonferenz im Sommer 1959

wäre es eine für ganz Deutschland gefährliche Illusion, anzunehmen, das könne bald geschehen. Die gefährliche klerikal-militaristische Allianz Adenauer, Strauß und Schröder muß verschwinden, um den Weg der Deutschen zueinander frei zu machen.

Die Rechte und Pflichten der Siegermächte über das faschistische Deutschland gegenüber dem deutschen Volk beschränken sich auf den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, das gegenwärtig durch die beiden deutschen Staaten vertreten wird. Der Friedensvertrag muß dazu beitragen, den wiedererstandenen deutschen Militarismus in Westdeutschland zurückzudrängen. Auf diesem Wege können die Siegermächte des zweiten Weltkrieges ihre Verpflichtung zur Demokratisierung ganz Deutschlands erfüllen und eine friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands unterstützen. Der Friedensvertrag muß Deutschland Produktion, Besitz und Erprobung von atomaren und nuklearen Waffen und anderen Massenvernichtungsmitteln verbieten. Damit würde ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa geleistet; und Westdeutschland könnte zusammen mit der Deutschen Demokratischen Republik und den Nachbarstaaten Deutschlands eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa bilden. Dafür tragen die ehemaligen Siegermächte eine große Verantwortung. Sie können damit eine wichtige Aufgabe zur Erhaltung des Friedens erfüllen, ohne die Selbstverantwortung und das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes zu beeinträchtigen.

Die Zusammenführung von Staaten mit gegensätzlichen gesellschaftlichen Systemen ist eine sehr schwere Aufgabe, für die es kein Beispiel in der Geschichte gibt. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unterbreitete darum Vorschläge, wie unter den gegenwärtigen schwierigen und komplizierten Bedingungen dennoch eine Annäherung der beiden deutschen Staaten erfolgen kann. Das 30. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei

Deutschlands empfahl im Januar 1957, beide deutsche Staaten auf der Grundlage einer Konföderation zusammenzuführen und einen gesamtdeutschen Rat zu bilden, der sich paritätisch aus Vertretern beider deutscher Staaten zusammensetzt. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gab am 26. Juli 1957 eine programmatische Erklärung zur Sicherung des Friedens in Europa und zur Wiedervereinigung Deutschlands ab, die noch heute volle Gültigkeit hat. Als konkreten Weg zur friedlichen und demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands schlug sie die «Bildung eines Staatenbundes zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik auf der Basis eines völkerrechtlichen Vertrages» vor. Die Bildung einer Konföderation würde den Weg von lockeren Kontakten über feste Bindungen bis zur friedlichen, demokratischen Vereinigung der beiden deutschen Staaten ermöglichen. Dabei können in Westdeutschland die militaristisch-faschistischen Elemente, die wieder ihr Haupt erhoben haben, zurückgedrängt und die Verhältnisse so weit demokratisiert werden, daß von Westdeutschland keine Bedrohung der Lebensinteressen unseres Volkes und anderer Völker mehr ausgeht. Eine solche Konföderation schließt jedes Herrschaftsverhältnis des einen über den anderen deutschen Staat aus. Ein gesamtdeutscher Rat, paritätisch aus Vertretern der Parlamente beider Teile Deutschlands zusammengesetzt, kann auf dieser Grundlage Maßnahmen empfehlen und beschließen, die der schrittweisen Annäherung beider deutscher Staaten dienen. In erster Linie müßte man sich über folgende lebenswichtige Fragen einigen:

das Ausscheiden beider deutscher Staaten aus der NATO beziehungsweise dem Warschauer Vertrag, Vereinbarungen über die Aufhebung der Wehrpflicht in der Bundesrepublik und die beiderseitige Truppenstärke;

den Abschluß eines Friedensvertrages und die baldige schrittweise Zurückziehung aller ausländischen Truppen von deutschem Boden.

Über alle anderen Fragen kann man sich dann Schritt für Schritt einigen. Der Vorschlag zur Schaffung einer Konföderation beider deutscher Staaten fand in Westdeutschland ein breites Echo. In allen Schichten der Bevölkerung Westdeutschlands wächst der Widerstand gegen die Politik der herrschenden Kreise, die weiterhin Verhandlungen mit der Deutschen Demokratischen Republik ablehnen und sich einseitig für die Atombewaffnung der Bundesrepublik einsetzen.

Die reaktionäre Mehrheit des Bonner Bundestages faßte am 25. August 1958 den Beschluß, die westdeutsche Bundeswehr atomar aufzurüsten. Diese Maßnahme ist eine ernsthafte Bedrohung des sozialistischen Aufbaus in der Deutschen Demokratischen Republik und gefährdet den Frieden in Europa. Während die Völker für die Abrüstung und die Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa kämpfen, will das Adenauer-Regime durch die atomare Bewaffnung vollendete Tatsachen schaffen, eine Entspannung verhindern und die friedliche, demokratische Wiedervereinigung unmöglich machen. Das Verlangen des deutschen Volkes nach einer Volksentscheidung gegen die Atombewaffnung wurde vom Bonner Staat mißachtet und eine offizielle Volksbefragung verboten. Unter diesen Bedingungen der Gefährdung der Existenz der deutschen Nation und der Bedrohung des Friedens sind die Bemühungen der Deutschen Demokratischen Republik um eine Konföderation von großer historischer, nationaler und internationaler Bedeutung.

In der gegenwärtigen Lage könnte durch den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland eine entscheidende Wende herbeigeführt werden. Die Forderung nach dem Abschluß eines Friedens-

vertrages mit Deutschland wurde darum vom V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Juli 1958 in den Mittelpunkt des Kampfes um die Wiedervereinigung Deutschlands gestellt. Zu den Hauptforderungen eines Friedensvertrages, deren Erfüllung die stabile Grundlage für eine deutsche Konföderation bilden kann, müssen gehören:

- die umfassende Demokratisierung des gesellschaftspolitischen Lebens in ganz Deutschland;
- der Verzicht beider deutscher Staaten auf die Herstellung, den Erwerb oder die experimentelle Erprobung von Kernwaffen;
- der Abzug aller ausländischen Truppen vom Territorium Deutschlands und die Liquidierung ausländischer Militärstützpunkte auf deutschem Boden;
- der Austritt der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik aus der NATO beziehungsweise dem Warschauer Vertrag sowie der Verzicht auf die gegenseitige Anwendung von Gewalt.

Damit würden die Interessen des deutschen Volkes und seiner Nachbarn gleichermaßen berücksichtigt.

Wiederum war es die Sowjetunion, die in dieser Situation den Kampf der demokratischen Kräfte in Deutschland unterstützte, als sie am 10. Januar 1959 den beteiligten Staaten den Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland unterbreitete. Der Abschluß eines Friedensvertrages ist der kürzeste und schnellste Weg zur Sicherung des Friedens und hilft dem deutschen Volk, mit eigenen Kräften und in eigener Verantwortung die Einheit Deutschlands zu verwirklichen. Die imperialistischen Kreise Westdeutschlands und der anderen Westmächte fürchten eine solche Entwicklung, weil sie ihre aggressiven Kriegspläne durchkreuzen würde. Für die Arbeiter- und Bauern-Macht in der Deutschen Demokratischen Republik und

für alle fortschrittlichen und demokratischen Kräfte in Gesamtdeutschland dagegen würde ein Friedensvertrag nur von Nutzen sein und Vorteile bringen.

Im Zusammenhang damit stehen auch die Vorschläge der Sowjetunion zur friedlichen Lösung der Westberlin-Frage. Es widerspricht nicht nur den Interessen unseres Arbeiter- und Bauern-Staates, sondern auch den Interessen der europäischen Völker an der Erhaltung des Friedens, wenn Westberlin, das inmitten des Territoriums der Deutschen Demokratischen Republik liegt, immer mehr zum Brückenkopf des kalten Krieges und zu einem Vorposten des Überfalls auf die friedliebenden Staaten Osteuropas ausgebaut wird. Darum ist die Forderung, Westberlin in eine entmilitarisierte Freie Stadt umzuwandeln, berechtigt und entspricht dem Wunsch der Völker nach Frieden. Durch den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland könnte auch diese Frage einer realen und zweckmäßigen Lösung zugeführt werden.

Die Deutsche Demokratische Republik ist sich ihrer Verantwortung bei der Lösung aller dieser Fragen bewußt und wird keine Anstrengung scheuen, sie im Interesse des deutschen Volkes und der Sicherung des Friedens in Europa zu verwirklichen.

Dieser Kampf ist untrennbar verbunden mit dem Kampf gegen die weitere Militarisierung, gegen die Politik der Atomaufrüstung, der Refaschisierung und des Revanchismus in Westdeutschland. In den Händen ehemaliger Hitlergenerale und -offiziere liegen die Vollmachten für die Auslösung der auf Leipzig, Dresden und Rostock gerichteten Atomraketen, die bereitstehen für den «Fall Rot», für die Herstellung einer «gerechten Ordnung im osteuropäischen Raum», der den Deutschen «von Gott gegeben» sei, wie die Revanchisten auf jedem ihrer Treffen immer wieder behaupten. Die Armee Adenauers wird kommandiert von Leuten aus dem Generalstab Hitlers, von den gleichen Leuten, die an den Überfällen auf die

Nachbarn Deutschlands führend beteiligt waren. Die aggressive Außenpolitik des deutschen Militarismus wird verwirklicht von den gleichen Diplomaten, die schon unter Hitler ein grausames Spiel mit den Völkern trieben. Von 70 Bonner Botschaften und Gesandtschaften werden 51 von alten Nazi-Diplomaten geleitet. Über 80 Prozent der hohen Beamten im Bonner Auswärtigen Dienst sind ehemalige Ribbentrop-Leute, die bereits bei Hitlers Raubplänen eine große Rolle spielten.

Wie in Bonn die Außenpolitik von zügellosem Aggressionsstreben, Revanchismus, Nationalismus und Größenwahn bestimmt wird, so trägt die Innenpolitik immer stärkere Züge des Terrors, der Militarisierung und der Faschisierung. In den entscheidenden Ämtern, bis hinauf zur Bonner Regierung, sitzen ehemalige Nazis, SA- und SS-Leute. Allein im westdeutschen Justizapparat sind mehr als 70 Prozent ehemalige Nazis tätig. Die faschistische Rassenhetze feiert ihre Wiederauferstehung, und die Hexenjagd gegen jüdische Menschen ist bereits wieder im Gange, ohne daß die Adenauer-Regierung auch nur das Geringste gegen den zunehmenden Antisemitismus unternähme. Weitere Terrormaßnahmen liegen in Form der Ausnahme- und Notstandsgesetze fertig ausgearbeitet im Schreibtisch des Bonner Innenministers und ehemaligen SA-Mannes Schröder. Heute ist die Kommunistische Partei Deutschlands verboten, morgen können es die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und der Deutsche Gewerkschaftsbund sein. Und zu allen diesen Maßnahmen geben reaktionäre Kirchenführer ihren Segen und unterstützen die westdeutsche NATO-Politik mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln.

Der Widerstand der Volksmassen in Westdeutschland gegen diese gefährliche Politik wächst von Tag zu Tag. Immer zahlreichere Arbeiter, Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Studenten, Wissenschaftler und Kulturschaffende kämpfen gegen die Atomaufrüstung, for-

dern Verhandlungen mit der Deutschen Demokratischen Republik, treten für den Abschluß eines Friedensvertrages mit den beiden deutschen Staaten ein. Trotz Verfolgung und Einkerkierung nimmt diese patriotische Bewegung zu und drängt zur Vereinigung. Immer offensichtlicher wird dadurch auch die historische Notwendigkeit der Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, die dazu berufen ist, Führer dieser großen nationalen Bewegung in Westdeutschland zu sein.

Zugleich damit wächst aber die Verantwortung unserer Republik, auf die die westdeutschen Patrioten voller Hoffnung und Zuversicht blicken, für deren sozialistische Entwicklung sie täglich mehr Interesse zeigen und in der viele Menschen, die innerlich längst mit der Bonner Kriegspolitik gebrochen haben, ihre Heimat und Zukunft sehen.

Der 10. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik ist für uns kein Tag billigen Triumphes, kein Tag leerer Überheblichkeit und kein Tag anmaßenden Stolzes. Dieser Tag ist für uns ein Tag der Verpflichtung. Wir werden unsere Kräfte nicht schonen und vereint mit den fortschrittlichen, friedliebenden und patriotischen Menschen in Westdeutschland ein neues, friedliches, demokratisches und geeintes deutsches Vaterland schaffen. Ein solches Deutschland wäre ein bedeutender Faktor für die Sicherung des Friedens in Europa. Ein solches Deutschland würde der Höherentwicklung der Menschheit durch seine großen wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Potenzen dienen. Ein solches Deutschland könnte einen hervorragenden Beitrag leisten, um gemeinsam mit allen Staaten Europas den Weg in eine friedliche, glückliche Zukunft zu beschreiten.

Wir wollen ein solches Deutschland; und die friedliebenden, patriotischen Kräfte unseres Volkes kämpfen mit großem Elan und mit ganzer Kraft darum. Die Zielsetzung unserer gesamten Politik

in der Deutschen Demokratischen Republik ist auf die Schaffung eines friedlichen, demokratischen Deutschlands gerichtet. Darum kämpfen wir so hartnäckig um den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, um die Bildung einer Konföderation der beiden deutschen Staaten, um den Sieg über den Kapitalismus an der Front unserer friedlichen Wirtschaft, um die Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik, die mit ihrer Politik des Friedens und des Wohlstandes die Zukunft Deutschlands verkörpert.

Wir wollen, daß in ganz Deutschland alle Kräfte für die friedliche Entwicklung eingesetzt werden, um die großen und schönen Aufgaben der Zukunft zu lösen, in der die Menschen die Welt ganz nach ihren Wünschen umgestalten werden. Die Menschen werden Berge versetzen. Einöden und Wüsten wird es nicht mehr geben. Mit einem einzigen Hebeldruck wird der Mensch ganze Industriezweige nach seinem Willen in Bewegung setzen. Die Menschen werden die Geheimnisse außerhalb unserer Erdkugel erforschen und für die Menschheit nutzbar machen. Das Leben wird reich, friedlich und glücklich sein.

In der Deutschen Demokratischen Republik sind die Werktätigen fest entschlossen, diesen Weg zu gehen. Natürlich stehen wir erst am Anfang dieser Entwicklung. Aber unsere Aufgabenstellung für die kommenden Jahre läßt das Gigantische der vor uns liegenden Epoche bereits ahnen. Wir verbinden die Erfüllung dieser Aufgaben mit der erfolgreichen Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation, damit in naher Zukunft die hellen Straßen einer neuen friedlichen und glücklichen Zeit vom ganzen deutschen Volk besritten werden können.



1. Auflage 1959

VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin · VLN 4
Druckgenehmigung 185/199/59 DDR · Ryb/Lekt. R

Schutzumschlag, Einband und Typografie

Horst Erich Wolter

Satz und Druck: VEB Offizin Andersen Nexö
in Leipzig III/18/58